

Universität Bern
Institut für Soziologie

Die geteilte Stadt Zürich

**Eine Analyse zu Armut und sozialer Ausgrenzung
im Postfordismus**

Lizentiatsarbeit im Hauptstudium Soziologie

Eingereicht bei:

Prof. Dr. Ruth Meyer Schweizer

Institut für Soziologie

Lerchenweg 36

3000 Bern 9

Vorgelegt von:

Roman Page

Langmauerstrasse 58

8006 Zürich

Matr.-Nr. 92-208-990

eMail: rpage@soziologie.ch

Zürich, März 2002

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Teil 1: Armut als Thema der Wissenschaft

1	Definitionen und Konzepte der Armut	6
1.1	Absolute und relative Armut	
1.1.1	Ressourcenansatz	
1.1.2	Lebenslagenansatz	
2	Armutforschung und Sozialberichterstattung in der Schweiz	14
2.1	Die Entwicklung der jüngeren Armutforschung	
2.1.1	Entzauberung des sozialstaatlichen Wohlfahrtsmythos	
2.1.2	Ressourcen- und lebenslagenorientierte Perspektive	
2.1.3	Von der statischen zur dynamischen Armutforschung	

Teil 2: Ursachen von Armut

3	Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Formationswandel	21
3.1	Die Regulationstheorie	
3.1.1	Regulation kapitalistischer Gesellschaften	
3.1.2	Hegemonie und säkulare Krisen	
3.2	Übergang vom Fordismus zum Postfordismus	
3.2.1	Fordismus	
3.2.2	Fordismuskrise	
3.2.3	Postfordistische Akkumulation	
3.2.4	Postfordistische Regulation nationaler Wettbewerbsstaaten	

4	Sozialer Wandel und soziale Ungleichheit in der Schweiz	39
4.1	Schweizer Gesellschaft im Umbruch	
4.1.1	Sonderfall Schweiz	
4.2	Krise der Neunzigerjahre	
4.2.1	Sozio-ökonomische Polarisierung und sozio-kulturelle Heterogenisierung	
4.2.2	Wohlfahrtsstaatlicher Wandel	
4.2.3	Folgen für die soziale Ungleichheit	
	<i>Teil 3: Armut. Ein (gross)städtisches Problem? - Beispiel Stadt Zürich</i>	
5	Armut in den Grossstädten	51
5.1	Gesellschaftlicher Formationswandel und Polarisierung der Metropolen	
5.1.1	Wirtschaftlicher Strukturwandel und Stadtentwicklung	
5.1.2	Global Cities	
5.2	Armut und ihre räumliche Artikulation innerhalb der Städte	
5.2.1	Soziale Ausgrenzung	
5.2.2	Sozialräumliche Segregation	
6	Die vielfach geteilte Stadt Zürich	60
6.1	Urbane Grossregion Zürich	
6.2	Soziale Entwicklung Zürichs	
6.2.1	Regionale Unterschiede	
6.2.2	Soziale Brennpunkte in den Neunzigerjahren	
6.3	Sozialräumliche Disparitäten	
6.3.1	Soziale Problemkreise der Stadt Zürich	
6.3.2	Sozialräumliche Segregation in der Stadt Zürich	

Schlusswort

Bibliografie

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Den wachsenden Renditen der grossen Weltkonzerne stehen wachsende soziale Nöte von Menschen gegenüber. Die Globalisierung der Wirtschaft führt zu spektakulärem Gigantismus im Scheinwerferlicht, aber auch zu Angst, Unsicherheit, die sich unbemerkt, jedenfalls nicht im Medienglanz verbreiten. Bestenfalls sind sie begleitet von soziologischen Untersuchungen über Resignation, Rassismus oder Gewaltbereitschaft. Professor Dahrendorf sagt dem : Die Globalisierung führt zu <Makroerfolgen> und <Mikroelend>. Das heisst: Den Gewinnern der Wirtschaftsfreiheit fällt es leichter, für ihr Kapital rentable und häufig steuerfreie Investitionsmöglichkeiten zu finden. Die Verlierer hingegen sammeln sich im sozialen Netz der Nationalstaaten und stellen die gesellschaftliche Solidarität auf eine harte Probe.

Leuenberger, 1998

Einleitung

„Neue Armut“ ist ein zwiespältiges Thema, aber ein nicht zu verdrängendes soziales Problem. Sie ist nicht mehr nur das Problem von Entwicklungsländern und auch nicht mehr nur das Problem amerikanischer *Ghettos* oder französischer *Banlieus*. Die „neue Armut“ begegnet uns tagtäglich dort, wo wir sie uns nie vorzustellen gewagt haben: in den wohlhabenden, westeuropäischen Grossstädten. Das Phänomen scheint widersprüchlich: Boomende Dienstleistungsmetropole und Polarisierung der Einkommen, *Global City* und sozial-räumliche Segregation.

Vertreter der These der Polarisierung der städtischen Gesellschaft führen die zunehmende Zahl armer Menschen auf die ökonomisch-technologische Modernisierung und die damit verbundene politische Regulation zurück. Armut ist danach das Ergebnis einer mehrfachen, sich überlagernden und räumlich festgeschriebenen strukturellen Benachteiligung von wachsenden Bevölkerungskreisen. Diese hier vertretene These kann mit „Armut *durch* Wohlstand“ (Dangschat 1999) charakterisiert werden.

Die globalen ökonomisch-sozialen Umstrukturierungen und die Krise der Neunzigerjahre bedeuteten auch für die Schweiz das „Ende der Gemütlichkeit“ (Honegger/Rychner 1998). Ein breiter Bevölkerungsanteil war plötzlich mit prekären Arbeitsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe in Berührung gekommen. Vor allem in den Städten hat sich

in den Neunzigerjahren die „neue“ Armut vermehrt konzentriert. Traditionell in den Zentren altindustrieller Standorte, neuerdings auch in den Zentren der Dienstleistung.

Die schweizerische Armutsforschung vermied es jedoch weitgehend, die Ursachen von Armut und ihre räumliche Differenzierung zu analysieren. Es scheint aber auch für die Schweizer Grossstädte zu gelten, dass mit einer erfolgreichen Umstrukturierung der regionalen Ökonomie – quasi als Kehrseite der Medaille – auch die Armut zunimmt. Dies soll am Beispiel von „*Downtown Switzerland*“ gezeigt werden.. In der sich modernisierenden Metropole Zürich, die den weltweiten Wettbewerb um Investitionen einer globalisierenden Wirtschaft aufgenommen hat, bilden sich gleichzeitig sowohl Inseln der Armut als auch des Reichtums.

Die Studie ist wie folgt aufgebaut: In einem ersten Teil werde ich zunächst die sozialwissenschaftlichen Definitionen und Konzepte von Armut vorstellen (Kapitel 1), um dann die Entwicklung der Armutsforschung in der Schweiz auszuleuchten (Kapitel 2). Anschliessend sollen im zweiten Teil die tatsächlichen Ursachen der sozialen Ungleichheit und Armut aufgezeigt werden. Mit Hilfe der Regulationstheorie und deren Konzepts des Fordismus-Postfordimus (Kapitel 3) versuche ich die globale wirtschaftliche und gesellschaftliche Umstrukturierung und den sozialen Wandel der Schweiz sowie dessen Auswirkungen nachzuzeichnen (Kapitel 4). Im dritten und letzten Teil gehe ich knapp auf den grossstädtischen Strukturwandel ein und wie dieser zur Auseinanderentwicklung zwischen den Städten und Polarisierung innerhalb der Metropolen führt (Kapitel 5). Ob die Dienstleistungsmetropole Zürich in den Neunzigerjahren auch von einer zunehmenden sozial-ökonomischen Spaltung geprägt war, soll ein Analyse der Armutsentwicklung und sozial-räumlichen Segregation zeigen (Kapitel 6).

Ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung meiner Arbeit geht an Frau Prof. Ruth Meyer Schweizer, die Fachstelle für Sozialstatistik und Evaluation der Stadt Zürich, meine Eltern, meine Liebe Dana Badulescu und all meine Kolleginnen und Kollegen. Widmen möchte ich die Arbeit meiner geliebten Schwester Sandra.

1 Definitionen und Konzepte der Armut

Ein zentrales Problem der empirischen Armutsforschung stellt die Operationalisierung des Armutsbegriffs dar. Ausmass und Struktur der Armut hängen davon ab, was unter Armut verstanden wird. Die meisten Armutsforscher vertreten heute die Ansicht, dass dem jeweiligen Verständnis von Armut moralische, normative und politische Entscheidungen zugrunde liegen, die einer wissenschaftlichen Bewertung entzogen sind. Armut ist demnach kein wissenschaftlicher, sondern ein politisch-normativer Begriff. Auf die Frage, was Armut ist und wer folglich zu den Armen gehört gibt es “keine objektive, wissenschaftlich eindeutig beweisbare Antwort” (Hauser/Hübinger 1993:69). Es kann daher kaum verwundern, dass in der Armutsforschung sehr verschiedene Armutsdefinitionen zur Anwendung kommen.¹ Trotzdem haben sich in den Sozialwissenschaften begriffliche Konventionen entwickelt, an denen man sich orientieren kann.²

Nachdem in wirtschaftlich hochentwickelten Ländern Europas und Nordamerikas die Gewährleistung eines physischen Existenzminimums gesichert schien, ging man in der Wissenschaft von einem absoluten zu einem relativen Armutsbegriff über.³ Nach und nach wurden durch die Entwicklung der Armutskonzepte die überkommenen theoretischen Ansätze, nach denen Armut als ein individuelles Verschulden angesehen wird (ökonomische Anomie, Armut als Subkultur), überwunden und das theoretische Verständnis der gesellschaftlichen Ursachen von Armut aus den sozialen Strukturen als extreme Form von sozialer Ungleichheit entwickelt resp. als Folge der dem Sozialstaat immanenten Logik verstanden. Heute wird kaum mehr bestritten, dass jede Gesellschaft ihre Armut hat und diese im Zusammenhang mit gesellschaftlichen, vor allem soziologischen Theorien interpretiert werden sollte. (vgl. Alisch/Dangschat 1998:21).

¹ Zu den grundlegenden Kontroversen zwischen absoluter vs. relativer Armutsdefinitionen sowie subjektiven vs. objektiven Ansätze siehe u.a. Piachaud (1992), Zimmermann (1993), Hübinger (1996), Leu (1999).

² Siehe u.a. Hauser/Neumann (1992), Hauser/Hübinger (1993), Hübinger (1996), Bohle (1997), Alisch/Dangschat (1998), Leu (1997, 1999), Klocke (2000), Zimmermann (1993, 2001).

³ Eine Übersicht der Entwicklungsstufen der Armutskonzepte gibt Dietz (1997: 109-110).

Wie bereits gesehen, basieren Bestimmung und Messung von Armut immer auf bestimmten Wertvorstellungen und normativen Entscheidungen. Die gegenwärtige Armutforschung unterscheidet grundsätzlich zwischen “absoluter” und “relativer” Armut:

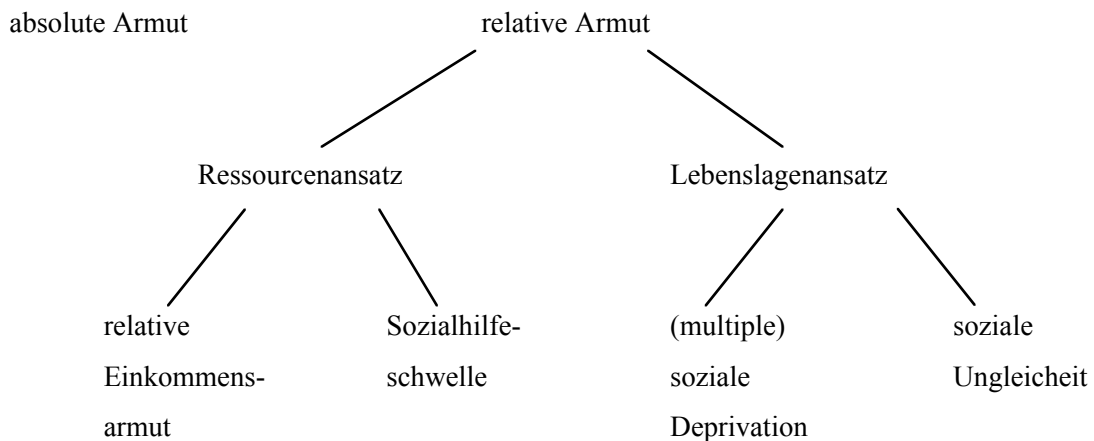
1.1 Absolute und relative Armut

Unter *absoluter Armut* versteht man einen Mangelzustand, der es nicht erlaubt, die physische Existenz dauerhaft zu sichern. Die Armutsgrenze ist dabei identisch mit dem Unterschreiten der zur physischen Existenz notwendigen Güter. (vgl. Hauser/Neumann 1992:245) Absolute Armut liegt demnach dann vor, wenn Personen nicht über die zu ihrer Lebenserhaltung notwendige Ernährung, Kleidung, Unterkunft und Gesundheitspflege verfügen. (vgl. Hauser/Hübinger 1993:69) Diese extremste Form der Armut kann in der Schweiz als weitgehend überwunden gelten und wird im Folgenden nicht weiter thematisiert.⁴

Das relative Armutskonzept orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Betroffenen, sondern definiert Armut direkt im Verhältnis zur Wohlstandsverteilung der Gesamtbevölkerung und interpretiert sie als extreme Ausprägung sozialer Ungleichheit. Unter relativer Armut versteht man demnach “einen Mangel an Mitteln zur Sicherung des Lebensbedarfs auf dem jeweils historisch geltenden, sozialen und kulturellen, typischen Standard einer Gesellschaft”. (Hauser/Neumann 1992:246) Der normativ zu bestimmende Grad des Unterschreitens jener Standards wird dabei als Armutsgrenze definiert und als sozio-kulturelles Existenzminimum bezeichnet. Mit diesem Konzept wird Armut in Beziehung zum allgemeinen Lebensstandard in der Bevölkerung gesetzt. Armut wird nicht als physisches Existenzminimum, sondern als “menschenwürdiges Dasein innerhalb der Gesellschaft” (Zimmermann 1993: 31) definiert. Die überwiegende Mehrheit der Armutsstudien wendet denn auch dieses Konzept einer sozio-kulturellen Armutsdefinition an.

⁴ Selbstverständlich hat das am Subsistenzminimum orientierte absolute Armutskonzept in den Ländern der sog. Dritten Welt, wo Hunger und Unterernährung weiterhin erschreckende Ausmasse aufweisen, weiterhin seine Berechtigung (vgl. Zimmermann 1993).

Abbildung 1.1: Relation der verwendeten Armutsbegriffe



Quelle: Alich/Dangschat (1998:22)

Innerhalb des relativen Armutverständnisses wird weiter zwischen dem Ressourcen- und den Lebenslagenansatz unterschieden (vgl. Hauser/Neumann (1992:245ff.), Leu (1999:50ff.):

1.1.1 Ressourcenansatz

Der Ressourcenansatz basiert auf einem materiellen Verständnis und berücksichtigt ausschliesslich die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Nach der *Ressourcendefinition* wird Armut als “ein Mangel an Ressourcen (wie z.B. Einkommen, Vermögen, staatliche Transferleistungen) verstanden, welche zur Erlangung eines sozio-kulturellen Existenzminimums notwendig sind” (Hauser/Neumann 1992:246). Eine Person gilt als arm, wenn ihr Einkommen die festgelegte Einkommensgrenze, die sog. Armutsgrenze, unterschreitet und somit das Existenzminimum verfehlt. Der Ressourcenansatz der Armut impliziert, dass bei ausreichender Verfügbarkeit über monetäre Ressourcen alle relevanten Lebenschancen gesichert und alle wichtigen Bedürfnisse befriedigt werden können. (vgl. Leu 1999:51)

In Anbetracht der Tatsache, dass Armut aber ein mehrdimensionales Phänomen ist, wird hier häufig nur von Einkommensschwäche statt von Armut gesprochen.

Auch zur Abgrenzung von Einkommensschwäche bzw. Armut in materieller und ökonomischer Hinsicht gibt es keine allgemein gültigen, objektiven, wissenschaftlich begründeten Kriterien, die festlegen, nach welchen Merkmalen Armut von Nicht-Armut zu unterscheiden ist. In der Regel werden mehrere Armutsgrenzen und Äquivalenzskalen definiert. Am häufigsten werden relative und politische Schwellenwerte verwendet, wobei Personen (bzw. Haushalte) mit tieferen Einkommen als die Armutsgrenze als einkommensschwach bzw. arm gelten:

Für die Auswahl der *relativen Einkommensgrenzen* bestehen willkürlich gegriffene Vorgaben, welche EU-weit akzeptiert sind. Relative Einkommensstandards stehen in Relation zur Wohlstandsverteilung der Gesellschaft und werden bestimmt, "indem bestimmte Grade des Unterschreitens eines gewichteten gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens festgelegt werden und somit als Armutsgrenzen fungieren" (Hübinger 1996:70). Hierbei wird meist das nach Haushaltsgrösse und -zusammensetzung äquivalenzgewichtete mittlere Einkommen (arithmetisches Mittel wie auch Median) in der Referenzgesellschaft als relativer Einkommensstandard definiert. Ein Unterschreiten dieser Armutsgrenze um 60 Prozent (strenge Armut), 50 Prozent (Armut) oder 40 Prozent (Armutnähe) wird dann als unterschiedliches Ausmass von Einkommensarmut bzw. Niedrigeinkommen bezeichnet. Verfügt eine Person beispielsweise über weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens, dann ist sie als einkommensarm einzuschätzen.⁵

Bei der Verwendung von Lagemassen als Referenzgrössen ergibt sich das Problem, dass sich Veränderungen des allgemeinen Wohlstandsniveaus der Bevölkerung nicht in jedem Fall im Ausmass der gemessenen Armut niederschlagen. "Verringern sich beispielsweise alle Einkommen um denselben Prozentsatz, so ändert sich nichts an der Anzahl der Einkommensarmen auch bei schlechterer Versorgungslage der Bevölkerung" (Zimmermann 1993:21). Desweiteren ist das Äquivalenzeinkommen von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung und der politischen Regulation abhängig. Ebenso drückt sich eine Polarisierung der Gesellschaft in sozio-ökonomischer Hinsicht in dem anscheinenden Paradoxon einer steigenden Armutsquote bei gleichzeitig gesamtgesellschaftlich positiver Wohlfahrtsentwicklung aus: "Die deutliche steuerliche Entlastung der Bezieher hoher Einkommen macht sich in einer Absenkung der Äquivalenzeinkommen deutlich. Auf diese Weise rutscht ein Teil der Haushalte statistisch aus der Armutszone, ohne dass sich deren Einkommen oder Kaufkraft verbessert" (Alisch/Dangschat 1998:25)

⁵ Bei der 50%-Grenze berufen sich die Armutsforscher auf die Armutsbestimmung der EU.

Die *politischen Armutsgrenzen* sind im politischen Prozess festgelegte Existenzminima, die in verschiedener Form institutionalisiert sein können. In der Schweiz existiert nicht wie in anderen Ländern eine offizielle Armutsgrenze. Die schweizerische Sozialpolitik kennt aber zur Sicherung des Existenzminimums verschiedene bedarfsabhängige Leistungen, welche in Armutsuntersuchungen verwendet werden (insbesondere die Ergänzungsleistungen der AHV/IV (EL) sowie die öffentliche Sozialhilfe). Ein Vorteil der politischen Armutsgrenzen liegt in der Ermittlung der verdeckten Armut. Trotz Sozialhilfe und den Ergänzungsleistungen wird in diesen Fällen das Ziel der Minimalsicherung nicht erreicht und damit deren Wirksamkeit als sozialpolitische Instrumente zur Armutsbekämpfung in Frage gestellt. (vgl. Priester 1999:145)

In der aktuellen Diskussion wird auch zwischen Einkommensschwäche (obere Armutsgrenze) und Armut (untere Armutsgrenze) unterschieden (vgl. Salzgeber/Suter 1997, Leu 1999):

Von *Einkommensschwäche* wird im Zusammenhang mit den oben beschriebenen materiellen Mängellagen gesprochen. Als einkommensschwach gelten jene Personen, deren Einkommen die Grenze der Anspruchsberechtigung für Ergänzungsleistungen (EL) der AHV/IV unterschreiten.

Im Unterschied zu Einkommensschwäche hat *Armut* eben nicht nur mit niedrigem Einkommen zu tun. Von Armut spricht man bei materiellen und immateriellen Mängellagen der betroffenen Personen: “Armut ist das Einhergehen von Einkommensschwäche mit immateriellen Mangellage und eindeutiger Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen wie Wohnen, Ernährung, Gesundheit, Bildung; Arbeit, soziale Kontakte und soziale Sicherheit” (Salzgeber/Suter 1997:15). Als Armutsgrenzen gelten dabei die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), die festlegen, welche verfügbaren Einkommen nicht ausreichen, um die Kosten für die materielle und immaterielle Grundsicherung zu decken.⁶ Danach sollen Hilfeleistungen “nicht nur das Überleben der Bedürftigen sichern, sondern ihre Teilnahme am Arbeits- und Sozialleben, ihr Selbstbewusstsein und ihre Eigenverantwortung fördern” (Leu 1999:43).

⁶ Die Richtlinien der SKOS sind als Empfehlungen zuhanden der Sozialhilfeorgane von Bund, Kantonen und Gemeinden konzipiert und sind in der Schweiz massgebend für die Sozialhilfebezüge. Die empfohlene Pauschale für den Lebensunterhalt (GBL) beträgt bei Einzelpersonen je nach Region CHF 1'110 bis 1'165 pro Monat.

Die *Sozialhilfeschwelle* kann somit als quasi-offizielle Armutsgrenze bezeichnet werden. “Beim Tatbestand der Sozialabhängigkeit ist Armut gegeben, da Menschen, welche Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, eindeutig die Armutskriterien Einkommensschwäche und Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen auf sich vereinen” (Salzgeber/Suter 1997:15). Die Definition von Armut als Bezug von Sozialhilfe akzeptiert die jeweilige Sozialpolitik und hat dadurch den Vorteil, einen hohen Konsens über die Art der Messung zu erzielen. Im wissenschaftlichen Diskurs wird der Sozialhilfebezug durchweg als Indikator für Armut angesehen.⁷

Das Manko ist jedoch das Problem “verdeckter Armut”. Die Sozialhilfestatistik sagt nur wenig über die tatsächliche vorhandene Armut aus. Nicht alle Personen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, machen ihre Ansprüche auch geltend.⁸ “Sozialhilfeabhängigkeit kann somit mit Armut gleichgesetzt werden - Armut hingegen nicht mit Sozialhilfeabhängigkeit (Salzgeber/Suter 1997:15). Die *Dunkelziffer* der Sozialhilfe ist nur annähernd zu bestimmen. Schätzungen gehen von 50 Prozent bis 80 Prozent der Berechtigten aus, die von ihrem Rechtsanspruch keinen Gebrauch machen. (vgl. Höpflinger/Wyss 1994).

1.1.2 Lebenslagenansatz

Der Lebenslagenansatz entspricht einer soziologischen Zugangsweise zum Thema Armut. Einerseits wird Armut oft aus einer mehrdimensionalen Hierarchie *sozialer Ungleichheiten* als extreme Form von sozialer Benachteiligung abgeleitet, andererseits umfasst der Ansatz *Systeme multipler sozialer Deprivation*.

Neben der Verteilung der materiellen Möglichkeiten stehen immaterielle Teilhabemöglichkeiten, an denen der Grad der sozialen Integration bzw. Desintegration gemessen werden. Gefragt wird hier nicht nach dem verfügbaren Einkommen, das ein bestimmtes Versorgungsniveau ermöglicht (potentielle Bereitstellung), sondern nach der

⁷ Die Gewährung von Sozialhilfe wird auch als “bekämpfte Armut” bezeichnet. Diese Sichtweise, nach der Sozialpolitik soziale Ungleichheit abzubauen und Armut zu verhindern versucht, ist keineswegs unumstritten. Seit Mitte der achtziger Jahre wird in Deutschland die These vertreten, dass der Sozialstaat sich eine Klientel erhalte (*welfarezation*) und sogar eine Armutsklientel erzeuge. (vgl. Leibfried/Voges 1992:25)

⁸ Als Gründe für den Nichtbezug von öffentlicher Sozialhilfe nennen Salzgeber/Suter (1997:16) “ungenügende Information und Kenntnisse über Sozialhilfeleistungen, Stolz oder Angst vor Stigmatisierung aber auch die Tragfähigkeit sozialer Netze”.

tatsächlichen Versorgungslage von Personen in bestimmten Versorgungsbereichen (reale Versorgungslage). Der umfassendere *Lebenslagenansatz* geht also über die materielle Dimension hinaus und bezeichnet Armut als “das Unterschreiten von Minimalstandards einer oder mehrerer Dimensionen der Lebenslage (z.B. Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Transportmöglichkeiten, Rechtsschutz, Beteiligung im kulturellen und politischen Bereich, Integration in gesellschaftliche Gruppen)” (Hauser/Neumann 1992:246). Von besonderem Interesse ist in multidimensionalen und lebenslageorientierten Armutsuntersuchungen die Kumulation von Unterversorgungsmerkmalen. Es wird angenommen, dass es Überschneidungen von Problemlagen gibt und so jedes Unterschreiten der Mindestversorgungsstandards in einer der Dimensionen der Lebenslage zu Deprivation führt.⁹ Als arm gilt nach diesem Konzept eine Person, die in mehreren dieser Bereiche nicht mit Mindestausstattung versorgt ist. (vgl. Hauser/Hübinger 1993:70)

Obwohl der Lebenslagenansatz vielfach als plausibel angesehen wird und sich hier Verbindungen zur aktuellen Diskussion theoretischer Ansätze der sozialen Ungleichheit ergeben, ist er in der empirischen Forschung bisher kaum von Bedeutung. Dies liegt daran, dass die Festlegung einer Armutsgrenze, die allein auf dem Lebenslagenansatz fusst, bislang noch nicht verwirklicht wurde. Die Definition von Armut als Kumulation und Kombination von Unterversorgungen und Benachteiligungen ist theoretisch und empirisch problematisch. Dazu müssten nämlich in zentralen Lebensbereichen Mindeststandards zugrundegelegt werden. (vgl. Hübinger 1996:68) Noch stärker als beim Ressourcenansatz jedoch gründet eine Lebenslagedefinition der Armut auf Wertentscheidungen, die gesellschaftlich umstritten sind. Sowohl die Auswahl der relevanten Bereiche als auch die Festlegung der Ausstattungs- und Versorgungsminima, deren Unterschreiten Armutslagen indiziert, lassen sich nicht ohne Bezug auf normative Grundentscheide begründen. (vgl. Leu 1999:52)

Vielversprechend scheint aber die Kombination von Ressourcen- und Lebenslagenansatz: “Das Schlüsselmerkmal von Armut ist und bleibt das Unterschreiten einer Einkommensgrenze. Die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Armut werden aber erst sichtbar, wenn wichtige Lebensbereiche derjenigen, die eine Einkommensgrenze

⁹ Der bekannteste Ansatz zur Veranschaulichung der Zusammenhänge zwischen Deprivationen in verschiedenen Subdimensionen ist das “Pentagon der Armut” von Tschümperlin. (siehe Dietz 1997:108)

unterschreiten, betrachtet werden“ (Hübinger 1996:68). Entsprechend wird in der jüngeren Armutsforschung versucht die Versorgung mit monetären Ressourcen als der zentrale Ausstattungsbereich in das Lebenslagenkonzept zu integrieren.¹⁰

Die subjektive Wahrnehmung und Bewertung von Armut ist bisher vernachlässigt worden. Konstituierend für subjektive Armutskonzepte ist, dass Einkommensschwäche bzw. Unterversorgung durch subjektive Einschätzung aller Gesellschaftsmitglieder unter Einschluss der Betroffenen festgelegt wird. (vgl. Leu 1999: 46)¹¹

Resümierend ist Piachaud (1992:81) zuzustimmen, dass kein Messkonzept “einen Königsweg zur wissenschaftlichen und objektiven Messung von Armut” darstellt. Für welches Armutskonzept man sich entscheidet, wird oft von sozialpolitischen und pragmatischen Gesichtspunkten bestimmt. Wichtig ist in jedem Fall eine Offenlegung der theoretischen Grundannahmen und konzeptionellen Entscheidungen bei der Wahl eines Armutsbegriffs.

¹⁰ Siehe u.a. Döring et al. (1990), Glatzer/Hübinger (1990), Farago/Füglister (1992), Hanesch (1994), Ulrich/Binder (1995), Leu et al. (1997).

¹¹ Nicht zu vergleichen mit dem Konzept des alltäglichen Leidens, das Bourdieu (1997) und Honegger/Rychner (1998) ihren stärker sozialpsychologischen Studien zugrunde gelegt haben.

2 Armutforschung und Sozialberichterstattung in der Schweiz

Armut wurde in der soziologischen Ungleichheitsforschung der Schweiz lange Zeit kaum thematisiert. Der in der wissenschaftlichen und sozialpolitischen Auseinandersetzung notwendige Wechsel in der Wahrnehmung der Armutproblematik wurde von Evers und Novotny (1987) eingeleitet: "Erst wenn Armut nicht mehr als Schicksal - sei es im Sinne einer individuellen Schuld oder Folge unveränderbarer Gesetzmässigkeiten - begriffen wird, erscheint sie als "soziales Übel" oder als "soziale Frage" und wird einer wissenschaftlichen Thematisierung und sozialpolitischen Intervention zugänglich" (Suter 1997:140). In der deutschen Wissenschaft und Öffentlichkeit gab es durch die Wiederentdeckung der "neuen Armut" (Geissler 1976) und der "Armut im Reichtum bzw. Wohlstand" (Döring et al. 1990) bzw. "Zwei-Drittel-Gesellschaft" (Glotz 1984) zwei Schübe der Wahrnehmung neuer Armutproblematik.

Die von konservativen Kreisen in Deutschland lancierte Debatte um die "neue Armut"¹² wurde in der Schweiz erst in den achtziger Jahren aufgegriffen. Sie drang mit den Publikationen der Studien von Enderle (1987) und Buhmann (1988) ins öffentliche Bewusstsein. Diese Untersuchungen zeigten deutlich, dass "unabhängig von der Konjunkturlage auch in jüngerer Vergangenheit stets ein Teil der Bevölkerung in ökonomisch prekären Verhältnissen lebte" (Farago 1995:13). Einigkeit herrschte darüber, dass das Neue weniger in der Armut selber liegt, sondern in der Zusammensetzung der sozialen Gruppen, die sie trifft, und in der Ausgestaltung der Institutionen, die sich mit diesen Gruppen beschäftigen.

Die bisherigen Erkenntnisse der schweizerischen Armutforschung lassen sich nach Farago (1995) und Suter (1997) gut zusammenfassen, da sie im grossen und ganzen weitgehend übereinstimmen:

- *Armut und Einkommensschwäche* ist in der reichen Schweiz eine Realität - trotz bestehenden Sozialversicherungssystemen. Ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung ist gezwungen mit stark eingeschränkten materiellen Mitteln zu leben.

¹² Der aus Deutschland stammende Begriff wies ursprünglich auf die Armut aufgrund von Massen- bzw. Langzeitarbeitslosigkeit der siebziger Jahre hin.

Das Ausmass der Armut wurde von verschiedenen Studien entsprechend der Besonderheiten der Untersuchungsanlagen und des regionalen Bezuges sehr unterschiedlich geschätzt:¹³ Zwischen 5 Prozent und 15 Prozent der Schweizer Wohnbevölkerung werden als einkommensschwach oder arm bezeichnet. Das entspricht – bei einer Wohnbevölkerung von rund 7 Mio. – rund 350'000 bis 1 Mio. Menschen im ganzen Land.

- Bestimmte soziale Gruppen sind dem *Armutsrisiko* stärker ausgesetzt als andere. Ein überdurchschnittliches Risiko tragen nach Ansicht der meisten Experten Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Ausgesteuerte, Personen mit niedrigem Bildungsstand und schlechter beruflichen Qualifikation, Familien mit Kindern (insbesondere ausländischer Nationalität), RentenbezügerInnen (vor allem AHV und IV, aber ohne EL), NiedriglohnempfängerInnen, Alimentenpflichtige, allein lebende Männer, chronisch Kranke, Verschuldete, Personen ohne gesicherten Wohnsitz und Suchtmittelabhängige.
- Hohe Armutsgefährdung wird insbesondere durch *Kumulation von solchen Risikolagen* ausgelöst. Dabei variieren die Unterversorgungsprofile zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der betroffenen Bevölkerung.
- Das Bild einer festgefügtten, zementierten „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ scheint nicht der Realität zu entsprechen. *Soziale Auf- und Abstiegsprozesse* über die Armutsgrenze hinweg kommen häufiger vor als bisher angenommen. Gleichzeitig steigt aber der Anteil von Menschen, die wenigstens einmal im Leben Armutserfahrungen machen.

¹³ Für einen Vergleich der verschiedenen Armutsstudien siehe Leu et al (1997:157-169). Einen Überblick der Armutsquoten aus den bisher vorliegenden gesamtschweizerischen und kantonalen Studien gibt Farago (1995:18).

2.1 Die Entwicklung der jüngeren Armutsforschung¹⁴

Nach Suter (1997) kann die schweizerische Armutsforschung in drei epochale Etappen gegliedert werden.¹⁵

- Die Pioniere der Achtzigerjahre haben einen ressourcentheoretischen Ansatz verwendet.
- Ende der Achtzigerjahre erfolgte ein eigentlicher Paradigmawechsel in Richtung einer systematischen Verknüpfung der ressourcen- und lebenslageorientierten Perspektive.
- Ab Mitte der Neunzigerjahre erfolgen erste Versuche einer dynamischen Armutsforschung.

2.1.1 Die Entzauberung des sozialstaatlichen Wohlfahrtsmythos

Die erste Etappe der neuen Armutsforschung bezeichnet Suter (1997:141) als "Entzauberung des sozialstaatlichen Wohlfahrtsmythos". Nach dem 2. Weltkrieg herrschte auch in der Schweiz die Vorstellung, Armut als materielles Problem werde im Zuge des Wirtschaftswachstums und des weiteren Ausbaus des sozialen Sicherungssystems an Bedeutung verlieren. Erst das sich rasch verändernde wirtschaftliche Umfeld zu Beginn der neunziger Jahre (Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit) führten dazu, dass dem Thema Armut und soziale Ausgrenzung mehr Bedeutung zugeschrieben wurde. Vor dem Hintergrund wachsender Zahlen der Sozialhilfeempfänger und steigender Kosten der Kantone und Gemeinden wurde in den achtziger Jahren zahlreiche quantitative und qualitative Armutsforschungen durchgeführt. Sie bezogen sich auf bestimmte benachteiligte Gruppen in der Wohnbevölkerung der Kantone, wo sie - wenn auch mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Interessenlagen - durchgeführt wurden. (vgl. Priester 1999) Fast alle dieser Studien basieren hauptsächlich auf dem sog. Ressourcenansatz, der Armut ausschliesslich als ökonomische Armut, also als Unterversorgung bezüglich finanzieller Ressourcen versteht.¹⁶

Die wichtigsten Ergebnisse dieser ersten Phase der schweizerischen Armutsforschung sind die Schätzungen von Armutsquoten, die Beschreibung von gruppenspezifischen

¹⁴ Für eine vollständige Übersicht der quantitativen und qualitativen schweizerischen Armutsstudien seit den siebziger Jahren siehe Farago (1995) und Suter (1997).

¹⁵ Siehe auch die Übersicht der Armutsthematisierung und Armutsbilder der BRD 1949-1992 von Leisering (1993:492).

¹⁶ Siehe u.a. Leu et al. (1986), Enderle (1987), Buhmann (1988), Joliat (1992).

Armutsriskien und Betroffenheitsmustern sowie die Entwicklung gewisser methodischer Standards.

Tabelle 2.1: Armutsgrenzen, Armutsqoten und Anzahl Arme, Schweiz 1992

Armutsgrenze	Schwellenwert in CHF pro Monat	Armutsqote in Prozent	Arme
Untere Armutsgrenze (SKOS)	980	5.6	390'000
Obere Armutsgrenze (EL)	1'285	9.8	680'000
50% des verfügbaren Durchschnittseinkommens	1'910	10.3	710'000

Quelle: Leu et.al. (1997).

Die Erkenntnis der Heterogenität der Armut bezogen auf sehr unterschiedliche soziale Gruppen führte in den Achtzigerjahren zur These der *“neuen Armut”*. *“Neu”* war weniger der Anlass zur Verarmung (Massen- bzw. Langzeitarbeitslosigkeit) und deren Ausmass, sondern die Tatsache, dass von ihr auch sich in Sicherheit wählende soziale Gruppen betroffen waren.

Die zweite These bildete das Konzept der *“Zwei-Drittel-Gesellschaft”*. Eng ausgelegt bedeutet sie, *“ dass es einen nennenswerten Anteil in der Gesellschaft gibt, der langfristig aus der materiellen, sozialen, politischen und kulturellen Partizipation ausgeschlossen ist, dessen Lebens- und Teilhabechancen massiv eingeschränkt sind und der weder im Produktionsprozess noch für politisch-legitimatorische Formen der Demokratie gebraucht wird”* (Alisch/Dangschat 1998:19). Ausgehend vom Befund, dass ein erheblicher Teil der Schweizer Bevölkerung von Armut betroffen ist, weist sie auf Prozesse einer dauerhaften sozialen Ausschliessung hin, auf zwei voneinander deutlich getrennte Bevölkerungsteile. Damit wird auch eine zeitliche Stabilität suggeriert.

2.1.2 Die Ressourcen- und lebenslageorientierten Perspektive

Die zweite Etappe der Armutsforschung brachte einen eigentlichen Paradigmawechsel vom Ressourcenansatz zur kombiniert ressourcen- und lebenslageorientierten Perspektive. Qualitative Studien zur Erforschung der Bewältigungsstrategien von armutsbetroffenen

Menschen haben eine lebenslageorientierte Perspektive eingenommen.¹⁷ Neu versuchten auch quantitativ ausgerichtete Bevölkerungsstudien nicht-finanzielle Lebensumstände mit einzubeziehen. (vgl. Suter 1997:146) Die ersten Studien, die von einer Kombination beider Ansätze ausgingen, waren die Berner und die Zürcher Armutsstudien (1992). Am systematischsten haben die beiden Konzepte Leu et al. (1997) in ihrer nationalen Studie verknüpft. Insgesamt haben sie neun Lebensbereiche berücksichtigt: finanzielle Situation, Arbeit und Ausbildung, Wohnsituation, soziale Herkunft, privates Netzwerk, subjektives Wohlbefinden, Gesundheit, Demografie und Bewältigungsstrategie. Der Lebenslagenansatz wurde in den Studien aber nicht konsequent angewendet.¹⁸ Es gibt in der Armutsforschung also eine gewisse Diskrepanz aus theoretischem Anspruch (Armut als Lebenslage) und empirischer Überprüfung (Armut als Ressourcenansatz, ökonomische Armut, Sozialhilfebezug).

Trotzdem führte diese zweite Phase der Armutsforschung zu wichtigen Ergebnissen. Die Einsicht der „*Mehrdimensionalität* der Armut“ (Suter 1997:148) führte zur Erkenntnis, dass sich Armut nicht auf eine Unterversorgung im finanziellen Bereich reduzieren lässt. Defizite im nicht finanziellen Bereich können ebenso gravierend sein wie Einkommensschwäche. Zudem betrifft die Mehrzahl der Mängellagen in den nicht-finanziellen Bereichen die Bevölkerung im armutsnahen Bereich.¹⁹

2.1.3 Von der statischen zur dynamische Armutsforschung

Die dritte und jüngste Etappe der Armutsforschung kennzeichnet den Übergang von der statischen zur dynamischen Armutsforschung. Mit der dynamischen Perspektive rückt die Prüfung und Weiterentwicklung der These der „Verzeitlichung von Armutslagen“²⁰ in den Vordergrund. In Längsschnitterhebungen wird untersucht, ob sich die Zeitstruktur sozialer Ungleichheit in Richtung temporärer und diskontinuierlicher (statt dauerhafter)

¹⁷ Siehe u.a. Boddenberg Schmid/Schmid (1989), Mäder et al. (1991), Mächler et al. (1994), Honegger/Rychner (1998).

¹⁸ In der Arbeit von Leu et al. (1997) werden Ressourcen- und Lebenslagenkonzept zwar kombiniert, die Identifikation der Armen erfolgt jedoch über den Ressourcenansatz.

¹⁹ Leu et al. (1997:Teil III) stellen erst bei Erreichen eines mittleren finanziellen Ressourcenniveaus (ca. 1,5 bis zweimal höher als das Niveau der Armutsschwelle) einen deutlichen Rückgang der Unterversorgungerscheinungen fest.

²⁰ Die dynamische Armutsforschung fusst auf der These der „Verzeitlichung von sozialer Ungleichheit“, welche auf Peter A. Berger und Ulrich Beck zurückgeht. Sie hat eine heftige Kontroverse über die mögliche Verharmlosung der Langzeitarmut ausgelöst.

Ungleichheitslagen verändert hat. (vgl. Hübinger 1996: 51) Das zentrale Ergebnis der zeitbezogenen Armutsforschung in Deutschland²¹ ist, dass einerseits Armut für die meisten Betroffenen kein dauerhaftes Problem zu sein scheint und der grösste Teil der einmal in Armut Geratenen nur für kurze Zeit relativ einkommensarm bzw. sozialhilfeabhängig ist, andererseits sich Armutserscheinungen zunehmend verallgemeinern, weil ein immer grösserer Bevölkerungsteil zeitweise die Erfahrung von Einkommensarmut macht.

Im Gegensatz zu Deutschland ist die dynamische Armutsforschung in der Schweiz erst im Aufbau. Den Untersuchungsanlagen einer dynamischen Armutsforschung entsprechen nach Suter (1997) bisher nur die Studien von Farago/Füglister (1992), Rüst (1994, 1995, 1999), Salzgeber/Suter (1997) und (Suter/Budowski/Meyer (1996).

Die Befunde der dynamischen Armutsforschung der Schweiz deuten darauf hin, dass erstens die Aufwärtsmobilität die Abwärtsmobilität überwiegt, zweitens jedoch das *Abstiegsrisiko* beträchtlich höher zu sein scheint, als bisher angenommen. Aufgrund des Forschungsrückstands bleiben die Fragen, wieweit die Abwärtsbewegungen der Betroffenen reichen und ob vorwiegend die Bevölkerung im armutsnahen Einkommensegment das Abstiegsrisiko trägt oder selbst Angehörige der Mittelschicht bedroht sind, offen. (vgl. Suter 1997:155)

Die schweizerische Armutsforschung der letzten 20 Jahre wurde von der Sozialpolitik initiiert und/oder mitfinanziert (kantonale und kommunale Armutsstudien, nationale Armutsstudie).²² Gegenwartsbezogene Armutsforschung in der Schweiz ist “praxis- und politikorientierte Sozialforschung” (Suter 1997:149). Trotzdem fehlt in der Schweiz nach wie vor eine institutionalisierte Armuts- und Sozialberichterstattung. Auf kantonaler und kommunaler Ebene sind erste Sozialhilfestatistiken erstellt worden. Nun soll auch auf Bundesebene die Datenlage zur Armutssituation künftig verbessert werden: Im Bundesamt für Statistik wird gegenwärtig eine gesamtschweizerische Sozialhilfestatistik aufgebaut.²³

²¹ Siehe hierzu insbesondere Zwick (1994), Buhr (1995), Leibfried (1995), Ludwig (1996).

²² Siehe. u.a. Füglister (1992) im Auftrag des Regierungsrates des Kantons St.Gallen, Rüst (1995, 1996, 2000) im Auftrag des Sozialamtes des Kantons Zürich, Salzgeber/Suter (1997) im Auftrag des Sozialdepartements der Stadt Zürich. Die nationale Armutsstudie von Leu et al. (1997) wurde vom BFS und BVS mitfinanziert.

²³ Zur Planung einer regelmässigen schweizerischen Armutsberichterstattung des BFS siehe Priester (1999).

Bewertet man die hier erwähnten Analysen eines der grössten sozialen Probleme in der Schweiz, dann muss die schweizerische Armutsforschung den Vorwurf akzeptieren, dass die wirklichen Ursachen von Armut wenig berücksichtigt wurden. Ebenfalls wurde kaum eine Einbindung in Gesellschaftstheorien sowie eine Analyse der wirtschaftlichen und politischen Umstrukturierungen in der Gesellschaft vorgenommen. Schliesslich ist die Bedeutung der räumlichen Konzentration von Armut in den Städten bislang nicht genügend bearbeitet.

3 Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Formationswandel

Ein entscheidendes Manko der schweizerischen Armutsforschung ist die Tatsache, dass den Ursachen dieser neuen Armut sowie deren räumlichen Konzentration in den Grossstädten bislang wenig Aufmerksamkeit zuteil wurde. Arbeitslosigkeit, Tod des Ernährers oder unzureichende Sozialleistungen – wie sie die Sozialhilfestatistiken vermitteln – sind allenfalls Anlässe für Einkommenschwäche und Sozialhilfeabhängigkeit. Die Ursachen von Armut liegen aber vielmehr im kapitalistischen Wirtschaftssystem und dessen Regulation der Arbeits- und Wohnungsmärkte, der Steuer-, Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Migrationspolitik. Armut muss also “aus den besonderen Bedingungen aktueller kapitalistischer Wirtschaft, politischer Regulation und gesellschaftlicher Reproduktion und Konsumtion abgeleitet werden.” (Dangschat/Diettrich 1999:80)

Um die gesellschaftliche Veränderung der Schweiz und die darin beobachtete Verfestigung von Armut in diesem Sinne nachzuvollziehen, beziehe ich mich auf die Regulationstheorie und das in deren Zusammenhang entstandene Konzept des Fordismus - Postfordismus.

3.1 Regulationstheorie

Stefan Hradil (1999) reiht die Regulationstheorie unter die neueren, marxistisch ausgerichteten ökonomischen Theorien sozialer Ungleichheit ein, welche die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften nicht länger ausschliesslich aus ökonomischen Gegebenheiten und Gesetzmässigkeiten ableiten. Vielmehr versuche sie “die Veränderungen auch im Zusammenhang mit politischem und sozialem Handeln zu begreifen” (Hradil 1999:188).

Die Regulationstheorie²⁴ wurde ursprünglich Mitte der siebziger Jahre von einigen französischen Sozialwissenschaftlern (Aglietta, Boyer, Lipietz u.a.) entwickelt, die sich mit der kritischen Analyse west-kapitalistischer Wirtschafts-, Politik- und

²⁴ Da innerhalb der sog. Regulationsschule eine Vielfalt von Ansätzen existiert, die sich jedoch in einigen zentralen Fragestellungen und Grundkonzeptionen ähneln, sprechen viele Darstellungen lieber vom Regulationsansatz.

Gesellschaftssysteme beschäftigten. Diese sogenannte “französische Regulationsschule” verstand sich als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre und der damit verbundenen Verunsicherungen und Reorientierungen, insbesondere der Krise der bis dahin beherrschenden keynesianischen Theorie.²⁵

Wichtiger Bezugspunkt der Regulationsschule ist ein “historischer und nicht-ökonomistischer Materialismus” (Dietrich 1999:69). Ihr theoretischer Hintergrund bilden Althusser’s strukturalistische Variante der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und die Arbeiten von Antonio Gramsci.²⁶ In ihrer spezifischen Interpretation wendet sich die Regulationsschule jedoch gegen eine sich linear in der Geschichte durchsetzende Logik der kapitalistischen Entwicklung und gegen die Reduzierung des komplexen Gesellschaftsgefüges auf ein simples Basis-Überbau-Modell. Wird mit marxistischen Klassenansätzen das soziale Ungleichheitsverhältnis in der Regel als Folge von Produktionsverhältnissen und -weisen einerseits und von Klassenkämpfen andererseits formuliert, versucht die Regulationsschule hingegen die Veränderungen im Zusammenhang mit politischem und sozialem Handeln zu begreifen. Sie thematisiert “neben den Bedingungen der Kapitalakkumulation insbesondere die politische und gesellschaftliche Regulationsweise, d.h. die Reproduktion von Klassenverhältnissen durch staatliche Intervention, Ideologisierung und gesellschaftliche Restrukturierung” (Dangschat 1998a:66).

Eine Besonderheit der *Theorie der Regulation* besteht in der Grundannahme, “dass die Geschichte des Kapitalismus im Weltmassstab durch eine Abfolge spezifischer gesellschaftlicher Formationen geprägt ist, die auf der Basis einer gleichbleibenden Grundstruktur (Privatproduktion, Lohnarbeit, warenvermittelte Aneignung des Mehrprodukts) in ihren Produktions- und Ausbeutungsformen, den Vergesellschaftungs- und Klassenverhältnissen sowie dem Charakter des Staates und der politischen Herrschaft sich wesentlich unterscheiden.” (Esser/Hirsch 1987:33) Die Übergänge zwischen diesen

²⁵ Dabei wendet sie ihren Ansatz kritisch gegen die abstrakten Modellkonstruktionen der neoklassischen Wirtschaftstheorie und den monetaristisch-neoliberalen Marktadikalismus, welche ihrer Meinung nach ausblenden, “dass ökonomische Strukturen und Prozesse wesentlich durch soziale Relationen und Machtverhältnisse geprägt sind, die in institutionellen Konfigurationen und Dispositiven ihren Ausdruck finden.” (Hirsch 1994:188).

²⁶ Antonio Gramsci (1937) prägte den Begriff Fordismus, um den damals neuen “historischen Block” zu kennzeichnen. Zum Einfluss und der Kritik des “Althusserismus” auf die “französische Theorie der Regulation” siehe Alain Lipietz (1992).

kapitalistischen Formationen nehmen die Form tiefgehender säkularer Krisen an, die von langfristigen Schwankungen der Profitrate bestimmt werden und durch die ökonomischen, sozialen wie politischen Verhältnisse innerhalb der jeweiligen Formation bedingt sind.

Die Regulationsschule geht nun davon aus, dass sich der Fordismus nach dem Zweiten Weltkrieg zum hegemonialen Modell in den westlichen Industrieländern entwickelte, bis er Ende der Sechzigerjahre in eine tiefgreifende Krise geriet. Seither zeichnen sich in den verschiedenen Ländern und Weltregionen unterschiedliche Entwicklungspfade des Postfordismus ab.²⁷

Um nun die Institutionen, Regeln und Normen kapitalistisch verfasster, nationaler Gesellschaften zu identifizieren, hat die Regulationstheorie ein spezifisches Analyse- und Begriffsinstrumentarium entwickelt.

3.1.1 Regulation kapitalistischer Gesellschaften

Die intermediären Begriffe “Akkumulationsregime” und “Regulationsweise” kennzeichnen in der Regulationstheorie die regional und historisch unterschiedlichen Ausprägungen, die die kapitalistische Gesellschaftsstruktur im Kontext besonderer Formen der Kapitalproduktion und -reproduktion, von Klassenstrukturen und sozialen Kräfteverhältnissen annimmt. “Historische Formationen des Kapitalismus sind durch je spezifisch geformte und verbundene Akkumulationsregimes und Regulationsweisen gekennzeichnet.” (Hirsch 1994:197)

Jede kapitalistische Gesellschaft ist erst einmal durch den *Akkumulationsprozess* geprägt, welcher wiederum durch eine bestimmte Form der Mehrwertproduktion – abhängig von der Produktionstechnik, der Arbeits- und Unternehmensorganisation, den Marktverhältnissen – gekennzeichnet ist. Ein Netzwerk von gesellschaftlichen Institutionen und Normen sorgt dafür, “dass sich die Menschen in Übereinstimmung mit den jeweiligen Bedingungen der Akkumulation verhalten, also entsprechende Arbeits-, Lebens- und Konsumweisen sowie bestimmte Formen der Interessenwahrnehmung”

²⁷ Im deutschsprachigen Raum haben v.a. Joachim Hirsch und Roland Roth (1986) “das neue Gesicht des Kapitalismus” beschrieben und die Debatte über den Postfordismus anhand einer differenzierten Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 lanciert. Hirsch (1995) spricht heute von der postfordistischen Entwicklung zu “nationalen Wettbewerbsstaaten”.

(Hirsch 1995:48) praktizieren. Der Akkumulationsprozess ist also mit einem “System der gesellschaftlichen Regulation” (Hirsch 1995:48) verbunden. Wichtig ist dabei, dass die Art und Weise der Akkumulation und der Regulation unterschiedliche Formen annimmt.

Als *Akkumulationsregime* wird im Rahmen der Regulationstheorie “die jeweilige Produktionsweise bezeichnet, insbesondere das Verhältnis zwischen den wirtschaftlichen Gegebenheiten und den Strukturen des gesellschaftlichen Verbrauchs der hervorgebrachten Güter und Dienstleistungen” (Hradil 1999:115). Esser und Hirsch (1987) verstehen unter Akkumulationsregime “eine auf besondere Produktions- und Managementtechnologien gestützte Form der Mehrwertproduktion und -realisierung”. (Esser/Hirsch 1987:34) Sie umfasst die Art und Weise der Arbeits- und Produktionsorganisation und der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion von Kapital und Arbeitskraft.²⁸ “Dazu gehören Investitions- und Kapitalverwertungsstrategien, Branchenstrukturen (insbesondere das Verhältnis von Produktionsmitteln und Konsumgütersektor), die Lohnverhältnisse, Konsummodell und Klassenstrukturen, die Beziehungen zwischen kapitalistischen und nichtkapitalistischen Sektoren gesellschaftlicher Arbeit sowie der Modus der Weltintegration.” (Esser/Hirsch 1987:34)

Hirsch (1995) sieht im *Akkumulationsregime* den historisch spezifischen Modus der kapitalistischen Produktion, Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts, “der über eine längere Periode hinweg ein Entsprechungsverhältnis zwischen den materiellen Produktionsbedingungen und ihrer Entwicklung (d.h. dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der branchenmässigen Struktur des Produktionsapparates sowie den Produktionsnormen) sowie dem gesellschaftlichen Verbrauch (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, kollektiver, d.h., durch ‘sozial’-staatliche Massnahmen vermittelter Konsum) gewährleistet” (Lipietz 1985, zitiert nach Hirsch 1995:49). Ein Akkumulationsregime unterliegt stets dem Zwang der Verwertung des Kapitals und kann deshalb nur bestehen, wenn eine ausreichende Mehrwerts- bzw. Profitrate erzeugt wird. Zugleich besteht eine spezifische Verbindung zwischen dem nationalen Produktions- und Reproduktionszusammenhang und dem Weltmarkt. Abstrakt gesprochen definiert Hirsch deshalb ein Akkumulationsregime “als die “formale Kohärenz” einer in den Weltmarkt eingebundenen Ökonomie, die unter der objektiven

²⁸ Die jeweilige Form der Organisation der Arbeits- und Produktionsprozesse wird auch als “industrielles Paradigma” umschrieben.

Bedingung der Kapitalverwertung steht und in seiner jeweiligen Gestalt durch spezifische soziale Kräfteverhältnisse bestimmt wird.” (Hirsch 1995:50)

Ein bestimmtes Akkumulationsregime kann nun nur Bestand haben, solange es seiner Struktur und Dynamik entsprechend sozial reguliert wird. *Regulation* bedeutet so “die Art und Weise, in der die Elemente dieses komplexen Produktions- und Reproduktionszusammenhangs gesellschaftlich, d.h. vom Verhalten der sozialen Akteure her aufeinander bezogen werden” (Esser/Hirsch 1987:34). Sie umfasst eine vielgliedrige Konfiguration von politisch-sozialen und ökonomischen Normen und Institutionen, die der Reproduktion des gesamten Systems Stabilität verleihen. Laut Hirsch (1995) kanalisiert und verbindet die Regulation die gegensätzlichen Interessen der sozialen Gruppen und Klassen, wodurch sowohl die Vereinbarkeit der sozialen Handlungen mit den Bedingungen als auch der Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet bleiben. Die *Regulationsweise* kann somit definiert werden “als die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter und impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhältnissen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus” (Lipietz 1985, zitiert nach Hirsch 1995:50).

“Akkumulationsregime” und “Regulationsweise” sind das Ergebnis des unvorhersehbaren, historischen Handelns von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Akteuren. Ein stabiles Akkumulationsregime kann sich nur herausbilden, wenn sich zugleich ein entsprechender Regulationszusammenhang durchsetzt. Ziel ist dabei die “Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes (zu) sichern” (Lipietz 1985, zitiert nach Dangschat/Dietrich 1999:82). Jedes Akkumulationsregime bedarf daher der Regulation, kann aber mit unterschiedlichen konkreten Regulationsweisen (politische Steuerung durch Gesetze, Verordnungen und Auflagen, Tarifverhandlungen, sozio-kulturell bestimmte Normen, Reproduktionsmechanismen und Formen sozialer Integration) verbunden sein.

3.1.2 Hegemonie und säkulare Krisen

Die Entwicklung und der Erhalt kapitalistischer Gesellschaften ist also an die Existenz eines Regulationssystems gebunden. Die komplexe Struktur des regulativen Systems (staatliche Gewaltanwendung, bürokratische Verfahrensregeln, Gesetze oder materielle Leistungen) stellt zwar den Rahmen für die Verbindung gegensätzlicher Lagen und Interessen bereit, schafft aber alleine keine Garantie für den Zusammenhalt und das Funktionieren der Gesellschaft. Es bedarf darüber hinaus eines “die vorhandene institutionelle Apparatur und die darin eingeschriebenen sozialen Praktiken stützenden und legitimierenden, die Individuen und sozialen Gruppen einbeziehenden ‘Konsenses’” (Hirsch 1995:57). Zur Bildung eines solchen Konsenses müssen übergreifende und verallgemeinerte Vorstellungen von Ordnung und Entwicklung der Gesellschaft durchgesetzt werden. “Historische Formationen des Kapitalismus sind daher immer mit hegemonialen Projekten verbunden, die die jeweilige Akkumulations- und Regulationsweise zu einem “historischen Block” (Gramsci) zusammenfügen” (Hirsch 1995:57). Die Verdichtung vielfältig querliegender Interessen zu einem hegemonialen Projekt und die Durchsetzung konkreter Akkumulations- und Regulationsmodi ist dabei immer das Ergebnis ideologischer Kämpfe.

Mit *hegemonialer Struktur* bezeichnen Esser und Hirsch “die historisch konkrete Verbindung von Akkumulationsmodus und Regulationsweise, die der ökonomischen (verwertungssichernde Form der Kapitalreproduktion) und politisch-ideologischen (Legitimation, Zwang und Konsens) Reproduktion des Gesamtsystems unter der Dominanz der herrschenden Klasse(n) eine relative Bestandsfähigkeit verleiht” (Esser/Hirsch1987:34). Jede kapitalistische Gesellschaft ist also durch eine spezifische Hegemonialstruktur, d.h. eine besondere Form der Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse und ihrer normativen und institutionellen Reproduktion gekennzeichnet. Dies schließt jedoch nicht aus, dass es im Gefolge der Krise einer Formation zu länger anhaltenden “nichthegemonialen” Phasen kommt, in denen die Kämpfe um einen neuen Akkumulations- und Regulationsmodus andauern.

Die Regulationstheorie geht davon aus, dass die kapitalistische Gesellschaft aufgrund ihrer strukturellen Widersprüche und Konflikte grundsätzlich krisenhaft ist und deshalb in ihren sozialen, politischen und institutionellen Strukturen Phasen relativer Stabilität immer

wieder durch grosse Krisen unterbrochen werden. Sobald das Entsprechungsverhältnis von Akkumulationsregime und Regulationsweise zerstört wird, entstehen Krisen. In den grossen Krisen und “den damit verbundenen ökonomischen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen verschieben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, werden soziale Kompromisse aufgekündigt und zerbricht das vorhandene institutionelle Gefüge der Regulation. (...)Zu welchem Ergebnis die neuen Kräftekonstellationen und Kämpfe führen, lässt sich nicht vorhersagen” (Hirsch 1995:63).

Zuerst muss die *säkulare Krise* einer kapitalistischen Formation, d.h. eines hegemonialen Akkumulations- und Regulationszusammenhanges, von konjunkturellen Krisen (ökonomische Fluktuationen und sektoralen Anpassungsprozessen) innerhalb einer Akkumulations- und Regulationsweise unterschieden werden. Sie entsteht, weil innerhalb einer institutionalisierten, relativ unflexiblen hegemonialen Struktur die Stabilität der Profitrate niemals dauerhaft garantiert ist. Generell führen Formationskrisen darauf zurück, “dass die Dynamik des Verwertungsprozesses und die ökonomisch-sozialen Folgen eines Akkumulationsmodus mit den Grenzen der institutionell und normativ verfestigten Regulationsweise kollidieren. Die gesellschaftlich und technologisch umwälzenden Effekte der Kapitalakkumulation müssen diese früher oder später sprengen” (Esser/Hirsch 1997:35). Auch Hirsch geht davon aus, “dass der vom Zwang zur Profitmaximierung angetriebene und im Rahmen eines Akkumulationsregimes voranschreitende Akkumulationsprozess des Kapitals zu einer fortwährenden Veränderung der Kapitalzusammensetzung, der Branchenbeziehungen, der Produktionstechnologien, der Arbeits- und Klassenstrukturen sowie des Verhältnisses der Warenproduktion zu den natürlichen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen führt” (Hirsch 1995:61). Es kommt zu einem Zusammenstoss mit dem vorhandenen System der Regulation. Und weil die Regulationsweise – als bestehende Institutionalisierung von Klassenbeziehungen und sozialen Kräfteverhältnissen – nur begrenzt veränderbar ist, muss dies “früher oder später dazu führen, dass die Profitabilität des Kapitals im Rahmen der bestehenden Akkumulations- und Regulationsweise abnimmt, das kapitalistische Wachstum ins Stocken gerät und damit eine Krise der ganzen gesellschaftlichen Formation entsteht” (Hirsch 1995:61).

Demnach liegt die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft in der kapitalistischen Akkumulationsdynamik und der in ihr enthaltenen gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte begründet. Wichtig ist dabei, dass die Art und Weise der Krisenentstehung, ihre

konkreten Erscheinungsformen und Verläufe keiner allgemeinen Gesetzmässigkeit folgen.²⁹ Die grossen säkularen Krisen des Kapitalismus sind immer als Einheit von komplexen und miteinander verbundenen ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklungen zu verstehen. Obwohl sie zwar strukturelle Ursachen haben, werden die Krisen erst dann wirklich, wenn sie im Bewusstsein der Betroffenen wahrgenommen werden. Säkulare Krisen werden erst dann Realität. “wenn die bestehenden Lebens- und Arbeitsweisen, Institutionen, sozialen Konsense, Leitbilder und Wertvorstellungen umfassend in Frage gestellt werden, ihre Legitimität und Gültigkeit verlieren” (Hirsch 1995:65). Dieser Vorgang bringt die vorhandene Akkumulations- und Regulationsweise zum Zusammenbruch und treibt die politischen und ideologischen Kämpfe, die ideologischen Reorientierungs- und die institutionellen Reorganisationsprozesse voran.

So erzwingt die säkulare Krise – gekennzeichnet durch eine reproduktionsgefährdende Inkompatibilität von Akkumulationsmodus und Regulationsweise – die Durchsetzung eines neuen Akkumulationsregimes, einer neuen Regulationsweise und damit einer neuen hegemonialen Struktur. Die Geschichte wird dabei jedoch von Menschen gemacht. Das jeweilige hegemoniale Entwicklungsmodell präsentiert sich weder als zwangsläufige Folge der technologischen Entwicklung noch als Resultat von Kapitalstrategien, sondern als “ein Ergebnis von Auseinandersetzungen und Kämpfen” (Hitz/Schmid/Wolff 1995:138).

Ein stabiles Entsprechungsverhältnis zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise bildet sich am ehesten in nationalstaatlichen Räumen in Abgrenzung nach aussen heraus. Gleichwohl sind die Nationalstaaten immer mehr in grenzüberschreitende Verflechtungszusammenhänge und Austauschprozesse, ökonomische, politische und militärische Abhängigkeiten des Weltmarktes eingebettet. “Der globale Kapitalismus stellt eine komplexe Verknüpfung gesellschaftlich-politischer

²⁹ Das ist einer der grundlegenden Unterschiede und der Kritiken der Regulationstheorie gegenüber den “Theorien der langen Wellen” und dem linearen “Gesetz vom Fall der Profitrate”. Die erste Krisentheorie basiert auf der These, dass lange ökonomische Produktivitätszyklen auf technologischen Entwicklungssprüngen basieren: Der Beginn der Industrialisierung wurde von der Dampfmaschine getragen, der Fordismus vom Verbrennungsmotor, der Postfordismus gilt als Ausdruck der mikroelektronischen Revolution. Bei dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate wird dagegen davon ausgegangen, dass sich im kapitalistischen Wettbewerb wegen des Zwanges zur fortgesetzten Rationalisierung der Anteil der lebendigen Arbeit im Verhältnis zu den Produktionsmitteln ständig verringert. Da allein die Arbeit der Ware Wert zufügt, sinkt deshalb der Anteil des Profites am zu veräussernden Produkt. Aus dem Sinken der relativen Profitrate können Verwertungskrisen entstehen. (vgl. Diettrich 1999:72f.)

Einheiten mit je eigenen, aber miteinander in Beziehung stehenden und voneinander abhängigen Akkumulationsregimes und Regulationsweisen dar.” (Hirsch 1995:66) Der Akkumulationsprozess muss nun auch im Weltmassstab reguliert werden. Weil das globale kapitalistische System aber durch eine Vielzahl verschiedener ökonomisch-sozialer Räume und konkurrierender Nationalstaaten geprägt ist, kann es kein kohärentes Regulationssystem herausbilden. Es besteht deshalb nur aus locker miteinander verbundenen Institutionen, Organisationen und Gruppen.³⁰

Zusammenfassend kann man die säkulare Krise einer globalen kapitalistischen Formation – wie etwa die des Fordismus seit den siebziger Jahren – betrachten “als ein sich auf nationaler und internationaler Ebene wechselseitig bedingendes und verstärkendes Entkoppeln von Akkumulationsregimes und Regulationssystemen, (...) das zu einem Zusammenbruch der bestehenden hegemonialen Strukturen, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene führt. Die Folgen sind nicht nur ein weltweites Stocken von Kapitalakkumulation und Wachstum sowie sich verstärkende ökonomische und politische Konflikte, sondern auch eine Krise der Institutionen in nationalem wie internationalem Massstab ” (Hirsch 1995:73). Eine kapitalistische Lösung benötigt somit nicht nur eine Reorganisation der nationalen Akkumulations- und Regulationszusammenhänge, sondern auch die Wiederherstellung einer funktionierenden internationalen Regulation.

³⁰ Regierungen und Zentralbanken, internationale Organisationen wie IWF, WTO oder Weltbank, Staatenzusammenschlüsse wie Opec, OECD, G8, EU, NAFTA, internationale Verbände, Gewerkschaften Parteien u.v.a.m.)

3.2 Übergang vom Fordismus zum Postfordismus

In diesem Abschnitt werde ich auf die Bedeutung der Auflösung einer relativ stabilen und bis in die Achtzigerjahre weit verbreiteten hegemonialen Struktur des Fordismus zu Gunsten verschiedener Strategien der Anpassung an ein globales Akkumulationsregime durch Internationalisierung, Deregulierung und Flexibilisierung sowie die veränderte Bedeutung sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Strukturierungen, Vergesellschaftungs- und Vergemeinschaftungsformen im Postfordismus eingehen.³¹

3.2.1 Fordismus

Als Fordismus gilt die historische Gestalt des Kapitalismus, die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges bis in die Siebzigerjahre dieses Jahrhunderts für die globalen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnisse bestimmend war. Die erfolgreiche Durchsetzung fordistischer Produktions- und Reproduktionsstrukturen begründete die internationale ökonomische und politische Dominanz der USA und setzte die übrigen kapitalistischen Metropolen einem enormen Anpassungsdruck aus.³²

Die *fordistische Phase des Kapitalismus* war geprägt durch die Durchsetzung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation des Taylorismus in den Wirtschaftsunternehmen. Ausschlaggebend ist, dass “mit dem Taylorismus die arbeitsorganisatorische und technologische Basis für die Massenproduktion von Konsumgütern und damit für die Erschliessung der Arbeitskräftereproduktion als Anlage- und Verwertungssphäre für das Kapital geschaffen wurde” (Hirsch/Roth 1986:50). Das auf tayloristische Arbeitsprozesse und industrielle Massenproduktion standardisierter Konsumgüter gestützte Akkumulationsregime führte zu hohen Produktivitätsfortschritten und wurde Grundlage eines andauernd steigenden Lohnniveaus. Die Koppelung der Masseneinkommen an die Produktivitätssteigerungen ermöglichte ein starkes Wachstum des Sozialproduktes und

³¹ Ob das gegenwärtige, heterogen ausgeprägte weltweite Akkumulationssystem als “global” bezeichnet werden kann, ist angesichts einer überwiegenden Konzentration von Finanz-, Waren- und Informationsströmen innerhalb der hegemonialen Triade (EU, NAFTA und ASEAN-Gruppe), höchst fraglich.

³² Die Vereinigten Staaten wurden nicht nur zum wirtschaftlichen und politischen Vorbild, sondern prägten auch massgeblich und weltweit die gesellschaftlichen Wertorientierungen, Lebensweisen und kulturellen Muster. (vgl. Hirsch 1995:75)

einen gewissen Massenwohlstand. (vgl. Esser/Hirsch 1987:36f.) Der “Traum immerwährender Prosperität” und vom allmählichen Ausgleich der Klassenunterschiede schien Wirklichkeit zu werden.

Dieser Akkumulationsmodus verband sich mit einer “monopolistischen Regulationsweise”. (Hirsch 1995:78f).³³ Die Einführung sozialstaatlicher Sicherungen erhielt dabei nicht nur die physischen Arbeitskräfte, sondern trug auch entscheidend zur Stabilisierung des Massenkonsums bei. Verallgemeinerte und standartisierte Lohnarbeitsverhältnisse ermöglichten die Entwicklung starker Gewerkschaften und die Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsbedingungen. Sozialpartnerschaftliche und korporative kollektive Verhandlungssysteme setzten sich mehr und mehr durch und wurden zu einer wichtigen Grundlage der Steuerung des Wirtschaftsablaufs. Die fordistische Regulationsweise basierte damit auf “einem zentralisierten, auf sozialverträglicher Kooperation von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Parteien und Staatsadministrationen beruhender Korporatismus und einem darauf gestützter keynesianischer Staatsinterventionismus” (Esser/Hirsch 1987:36).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Keynesianismus unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten zur vorherrschenden Regulationsform der nördlichen Industriestaaten. Eine staatliche Nachfragesteuerung des privaten Konsums zur Stabilisierung der Akkumulationszyklen, staatliche Investitionsprogramme und eine die Konjunkturtäler ausgleichende Zinspolitik legten bis Anfang der siebziger Jahre die Basis für Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wirtschaftswachstum und ein ausgeglichenes Aussenhandelsvolumen. (vgl. Diettrich 1999:119f.) Die Koppelung der Löhne an das Produktivitätswachstum führte zu einer ständigen Ausdehnung des Massenkonsums und damit zu einer weiteren Verstärkung der Nachfrage. Die Arbeiterklasse wurde über den Auf- und Ausbau des Sozialstaates und die Einbindung reformorientierter Gewerkschaften und Arbeiterparteien in die Betriebs- und Staatspolitik in die bürgerliche Gesellschaft integriert. “Als Folge der der Durchkapitalisierung und Verstaatlichung der Gesellschaft wird die Reproduktion der Arbeiterklasse in einem immer grösseren Umfang von staatlichen Leistungen und Gütern der kapitalistischen Warenproduktion getragen” (Dangschat/Diettrich 1999:87).

³³ Die Legitimation dieses politischen System beruhte wesentlich auf seiner Fähigkeit, auf der Grundlage eines beständigen Wirtschaftswachstums materielle Verteilungspolitiken zugunsten fast aller zu betreiben.

Die weltweite Durchsetzung des Fordismus war an die Herausbildung eines internationalen Regulationssystems geknüpft. Erst das am Ende des Zweiten Weltkrieges mit dem Abkommen von Bretton-Woods geschaffene internationale Kreditgeldsystem schuf wesentliche Voraussetzungen für nationale, eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitiken. Unter diesen Bedingungen der "Nationalisierung" der ökonomischen Prozesse wurden der IWF, die Weltbank und das GATT zur Grundlage eines liberalen, internationalen Regulationssystems unter der Führung der USA. Der globale Fordismus blieb unter der Wirksamkeit der spezifischen nationalen Akkumulations- und Regulationsweisen durch erhebliche Unterschiede in den nationalen Entwicklungs- und Wachstumsmodellen bestimmt. (vgl. Hirsch 1995:80f.)

3.2.2 Fordismuskrisis

Folgt man den verschiedenen analytischen Ansätzen, dann ist das fordistische Akkumulationsregime ab Mitte der Sechzigerjahre in Krise geraten.³⁴ Hirsch und Roth (1986) führen die Krise des Fordismus auf ein Sinken der Produktivität zurück, in dessen Folge die Profitrate einbrach. Der Rückgang der Produktivität beruht aus ihrer Sicht unter anderem "auf einer übermäßigen Ausdehnung unproduktiver Tätigkeiten in der Administration der kapitalistischen Unternehmen, dem meist passiven Widerstand der LohnarbeiterInnen gegen den monotonen und intensiven Arbeitsprozess sowie den Reproduktionsleistungen des Sozialstaates, die einer umfassenden Commodifizierung der Arbeitskraft Grenzen setzten" (Dietrich 1999:120).

Hirsch (1995) versucht die Fordismuskrisis mit den komplexen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Dynamiken zu erklären, die in die Struktur dieser Akkumulations- und Regulationsweise sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene eingelassen sind. Erst eine ganze Reihe voneinander relativ unabhängige Prozesse führten zu einem tendenziellen Stocken der Kapitalakkumulation, zunehmenden internationalen Ungleichheiten und Konflikten. Im Kern wurde die *Krise des Fordismus* auch seiner Meinung nach durch einen strukturellen Rückgang der Kapitalrentabilität verursacht. Grundlegend für den Rückgang der Profitrate war, dass sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität des fordistisch-tayloristischen Akkumulationsregime allmählich

³⁴ Die verschiedenen Thesen zur Auflösung des Fordismus gehen auf unterschiedliche ökonomische Schulen zurück. (vgl. Dietrich 1999:121f.)

abschwächte. Dieser Prozess untergrub die Fundamente des herrschenden staatsinterventionistischen Regulationsmodus: “Der institutionalisierte sozialstaatliche Verteilungsmechanismus und die strukturkonservierenden Subventionspolitiken der monopolistischen Regulation konnten nicht mehr aus starken Sozialproduktzuwächsen finanziert werden und erzeugten damit ihrerseits einen zusätzlichen und immer mehr wachsenden Druck auf die Profitrate.” (Hirsch 1995:84) Die enge Verbindung von Massenkonsum, Sozialstaat und Akkumulation – die das “Goldene Zeitalter” der fordistisch-sozialstaatlich-keynesianischen Regulationsweise gekennzeichnet hat – zerbrach. Zudem sieht er die Ursachen der Krise auch in einer wachsenden Destabilisierung der internationalen Regulation. Erst “die Liberalisierung der Märkte und die wachsende Internationalisierung des Kapitals setzte aber der für das fordistische Akkumulationsregime typischen Binnenmarktorientierung allmählich ein Ende” (Hirsch 1995:85). Neue Technologien elektronischer Informations- und Datenverarbeitung und der Ausbau der Transport und Kommunikationssysteme waren Voraussetzung für eine verstärkte Globalisierung. Die Krise des Fordismus schlug dann, wenn auch mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, mit noch gravierender Wirkung auf die kapitalistische Peripherie durch.

Die hegemoniale Krise des Fordismus hat allerdings nicht nur ökonomisch-politische Ursachen. Die ökonomischen Krisenerscheinungen und das Zerbröckeln des Sozialstaates verbanden sich im Kontext neuer Wertorientierungen und neuer sozialer Bewegungen zur Überzeugung, “dass das fordistische Gesellschaftsmodell – seine ökonomische Strukturen und die von ihm bestimmten Lebensbedingungen – keine Perspektive mehr habe” (Hirsch 1995:88). Gegen Ende der Sechzigerjahre schlug die Unzufriedenheit in Protest um und der seit dem Zweiten Weltkrieg anhaltende soziale Friede –basierend auf Sozialpartnerschaft und Wohlfahrtsstaat – zerbrach. Anfangs der Siebzigerjahre folgte die Weltwirtschaftskrise, die eine umfassende Umstrukturierung der Weltwirtschaft nach sich zog, deren Ende und Ausmass heute noch nicht absehbar ist.

3.2.3 Postfordistische Akkumulation

Die Theorie der Regulation hat nicht nur einen analytischen Hintergrund für die Ableitung sozialer Ungleichheit und neuer Reproduktionsformen geliefert, sondern thematisiert

zudem die Rolle der Nationalstaaten in ihrer Entwicklung zum “Wettbewerbsstaat” (Hirsch 1995) als Reaktion auf die krisenhaften Übergänge zum Postfordismus. Als treibende Kraft zur Veränderung der fordistischen Hegemonialstruktur gilt dabei die Flexibilisierung der Kapitalakkumulation, insbesondere seit wesentliche Teile des Finanzkapitals globalisiert werden. Um ihre wettbewerbsfähige Position in der sich immer stärker globalisierenden Kapitalakkumulation aufrecht zu erhalten, zwingen sich Regionen und Städte “in einen Standortwettbewerb um die besten Rahmenbedingungen einer flexiblen Kapitalakkumulation” (Dangschat 1998a:75). Mit Hilfe der (De-)Regulierung müssen die gesellschaftlichen Strukturen, Wertemuster und Reproduktionsformen an die neuen, postfordistischen Hegemonialstrukturen angepasst werden.

Umstritten ist noch, welche Elemente zu den Bestandteilen eines nachfordistischen Akkumulationsregimes gerechnet werden können, und ob sich daraus ein wirklicher Wandel hin zu einer neuen Gesellschaftsformation – dem Postfordismus – ableiten lässt. Es steht für Dangschat und Diettrich (1999) jedoch ausser Frage, dass das Finanzkapital zunehmend globaler und räumlich mobiler agiert, die regionalen bzw. nationalen Profitraten stärker in Konkurrenz zueinander gesetzt werden, technologisch hochwertige Massengüter arbeitsteilig in einem global vernetzten Produktionssystem (*world-wide-sourcing*) hergestellt werden und die multinationalen Konzerne ihren Kapitalumfang als auch den Grad ihrer Dezentralisierung ausdehnen. Zur Modernisierung der Ökonomie werden auch neue Technologien im Produktionsprozess eingesetzt (*just-in-time production, lean production*), die universitäre Forschung in Produktentwicklung und Produktion integriert, Unternehmen flexibel spezialisiert, um auf eine wechselnde Marktnachfrage reagieren zu können, tayloristische Arbeitsorganisation durch partizipatorische Arbeitsformen abgelöst oder internationale Regulationsinstanzen aufgebaut, um Wachstumskrisen entgegensteuern zu können. In Reaktion auf die Krise des Fordismus werden so “regional verschieden ehemalige industrielle Kernbereich in Länder der Peripherie ausgelagert (*De-Industrialisierung*), die Produktivitätsraten überkommener Produktionszweige durch technologische Rationalisierungen zu erhöhen versucht (*Re-Industrialisierung*) und neue Industrien aufgebaut (*Neo-Industrialisierung*)” (Dangschat/Diettrich 1999:91).

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass aufgrund zunehmender struktureller kapitalistischer Krisen der Finanzsektor und die Fertigung technologisch anspruchsvoller

Güter internationalisiert wurde. Eine der Durchsetzungsstrategien lautet, die kapitalistische Kapitalakkumulation stärker zu flexibilisieren und in weite Regionen zu verbreiten. In diesem Globalisierungszusammenhang geraten die Nationalstaaten verstärkt unter Druck, auf die Anforderungen veränderter Rahmenbedingungen mit Deregulierung zu reagieren. Dies geschieht nach Dangschat/Diettrich erstens durch Einwirken auf den Arbeitsprozess, insbesondere der Arbeitsbedingungen und zweitens durch “die Zurücknahme der Zielsetzung des Staates zur sozialpolitischen Integration benachteiligter Bevölkerungsgruppen (Senken der Staatsquote, Senken der Lohnnebenkosten, Zurückführen der Staatsverschuldung, Abschmelzen der Sozialstaatlichkeit)” (Dangschat/Diettrich 1999:89).³⁵ Beides ist für das Entstehen und die regionale Ausweitung und Verfestigung von Armut bedeutsam.

Solche Formen der Krisenregulation verschlechtern also die Arbeitsbedingungen für die Masse der einfachen LohnarbeiterInnen. Sie sind in zunehmend globalen Produktionsprozessen dem gleichzeitigen Druck des internationalen De-Regulierungswettbewerbs von der einen und der De-Industrialisierung von der anderen Seite ausgesetzt.

3.2.4 Postfordistische Regulation nationaler Wettbewerbsstaaten

Während sich die Möglichkeit der Entwicklung eines globalen Akkumulationsregimes abzeichnet, kann “von einer korrespondierenden, relativ einheitlichen und weltumspannenden Regulationsweise noch nicht die Rede sein” (Dangschat/Diettrich 1999: 91).³⁶ Zur Regulation greifen die zwischenstaatlichen Zusammenschlüsse, die

³⁵ Die Debatte in Deutschland zur Einführung des EURO, der Leitwährung für eine intensivere Kapitalakkumulation und zur Verbesserung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit Westeuropas, führte zur Argumentationskette “Globalisierung - harter EURO - enge Konvergenzkriterien - hohe Strafen für nachlassende Deregulierung und steigende Staatsquoten”. Dies sei nichts anderes als “die Legitimation einer Sach-Zwang-Politik, um in Europa eine neo-liberale Strategie durchzuführen” Dangschat/Diettrich (1999:89).

³⁶ Weltorganisationen wie die UNO, der IWF oder die WTO stellen keine globalen Regulationsinstrumente dar, sondern verbleiben auf der Ebene des zwischenstaatlichen Ausgleichs. Die “global cities” hingegen sind insofern ein Teil des globalen Akkumulationsregimes, als in ihnen ökonomische Entscheidungszentren sowie die Exekutivgremien der multinationalen Konzerne konzentriert sind. (vgl. Diettrich 1999:125)

Nationalstaaten und die Akteure des “lokalen Staates”³⁷ entsprechend ihrer geschichtlichen Entwicklung auf unterschiedliche Formen zurück. In Europa haben der Sozialstaat und korporatistische Elemente beispielsweise eine stärkere Tradition als in den USA.

Hirsch (1995) macht trotz der unterschiedlichen historischen Ausprägungen der Regulationsformen in allen OECD-Ländern ein vergleichbares Grundmuster der Regulation des Überganges zu “*nationalen Wettbewerbsstaaten*” aus. Der Begriff beschreibt die Veränderung des Verhältnisses von ‘Staat’ und ‘Kapital’ und die Bedeutung, die Staaten im kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozess haben.

Er sieht die Entwicklung des Kapitalismus durch einen widersprüchlichen Prozess der Globalisierung und Regionalisierung gekennzeichnet. Darin “konzentriert sich staatliche Politik zunehmend darauf, einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsbedingungen zu schaffen”, was wiederum “zunehmend mit den Bedingungen einer sozial-ökonomisch ausgewogenen und demokratischen innergesellschaftlichen Entwicklung” (Hirsch 1995:103) kollidiert. An die Stelle der Nachfrageregulation des Fordismus tritt eine aktive Gewährleistung des globalen Konkurrenzfähigkeit. Unter Globalisierung versteht er erstens die technische Entwicklung der Verkehrs- Transport- und Kommunikationssysteme und die *online*-Verbindung entfernter Orte zum ‘globalen Dorf’, zweitens die ökonomische Umwälzung durch eine weitgehend internationale Flexibilisierung des Kapitalverkehrs und drittens die politische Öffnung der Geld-, Kapital- und Finanzmärkte. Mit diesen wichtigsten Merkmalen des postfordistischen Kapitalismus verbindet sich eine fortschreitende Liberalisierung des Waren- Dienstleistungsverkehrs.³⁸ Weitgehend aus dieser Globalisierung raus fallen die Arbeitsmärkte: “Erhöhte Flexibilisierung des Kapitals bei gleichzeitig weiterbestehender nationalstaatlicher Fixierung der Arbeitskräfte bildet das wesentliche Merkmal der aktuellen Entwicklung.” (Hirsch 1995:104)

Die weltweite politische, soziale und ökonomische Restrukturierungsprozesse wurden also mit der Flexibilisierung des Geld- und Kapitalverkehrs sowie der fortschreitenden Liberalisierung der Waren- und Dienstleistungsmärkte in Gang gesetzt und führen zur Unterwerfung der nationalen Regierungen unter das “Diktat der Standortpolitik” (Hirsch

³⁷ Kommunalpolitiker, Verwaltungsspitzen, Lobbyisten der regionalen Ökonomie, regionale Spitzenvertreter von Gewerkschaften und Verbänden sowie soziale Bewegungen.

³⁸ Alle Bemühungen zur Herstellung eines einheitlichen globalen Waren- und Dienstleistungsmarkts haben jedoch nationale und regionale Protektionsmassnahmen unterschiedlichster Art nicht beseitigen können.

1995). Die Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt hängt “neben günstigen Faktorkosten³⁹ (...) immer stärker von der Erzielbarkeit hoher Produktivitätsfortschritte auf der Basis systemischer Rationalisierung⁴⁰ ab” (Hirsch 1995:105). Nationalstaaten oder Zusammenschlüsse wie die EU reagieren auf die internationale Konkurrenz, indem sie sich als kapitalistische Unternehmen begreifen. Ähnlich wie die *global cities* versuchen sie ihre Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen bzw. regionalen Ökonomie zu stärken. (vgl. Diettrich 1999:125)

Daraus ergibt sich für Hirsch (1995), dass der globale Akkumulationsprozess nach wie vor wesentlich von politischer Regulierung abhängt. Eine auf Wachstum und Beschäftigung zielende staatliche Wirtschaftspolitik muss neben der direkten Unterstützung investitionsbereiter Unternehmen optimale ökonomisch-soziale Voraussetzungen für technische Innovations- und Rationalisierungsprozesse bereitstellen. Nicht mehr der Schutz nationaler Industrien, “sondern die aktive Gewährleistung der globalen Konkurrenzfähigkeit ausgewählter Sektoren, Marktliberalisierung in Verbindung mit einer auf unternehmerisches Investitionsverhalten gerichteten ‘Angebotspolitik’ steht an der Spitze einschlägiger Sachverständigenempfehlungen” (Hirsch 1995:107). Diese neoliberale Konzeption baut durchaus auf die Aktivität des Staates zur Mobilisierung umfassender gesellschaftlicher Potentiale für den Konkurrenzkampf multinationaler Konzerne. Ihre Wirtschaftspolitik setzt auf permanenten Strukturwandel, die Förderung von *high-tech*-Sektoren, systemische Exportdiversifizierung und die Eröffnung von Marktzugängen.

Die Funktion des nationalen Wettbewerbsstaates beruht also, von Hirsch etwas überspitzt zusammengefasst, “in der alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von “Standorten” für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist. Es geht um die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für einen “Wirtschaftskrieg”, der dann am

³⁹ Billige Arbeitskräfte, niedrige Bodenrenten oder preiswerte Rohstoffe.

⁴⁰ Energieversorgungs- und Transportsysteme, soziale und administrative Infrastrukturen, speziell qualifizierte Arbeitskräfte, daran angepasste Wohn- und Lebensbedingungen, Zulieferer- und Dienstleistungsbetriebe, wissenschaftliche Ressourcen, Marktbedingungen, soziokulturelle Wertorientierungen und Verhaltensmuster, politische Stabilität, Zugriffsmöglichkeiten auf ökologische Ressourcen, administrative Unterstützungsmassnahmen und Subventionen.

ehesten zu gewinnen ist, wenn sich die Nation selbst als kapitalistisches Unternehmen begreift”(Hirsch 1995:109).

Wie viele andere Autoren auch sieht Hirsch die Folgen der Entwicklung der letzten zwanzig Jahre in gesellschaftlichen Spaltungsprozessen, “in denen hochqualifizierte, in technologisch innovativen und expansiven Sektoren beschäftigte “Modernisierungsgewinner” denen gegenüber stehen, die schlecht oder falsch ausgebildet sind, in traditionellen und zurückgebliebenen Industrien oder im persönlichen Dienstleistungsbereich arbeiten oder aber im Zuge der forcierten Rationalisierungsprozesse ihre Arbeitsplätze überhaupt verlieren” (Hirsch 1995:108).⁴¹

In den Neunzigerjahren signalisiert das Auftreten einer bedeutenden strukturellen Arbeitslosigkeit, die Demontage des Sozialstaates und die Entstehung neuer Armut in der Schweiz eine Abkehr des fordistisch-keynesianischen Traums von Vollbeschäftigung und sozialer Wohlfahrt für alle: “Jetzt gibt es mehr zu gewinnen und mehr zu verlieren” (Hitz/Schmid/Wolff 1995:145)

⁴¹ Für Hirsch kann diese aggressive Sicherung internationaler Standortvorteile zwar zur erfolgreichen Eingliederung relevanter gesellschaftlicher Sektoren in einen prosperierenden Weltmarkt führen, ist aber ungeeignet gesellschaftliche Spaltungsprozesse zu verhindern, weil eine liberale Flexibilisierungs- und Strukturwandelstrategie gerade auf dieser beruht. (vgl. Hirsch 1995:108f.)

4 Sozialer Wandel und Soziale Ungleichheit in der Schweiz

In der wissenschaftlichen Darstellung des Postfordismus – wie im vorhergehenden Kapitel mithilfe der Regulationstheorie gezeigt wurde – geht man davon aus, dass wir gegenwärtig am Beginn von grundlegenden Veränderungen des Wirtschaftssystems, dessen sozio-kulturellen und politischen Regulation und der gesellschaftlichen Strukturen stehen. In der Schweiz war der soziale Wandel nach dem Zweiten Weltkrieg “entscheidend von den Besonderheiten der direkten Demokratie und einem spezifisch helvetischen Entwicklungsmodell” (Hitz, Schmid und Wolff (1995:211) geprägt. Als unmittelbare Folge der ökonomischen Umstrukturierung im Postfordismus der Neunzigerjahre wuchsen die Unterschiede innerhalb der schweizerischen Gesellschaft. Sie drücken sich vor allem durch eine sozio-ökonomische Polarisierung und eine sozio-kulturelle Heterogenisierung aus. Soziale Ungleichheit bleibt dabei auch in der Schweiz ein Thema.

4.1 Schweizer Gesellschaft im Umbruch

Im “Sozialbericht 2000” zeichnen Suter et al. (2000) die wesentlichen Entwicklungstendenzen der Schweizer Gesellschaft auf. Demnach hat die Schweiz in den letzten drei Dekaden einen Epochenwandel vollzogen. Nach der langen Hochkonjunktur der Fünfziger- und Sechzigerjahre folgten die Rezessionen 1975-76 und 1982-83, das wirtschaftliche Zwischenhoch der “goldenen” Achtzigerjahre und die anschliessende Rezessions- und Stagnationsphase der Neunzigerjahre. In diesem Zeitraum hat sich “die Schweiz in wirtschaftlicher, kultureller, sozialer, politischer und ökologischer Hinsicht grundlegend verändert” (Suter 2000:293).

Die Jahre bis 1973 waren durch aussergewöhnlich hohes Wachstum gekennzeichnet, dessen Kern im Bereich der industriellen Produktion lag und von dem aus ein starke soziale Integrationswirkung ausging. Die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte im Bereich unqualifizierter Tätigkeiten löste einen sozialen Aufstieg der schweizerischen

Bevölkerung (“Fahrstuhleffekt”) aus.⁴² Auf dieser Grundlage verbreitete sich eine prosperierende Mittelschicht. Die kontinuierliche Staatsexpansion und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates dämpften gesellschaftliche Konflikte und federten die verbleibenden Randlagen sozialstaatlich ab. Demgegenüber kommt es seit Beginn der Siebzigerjahre zu einer raschen Umwälzung der ökonomischen Struktur. Die beschleunigte Verlagerung vom Industriesektor zum Dienstleistungssektor führt zum Niedergang ganzer Wirtschafts- und Beschäftigungszweige, die verstärkte Globalisierung der Märkte hat neue Standortentscheide zur Folge und die Konzentration auf wirtschaftliche Aktivitäten verlangt hohe berufliche Qualifikationen und mehr Flexibilität am Arbeitsplatz. (vgl. Eisner 2000:170f.)

4.1.1 Sonderfall Schweiz

Der “Sonderfall Schweiz” (Hitz./Schmid/Wolff 1995) unterscheidet sich in seiner Entwicklung von anderen westlichen Industrienationen. So führten Föderalismus und direkte Demokratie im helvetischen Staat zu einer ausgeklügelten Konkordanzpolitik und entwickelte sich parallel dazu “eine spezielle Spielart des Fordismus” (Hitz./Schmid/Wolff 1995:211). Den Arbeitsfrieden seit 1937 – in dieser Form einzigartig auf der Welt – interpretieren die Autoren als eine spezielle Form des fordistischen Kompromisses. Der Friedenspakt zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden verpflichtete die Vertragspartner auf eine friedliche Aushandlung ihrer Interessengegensätze. Dieses Konsenssystem bildete aber nur eine der Grundlagen des “goldenen Zeitalters” in der Schweiz. Der “*helvetische Fordismus*” wurde in den Fünfziger- und Sechzigerjahren vor allem von der lukrativen Exportindustrie und dem starken Finanzplatz gebildet. Beide konnten vorerst von der Internationalisierung des Produktionsprozesses und der damit verbundenen Ausweitung der globalen Kapitalkreisläufe profitieren. Grund für die lange Periode wirtschaftlicher Prosperität waren so die “spezifisch schweizerischen Wettbewerbsvorteile (Neutralität, Arbeitsfriede, liberale Wirtschaftspolitik,

⁴² Borschier et al. (1991) konnten die der These vom Fahrstuhleffekt zugrundeliegende Annahme, dass sich auf allen wichtigen Schichtungsdimensionen eine Niveauerhöhung feststellen lasse, insbesondere für die Dimensionen Bildung und Einkommen bestätigen. Diese Expansion führte jedoch keineswegs zu einer Nivellierung der Ungleichheitsrelationen. Die Einkommensungleichheit nahm “in der Schweiz (mit dem grössten Einkommenszuwachs) ebenso klar zu” (Lamprecht/Graf 1991:206).

Bankgeheimnis, soziale und politische Stabilität) und der Umstand, dass die Schweiz vor zwei Weltkriegen verschont geblieben war” (Hitz/Schmid/Wolff 1995:213).

Die Wirtschaftskrise der Siebzigerjahre traf die Schweiz dann jedoch stärker als die anderen westlichen Industrienationen.⁴³ Die Folgen der Krise wurden allerdings auf die ausländischen Arbeitskräfte (Export von Arbeitslosigkeit) und die Frauen (Rückzug vom Arbeitsmarkt) abgewälzt, weshalb die Arbeitslosenquote offiziell nie über 1 Prozent stieg. Die eigentlichen Profiteure der Krise der Siebzigerjahre waren die multinationalen Konzerne und die Finanzplatzunternehmen. Im Gegensatz zu den kleinen und mittleren Unternehmen konnten die führenden Industriekonzerne der Schweiz mit ihrer eigenwilligen Multinationalisierung ihre nationale und internationale Position gar verstärken.⁴⁴ Ein Grossteil der Produktion wurde dabei ins kostengünstigere Ausland verlagert und nur die qualifizierten und entscheidenden Unternehmensfunktionen in der Schweiz belassen (Management, Marketing, Forschung und Entwicklung etc.). Der harte Schweizer Franken ermöglichte dem Finanzplatz Schweiz in der Wachstumsphase der globalen Finanzaktivitäten einen Ausbau seiner bereits starken Position auf den Weltmärkten.

Die grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen Struktur der Schweiz mündete in einem neuen erfolgreichen Entwicklungsmodell, der *Headquarter Economy*: “Während auf der einen Seite weniger qualifizierte, standardisierte industrielle Arbeitsplätze abgebaut oder ins Ausland verlagert wurden, nahmen auf der anderen Seite die Bedeutung von entscheidenden ökonomischen Aktivitäten und die Zahl hochqualifizierter Arbeitsplätze zu. Die Schweizer Wirtschaft wandelte sich zu einer *Headquarter Economy*, die vor allem auf die Organisation der transnationalen Produktion und die Steuerung der globalen Kapitalkreisläufe spezialisiert ist”(Hitz/Schmid/Wolff 1995:215). Der Erfolg dieser Strategie lässt sich im zwischenzeitlichen breit abgestützten Wachstum der Achtzigerjahre ablesen, der lediglich durch die leichte Rezession 1982-83 unterbrochen wurde.⁴⁵

⁴³ 1974 sank das Bruttoinlandprodukt um 7,4 Prozent, zwischen 1973 und 1976 wurden rund 260'000 (8 Prozent) Arbeitsplätze abgebaut.

⁴⁴ Die Schweizer Konzerne investierten nur in beschränktem Umfang in den Schwellenländern der “Dritten Welt”, sondern errichteten ihre Imperien vor allem in Europa und den USA. (vgl. Hitz/Schmid/Wolff 1995:279)

⁴⁵ Im Aufschwung von 1984-1990 entstanden in der schweizerischen Wirtschaft rund eine halbe Million neue Arbeitsplätze. (vgl. Strahm 1997:13)

Allerdings liess der Boom die Schere zwischen den hochbezahlten Jobs in den Kernsektoren der *Headquarter Economy* und schlechtbezahlten, unsicheren Arbeitsplätzen in den unqualifizierten Dienstleistungsbereichen aufklaffen und produzierte auch in der Schweiz ‚Neue Armut‘. Dies bereits vor der Rezession und Stagnation der Neunzigerjahre.

4.2 Krise der Neunzigerjahre

Der Wirtschaftsboom erreichte gegen Ende der Achtzigerjahre seinen Höhepunkt in einer konjunkturellen Überhitzung. Erste Anzeichen für eine Trendwende waren schon 1987 – mit dem deutlichen Wachstumsrückgang und dem Börsencrash – zu erkennen und führten 1990 die gesamte Wirtschaft in die Krise.⁴⁶ Die Neunzigerjahre waren dann gekennzeichnet durch *Stagnation und Strukturwandel*. Die zunehmende Globalisierung der Märkte führte zu einer schmerzhaften Restrukturierung zahlreicher Unternehmen und war mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten und einer starken Verunsicherung von Lohnempfängern und Konsumenten verbunden. Erst ab 1997 stellte sich wieder ein Wirtschaftswachstum ein. (vgl. Bundesamt für Statistik 2001:212). Die Krise traf im Kern erneut den Industriesektor, zusätzlich wurden auch vermehrt Arbeitsplätze im als krisensicher geltenden Dienstleistungssektor und im Finanzsystem durch *Outsourcing* abgebaut: “Parallel zur Rationalisierungswelle werden jetzt auch Teilbereiche des Dienstleistungssektors ausgelagert.” (Hitz/Schmid/Wolff 1995:216) Trotzdem scheint die *Headquarter Economy* ihre Position auch in der Krise auszubauen. Während der “Werkplatz Schweiz” weiter erodiert, vergrössern die Banken und Versicherungen ihren Anteil am Bruttoinlandprodukt.⁴⁷ Das Schweizer Establishment begann sich nach dem Nicht-Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1992 mit neuen Optionen auf den Postfordismus einzustellen: “Einerseits wird die Annäherung an Europa über Deregulierungsmassnahmen, bilaterale Verträge und die einseitige Angleichung von Normen und Gesetzen an EU-Rechte auch ohne Beitritt weiter vorangetrieben, während andererseits versucht wird, die Standortvorteile der *Headquarter Economy* (insbesondere

⁴⁶ Von 1991 bis 1993 sank das Bruttoinlandprodukt der Schweiz um rund 1,5 Prozent und von 1990 bis 1993 erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 0,6 auf 4,5 Prozent. (vgl. Hitz/Schmid/Wolff 1995:215)

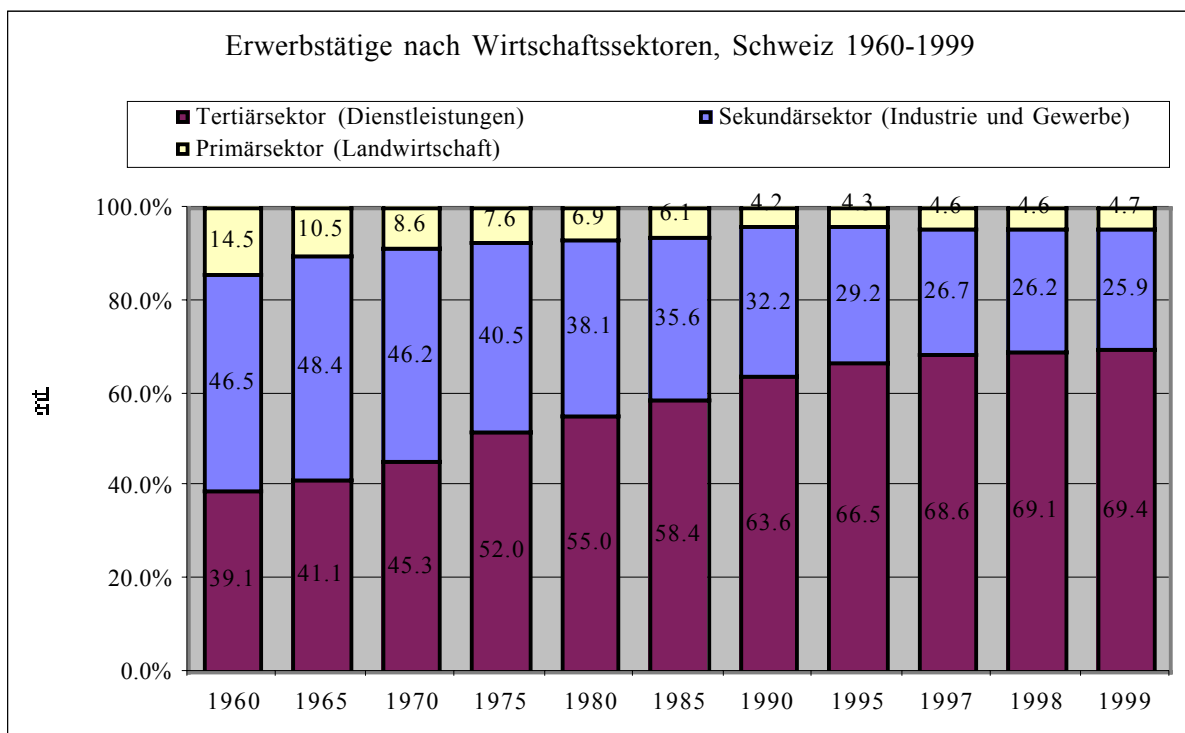
⁴⁷ Die Bedeutung der nicht-finanziellen Unternehmen ist zwar weiterhin gross, nimmt aber kontinuierlich ab: Ihr Anteil am Bruttoinlandprodukt lag 1990 bei 74 Prozent, 1999 bei 69 Prozent. Banken und Versicherungen gewinnen im gleichen Zeitraum Anteil von 6 Prozent auf 10 Prozent. (vgl. Bundesamt für Statistik 2001:212)

den Schweizer Franken) in den europäischen Integrationsprozess hinüberzuretten.” (Hitz/Schmid/Wolff 1995:216)

4.2.1 Sozio-ökonomische Polarisierung und sozio-kulturelle Hegemonisierung

Am auffälligsten äussert sich die ökonomische Umstrukturierung in der forcierten Modernisierung der Branchenstruktur. Mit dem Ende der Nachkriegs-Hochkonjunktur zu Beginn der Siebzigerjahre setzte auch der Wandel in der Beschäftigungsstruktur ein. Die Tertiärisierung der schweizerischen Wirtschaft bedeutet ein kontinuierlichen Rückgang im Landwirtschaftssektor, einschneidende Arbeitsplatzverluste im Industriesektor und ein Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor.

Abbildung 4.1: Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, Schweiz 1960-1999



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2001

Globalisierung und technischer Fortschritt beschleunigten den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft. Der Industriesektor, der in den Sechzigerjahren noch fast die Hälfte der Erwerbstätigen beschäftigt hatte, verliert zunehmend an Bedeutung. 1999 arbeiteten fast 70 Prozent der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor – der Anteil wächst

weiter. (vgl. Bundesamt für Statistik 2001:152) Die industrielle Revolution im Postfordismus brachte einen neuen Rationalisierungsschub mit sich. Die technologische Veränderung des Computers als "Denkmaschine" hat die Betriebsorganisation effizienter und schlanker gemacht: "Die Produktionsprozesse werden durch schlanke Produktion (*Lean production*) und Dezentralisierung der Produktionsvorgänge (sog. *Outsourcing*) tiefgreifend umgewandelt und an die globalen Märkte angepasst." (Strahm 1997:99)

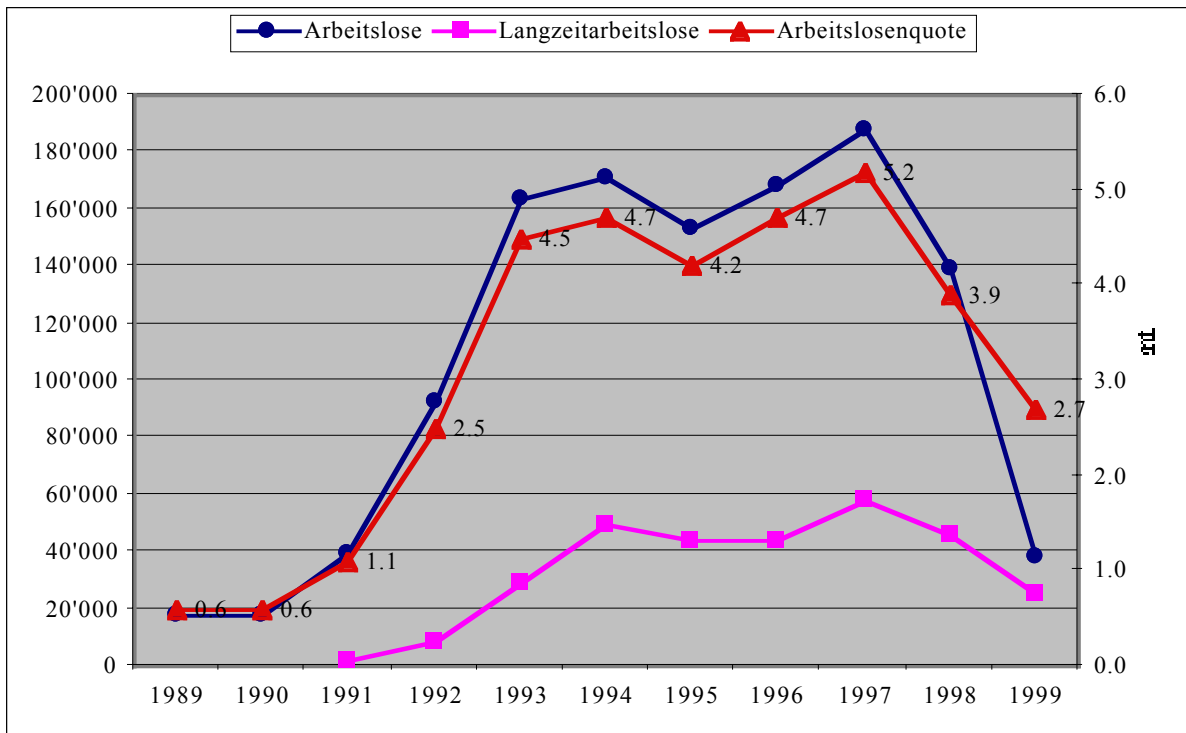
Diese ökonomische Umstrukturierung bewirkt unmittelbar die Regulierung der Arbeitsmärkte. Die tiefgreifenden Veränderungen auf dem schweizerischen *Arbeitsmarkt* haben sich vor allem "in Form eines markanten Anstiegs der Arbeitslosigkeit in der Periode 1991 bis 1997 und in der Entwicklung prekärer Arbeitsverhältnisse" (Flückiger 2000:52) bemerkbar gemacht. Die Schweiz zählte in den Neunzigerjahren so viele Arbeitslose wie nie zuvor in diesem Jahrhundert, doppelt so viele wie in der Weltwirtschaftskrise der Dreissigerjahre. Das Gleichgewicht des Arbeitsmarktes hat sich bei einem immer höheren Stand der Arbeitslosigkeit eingestellt und die Sockelarbeitslosigkeit ist sukzessive angestiegen.⁴⁸ Gemäss einer Auswertung der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des Bundesamtes für Statistik waren in den Neunzigerjahren sogar 18 Prozent aller Erwerbstätigen mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffen.

Parallel zur Arbeitslosigkeit hat sich auch die Langzeitarbeitslosigkeit entwickelt.⁴⁹ Längst nicht alle Arbeitslosen haben wieder einen Arbeitsplatz gefunden. So wurden seit 1991 eine steigende Zahl von Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert und verschwanden so aus der Arbeitslosenstatistik. Ausserdem zeigt die Untersuchung von Aeppli et al. (1998), dass die Mehrheit der Arbeitslosen, die wieder eingestellt wurden, dabei eine deutlich tiefere Entlohnung in Kauf nehmen und sich in vielen Fällen auf prekäre Arbeitssituationen mit hohem Risiko für erneute Arbeitslosigkeit einlassen mussten.

⁴⁸ Die Arbeitslosigkeit schnellte auf 5,2 Prozent hoch mit einem ersten Höhepunkt von 188'000 registrierten Arbeitslosen im Januar 1994 und einer zweiten Spitze bei 206'000 im Februar 1997. (vgl. Strahm 1997:13) Die Summe der Stellensuchenden insgesamt (also neben den Arbeitslosen auch jene, die in Beschäftigungsprogrammen, Umschulungskursen, Zwischenverdiensten und ähnlichen Verpflichtungen eingebunden, aber ohne Stelle sind) lag sogar noch höher. Die Sockelarbeitslosigkeit stieg von 0.7 Prozent im Jahre 1990 auf 2.5 Prozent im Jahre 1997. (vgl. Suter et al. 2000:53)

⁴⁹ Die Langzeitarbeitslosigkeit erreichte Mitte 1998 den Höhepunkt, 34 Prozent aller Arbeitslosen bezogen länger als ein Jahr von einer Arbeitslosenkasse Unterstützungsgelder. (Suter et al. 2000:44)

Abbildung 4.2: Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und Ausgesteuerte, Schweiz 1990-1999



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schweiz, verschiedene Jahrgänge.

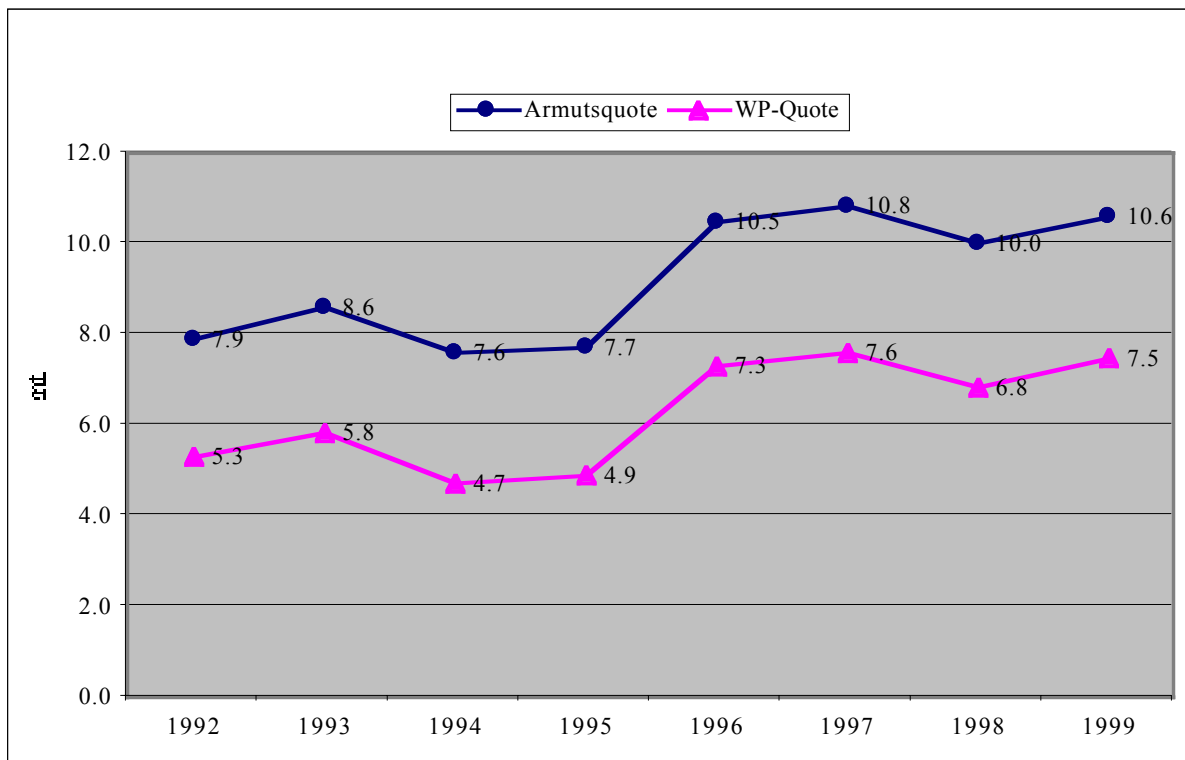
Der Wandel auf dem Arbeitsmarkt hat sich neben dem historischen Höchststand an registrierten Arbeitslosen auch in der von den Unternehmen aufgezwungenen Flexibilisierung manifestiert. Sie signalisiert die "Abkehr vom Full-time-Job als generelle Erscheinungsform der Erwerbstätigkeit" (Knöpfel 1999b). Flückiger (2000) konnte beobachten, dass die Unternehmen seit Beginn der Neunzigerjahre in Perioden des Konjunkturrückganges wesentlich häufiger und schneller zu Entlassungen Zuflucht genommen haben. Parallel dazu weist die Schweiz im internationalen Vergleich ein hohes Mass an Teilzeitbeschäftigten auf.⁵⁰ Bekannt ist dazu, dass die Teilzeitstellen - überwiegend von Frauen besetzt - von unterschiedlichen Diskriminierungsformen betroffen sind.

Neben diesem klassischen Typ der Flexibilisierung breiten sich weitere Formen der Erwerbstätigkeit aus, die in vielen Fällen zu prekären Arbeitsverhältnissen führen. Die Rede ist bei Knöpfel (1999b) von der Arbeit auf Abruf, von sogenannten Selbstständigen,

⁵⁰ Die Anzahl vollzeitbeschäftigter Personen ist zwischen 1991 und 1998 um 2.6 Prozent gesunken, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 14.4 Prozent gestiegen ist. (vgl. Flückiger 2000:61)

von der Temporärarbeit und ähnlichem mehr. Dies widerspiegelt die Strategie des *Outsourcing*, die eine wachsende Zahl von Unternehmen anwenden, wenn sie Aufträge auslagern. In der Tat haben laut Flückiger (2000) eine ansehnliche Anzahl von Personen einen oftmals prekären Weg in die Selbstständigkeit gewählt hat, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen.⁵¹

Tabelle 4.1: Entwicklung Working Poor-Quoten und Armutsquoten 1992-1999



Quelle: Stzreuli/Bauer (2001:60)

Diese beunruhigende Entwicklung des Arbeitsmarktes wird von vertieften Studien der Caritas Schweiz (1998) und des Bundesamtes für Statistik (2001) bestätigt: “Erwerbstätigkeit schützt nicht vor Armut” (Streuli/Bauer 2001:57). Im Laufe der Neunziger Jahre hat die Zahl der Working Poor – erwerbstätige Personen, die in einem armen Haushalt wohnen – in der Schweiz deutlich zugenommen.

⁵¹ Angesichts der plötzlichen Bedrohung des Arbeitsplatzes, der sozialen Position und des Lebensentwurfes für einen wachsenden Teil der Schweizer Bevölkerung sprechen Honegger/Rychner (1998) vom “Ende der Gemütlichkeit”.

Auffällig ist der Sprung zwischen 1995 und 1996. Im Zeitraum von 1992 bis 1995 lag die *Working Poor-Quote* (resp. Armutsquote) relativ konstant bei rund 5 Prozent (8 Prozent). Nach 1996 ist sie relativ konstant im Bereich von 7 Prozent (10 Prozent). (vgl. Streuli/Bauer 2001:60)

Die Prozesse der letzten Jahrzehnte haben auch das *kulturelle Gesicht* der Schweiz stark verändert, die Heterogenität von Orientierungen und Lebensweisen vergrößert und neue Formen der Pluralisierung hervorgebracht. Diese Entwicklung hat aber klassenspezifische Unterschiede nicht ausser Kraft gesetzt, sondern “die Ordnung des Unterschieds ist nur differenzierter und komplexer geworden” (Karrer 2000:108).

Die Zahl der ausländischen Bevölkerung und der verschiedenen Sprachen ist stark gestiegen und führte unter anderem zu einer Veränderung des Verhältnisses der Religionen. Mit der Zuwanderung hat nicht nur die Vielfalt verschiedener Kulturen zugenommen, sondern auch die Kulturen der Ausländer sind vielfältiger geworden. Die Entstehung und Ausbreitung von Mischkulturen hat jedoch nicht im gleichen Masse dazu geführt, dass sich auch die Menschen gemischt haben. Die verschiedenen Nationalitäten leben relativ stark voneinander getrennt, auch wenn sie räumlich nahe sind.⁵² “Trotz kultureller Verschmelzungsprozesse ist die Schweiz kein Schmelztiegel geworden.” (Karrer 2000:129)

Individualisierung, Entstrukturierung und Pluralisierung der Lebensformen sind zwar auch in der Schweiz zu erkennen, gelten aber vor allem für Milieus mit relativ hoher Bildung und hohem Einkommen. In dieser Gruppe besteht eine verstärkte berufliche Orientierung und ein zunehmendes Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und Individualisierung. Karrer weist darauf hin, dass Werte der “individuellen Unabhängigkeiten” für Kader, Direktionsangehörige und freie Berufe viel wichtiger sind als für Arbeiter, die sich stärker an Konformitätswerte halten. So gesehen sind die Erscheinungen, die mit dem Individualisierungsprozess entstanden sind, nicht Ausdruck einer Erosion sozialer Unterschiede, und ihre Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass jene Gruppen in unserer Gesellschaft zugenommen haben, die die Träger des Individualisierungsprozesses sind” (Karrer 2000:116).

⁵² Um die Chancengleichheit zwischen der schweizerischen und der ausländischen Wohnbevölkerung ist es schlecht bestellt: Die Bereitschaft, den AusländerInnen Zugeständnisse zu machen, ist kleiner geworden. (vgl. Suter et al. 2000:84)

4.2.3 Wohlfahrtsstaatlicher Wandel

Im internationalen Vergleich nimmt der Wettbewerbsstaat unterschiedliche Regulationsformen an. Innerhalb des im Gegensatz zur USA und zu Südostasien stärker korporatistisch ausgerichteten Europa macht Esping-Anderson (1998) drei wohlfahrtsstaatliche Traditionen aus, die den Fordismus prägten und deshalb auch für den Übergang zu postfordistischen Regulationsregimen von Bedeutung sind: die liberale im angelsächsischen Raum, die konservativ-korporatistische im westlichen Kontinentaleuropa und die sozialdemokratische in Skandinavien. In ihrer Analyse wird die Schweiz als liberaler Wohlfahrtstyp eingestuft. Bis Anfang der siebziger Jahre konnte die Schweiz auch dem liberalen Regimetypus zugeordnet werden. Der tiefgreifende Um- und Weiterbau des Sozialstaates in den letzten fünfundzwanzig Jahren stellt diese Einordnung jedoch in Frage. Nach Obingers (1998) Analyse stellt die Schweiz 1997 einen ausgesprochenen Mischtyp dar, der sowohl konservative, liberale wie auch sozialdemokratische Züge aufweist. Dieser „*Welfare Mix*“ macht es daher schwierig, die Schweiz in bestehende Sozialstaatstypologien einzuordnen (vgl. Obinger 1998, in Steinlin/Heinimann/Tschirren 1999).

Ladner (2000) erkennt in der Schweiz der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen Wandel vom “Nachtwächterstaat” zum liberal geprägten “Wohlfahrtsstaat“. Mit dem differenzierten Angebot an Leistungen wuchsen auch die Staatsausgaben, was durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Neunzigerjahren das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und das Funktionieren der politischen Institutionen erschütterte. Die Staats- und Fiskalquote hat sich aus einem tiefen Niveau an den Mittelwert der OECD-Staaten angenähert. Die Schweiz zählt jedoch immer noch zu den liberal geprägten Staaten “die sich durch verhältnismässig geringere Bürokratisierung, geringeren Staatsausgaben und relativ bescheidener Sozialstaatlichkeit auszeichnen” (Ladner 2000:218). Trotzdem wurde in den Neunzigerjahren der Ruf nach Kostenreduktion und Steigerung der Wirksamkeit lauter. Mit den neo-liberalen Strategien des *New Public Management*, *Outsourcing* und Privatisierung wurden vermehrt marktwirtschaftliche Elemente eingebaut, um einen Wettbewerb unter den Anbietern zu schaffen.⁵³ In Folge der Globalisierung und den damit verknüpften Entwicklungen in

⁵³ Zum *New Public Management* als neoliberalen Angriff auf die öffentlichen Dienste siehe Pelizzari (2001).

anderen Ländern steht also auch in der Schweiz “nicht mehr die politische Stabilität, sondern die internationale Wettbewerbsfähigkeit” (Ladner 2000:218) im Vordergrund.

4.3 Folgen für die soziale Ungleichheit

Die Verschärfung des Wettbewerbs im Rahmen der Globalisierung und Liberalisierung hat auch in der Schweiz zu einer stillen Umverteilung der volkswirtschaftlichen Einkommen von den Löhnen zu den Kapitalträgern geführt: “Die Unternehmensgewinne sind gestiegen, während die Reallöhne insgesamt stagnieren” (Strahm 1997:37)

Vergleichende Statistiken der Weltbank plazieren die Schweiz innerhalb der OECD unter den Ländern mit *höchster Ungleichheit*. (vgl. Caritas Schweiz :2001:229) Nach Levy (1997:44) verdienen die am schlechtesten bezahlten 40 Prozent der Schweizer Bevölkerung nur 20 Prozent aller Einkommen, die am besten verdienenden 20 Prozent hingegen 45 Prozent. Die Vermögensverteilung ist sogar noch wesentlich ungleicher. Die am wenigsten begüterten 60 Prozent besitzen insgesamt nur 10 Prozent aller steuerlich deklarierten Vermögen.⁵⁴ Als Folge des oben beschriebenen Wandels auf dem Arbeitsmarkt beobachtet Flückiger (2000:63f.) in der Schweiz einkommensmässig eine Polarisierung und erkennt, dass “die Einkommensungleichheit in der Schweiz von 1949 bis heute unbestreitbar gestiegen ist”.

Angesichts dessen, dass 1992 die Erwerbseinkommen für alle Bevölkerungsschichten 70 Prozent oder mehr des gesamten Haushaltseinkommens ausmachen (vgl. Suter et al. 2000:50), ist die Behauptung eines „Endes der Arbeitsgesellschaft“ verfrüht. Folglich nimmt die Erwerbstätigkeit immer noch einen zentralen Platz zur Sicherung des Lebensunterhaltes ein und beeinflusst entscheidend die Ausprägung der jeweiligen Lebensumstände. Somit vermag auch Lamprecht und Stamms (2000) empirischer Nachweis des Fortbestehens von “grundlegenden, gesellschaftlichen Ungleichheiten, die über grundsätzliche Lebenschancen und -bedingungen entscheiden” in der Schweiz wenig zu überraschen. So zeigt ihre Analyse “nach wie vor eine erhebliche Kluft zwischen den hohen Zentrumslagen und den verschiedenen Semiperipherien und Peripherien.” Lamprecht /Stamm 2000:288) Insgesamt 35,5 Prozent der schweizerischen Bevölkerung verorten sie in den tiefen sozio-ökonomischen Lagen und innerhalb der sozio-kulturellen

Lagen finden sie 20,5 Prozent Nicht-Integrierte.⁵⁵ Den Autoren zufolge haben sich in der Schweiz “die gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse (...) in den letzten Jahrzehnten trotz Fahrstuhleffekts und Staatsinterventionen kaum verbessert” (Lamprecht/Stamm 2000:289).

Im Gegenteil! Der weiterwirkende Strukturwandel der „Arbeitsgesellschaft“ in Richtung flexibilisierte “Dienstleistungsgesellschaft” in den Neunzigerjahren führte in der Schweiz zu einer steigenden Zahl an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Das Auseinanderdriften des Arbeitsmarktes erzeugte eine stark polarisierte Entlohnungsstruktur und einen Sockel von Beschäftigung in prekären Arbeitssituationen, mit hohem Arbeitslosenrisiko, unüblichen Beschäftigungsverhältnissen und mit tiefen Löhnen (Working Poor). Eisner (2000:177) geht mit der These der Spaltung der Gesellschaft am weitesten, in dem er “eine vereinzelte und sozial desintegrierte Unterschicht” in den Schweizer Kernstädten konstatiert.

⁵⁴ Levy weist darauf hin, dass die Steuerstatistiken die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht so ungleich erscheinen lassen, wie sie in Wirklichkeit ist.

⁵⁵ Zur sozialen Verortung von Personen unterscheiden Lamprecht/Stamm (2000) zwischen einer primären, ökonomische Ordnung, “die sich aus der Stellung am Arbeitsmarkt ergibt und die ökonomische Ressourcen bestimmt”, und einer sekundären Ordnung, “welche sich aus der ausserökonomischen gesellschaftlichen Einbindung ergibt und die kulturellen und sozialen Ressourcen festlegt” (Lamprecht/Stamm 2000:271) Diese Unterscheidung von sozioökonomischer und soziokultureller Lage hat grosse Ähnlichkeit mit den oben beschriebenen Kapitalformen von Bourdieu.

5 Armut in den Grossstädten

Seit dem Beginn der modernen Verstädterung konzentriert sich Armut in den (Gross-) Städten. Spätestens seit den Neunzigerjahren ist offensichtlich geworden dass trotz Wohlstand und Wachstum in den führenden Städten Europas der soziale Schatten der Arbeitslosigkeit und der Armut wieder wächst. Städte sind auch die Vorreiter des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs. Der postfordistische Strukturwandel verleiht deren Entwicklung eine neue Gestalt. Das markanteste Kennzeichen der “neuen Urbanität” (Häussermann/Siebel 1987) ist die Auseinanderentwicklung zwischen den Städten und die Polarisierung innerhalb der Städte.

Als Folge einer spezifischen wirtschaftlichen Modernisierungspolitik – die den vermeintlichen Zwängen einer Standortkonkurrenz folgt – setzen Metropolregionen vor allem auf den Umbau zu konkurrenzfähigen Dienstleistungszentren, womit vervielfältigende Spaltungen des städtischen Arbeitsmarktes, der Gesellschaft und des sozial-räumlichen Gefüges verbunden sind: “Die innerhalb der grossen Städten erfahrbare Ausdifferenzierung und Polarisierung lokaler Lebensverhältnisse hängt mit dem ökonomisch-sozialen Strukturwandel auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und mit der Polarisierung der Städte im nationalen Wirtschaftsraum zusammen. Der Ausbau dieser Städte zu international konkurrenzfähigen “Dienstleistungsmetropolen” mit hochrangigen Kulturangeboten und luxuriösen Konsumzentren für die “führenden” Schichten der gegenwärtigen Gesellschaft bringt eine ausgeprägte Polarisierung des städtischen Sozialgefüges mit sich.” (Krätke 1995:163)

5.1 Gesellschaftlicher Formationswandel und Polarisierung der Metropolen

Der oben skizzierte postfordistische Restrukturierungsprozess war von einer regionalen Spezialisierung und einer entsprechenden Veränderung der räumlichen Arbeitsteilung begleitet. Während der Strukturwandel in den peripheren industriellen Regionen nur langsam vorangetrieben wurde, entwickelten sich in den Siebziger- und Achtzigerjahren einige wenige urbane Zentren zu den privilegierten Standorten der *Headquarter Economy*. Diese *Global Cities* (Sassen 1991) bilden hoch differenzierte und untereinander verflochtene Produktions- und Reproduktionskomplexe und fungieren als

Kommandozentralen der Weltwirtschaft. Das Wachstum des global orientierten Finanz- und Dienstleistungskomplexes führt zu einer zunehmenden Konkurrenz innerhalb der Städtehierarchie und einer ökonomischen, sozialen und räumlichen Polarisierung der städtischen Ökonomie und Gesellschaft.

5.1.1 Wirtschaftlicher Strukturwandel und Stadtentwicklung

Die Charakterisierung der gesellschaftlichen Entwicklung des Postfordismus fasst Krätke (1995:16) in drei herausragenden Tendenzen ökonomisch-sozialer Restrukturierung zusammen, die auch die Entwicklung der Regionalstruktur und des Städtesystems beeinflussen: 1) die Flexibilisierung und Internationalisierung von Produktion und Kapitalverwertung, sowie die Verselbständigung finanzwirtschaftlicher Verwertungsstrategien gegenüber ‚realen‘ Produktionsaktivitäten, 2) die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Polarisierung von Beschäftigungs- und Sozialstrukturen, und Hierarchisierung von Konsummustern, sowie 3) die Deregulierung überkommener politisch-institutioneller Steuerungsmechanismen und Durchsetzung marktwirtschaftlicher Mechanismen in mehr und mehr gesellschaftlichen Bereichen.

Parallel zu einem derartigen übergreifend wirksamen gesellschaftlichen Formationswandel vollzieht sich auf der städtischen und regionalen Ebene der Umbau räumlicher und städtischer Strukturen. Es kommt zu einer „*Rehierarchisierung des Städtesystems*“. Ehemals bedeutende Industriezentren erleiden einen Niedergang, während sich andere Regionen und Städte zu neuen Wachstumszentren entwickeln: ”Im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung produzieren transnationale Konzerne an weltweit verstreuten Standorten für den Export auf weltweit verteilten Märkten, während bedeutende überregionale Kommando- und Kontrollfunktionen der kapitalistischen Weltwirtschaft von bestimmten Grossstädten – den sog. *Global Cities* oder Metropolen – selektiv konzentriert werden” (Borst/Krätke 1993:22)

Abbildung 5.1: Gesellschaftlicher Formationswandel und Polarisierung der Städte

1. Flexibilisierung und Internationalisierung der Produktion

Bedeutungszuwachs städtischer Direktions- und Kontrollzentren sowie zugehöriger Dienstleistungen

Restrukturierung industrieller Organisationsbeziehungen, Regionalisierung versus weiträumige Standortnetze

Gesteigerte Mobilität des Kapitals, Neo-Industrialisierung versus De-Industrialisierung

Selektive Konzentration von Wachstumspotentialen in ausgewählten Stadtregionen

2. Verselbständigung von Finanzanlagen gegenüber Produktionsaktivitäten

Bedeutungszuwachs metropolitaner Finanzzentren und Trend zu "Casino-Ökonomie"

Bedeutungszuwachs städtischer Grundstückverwertung

3. Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse

Zunehmende Arbeitsmarkt-Spaltung

Soziale Polarisierung innerhalb der Städte

4. Hierarchisierung von Konsummustern

Ausbau der Innenstädte zu neuen Räumen der Konsumation

Zunahme von Gentrifizierungs-Prozessen

Ausbreitung von "Armutinseln"

5. Bedeutungszuwachs marktförmiger Regulation

Intensivierte Konkurrenz der Städte

Übergang zu einer "unternehmerischen" Stadtpolitik

Flexible Regulationsformen für soziale Konflikte

Quelle: Krätke (1995:20)

5.1.2 Global Cities

Das *Global City*-Konzept geht auf verschiedene Autoren zurück, wurde aber vor allem von der amerikanischen Stadtsoziologin Saskia Sassen wiederholt ausgeführt.⁵⁶ Ihr zufolge trug die ökonomische Internationalisierung des Postfordismus mit ihrer erhöhten Kapitalmobilität und der schlagartig zunehmenden Bedeutung transnationaler Konzerne, globaler Finanzmärkte und transnationaler Handelsblöcke in den Siebziger- und Achtzigerjahren zur Herausbildung neuer strategischer Schauplätze in der Weltwirtschaft bei. Neben den exportorientierten Produktionszonen und den Offshore-Bankzentren symbolisieren vor allem die Global Cities die neuen Formen der weltwirtschaftlichen Globalisierung. (vgl. Sassen 1996:32f.)

Die Zunahme der internationalen Investitions- und Handelstätigkeit sowie der damit einhergehende Bedarf an Finanzierungs- und Dienstleistungsangeboten fördern die Konzentration der zentralen Kontroll- und Steuerungsfunktionen in grösseren Städten. Sassen charakterisiert *Global Cities* als “zentrale Standorte für hochentwickelte Dienstleistungen und Telekommunikationseinrichtungen wie sie für die Durchführung und das Management globaler Wirtschaftsaktivitäten erforderlich sind”. In ihnen ballen sich die Konzernzentralen weltweit tätigen Unternehmen. Die *Global Cities* werden zu geografischen Knotenpunkten der transnational organisierten Ökonomie, “zum Standort von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Entscheidungszentren mit einer Vielfalt dazugehöriger unternehmens- und konsumorientierter Dienstleistungen” (Krätke 1995:105). Sie sind Standorte von Hauptquartieren des Unternehmens- und Finanzsektors sowie vielfältiger unterstützender Dienstleistungsunternehmen.

Diese *Headquarter Economy* ist durch ein Muster von ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen definiert. Die weltweiten Vernetzungen führen somit zu einer veränderten “Geographie von strategischen Orten auf der globalen Stufenleiter” (Sassen 1995:45) und einer veränderten Hierarchie innerhalb des internationalen Städtesystems.

⁵⁶ Die ersten Grundgedanken zur veränderten Bedeutung der Weltmetropolen als Kommandozentralen der Weltwirtschaft wurden als Konzept der *World City* von Cohen (1981) skizziert und vor allem durch Friedman und Wolff (1982) weiter vorangetrieben. Ihre Fortsetzung fanden diese Analysen u.a. in den Arbeiten von Saskia Sassen (1991, 1996) und ihrem Konzept der *Global City*.

Sassen nennt zur Definition von *Global Cities* drei Komponenten:⁵⁷: erstens die “Praxis der globalen Kontrolle” (Sassen 1995:45), das heisst die Konzentration von Kommandozentralen zur Organisation der Weltökonomie; zweitens ihre Bedeutung als Schlüsselorte und Marktplätze der führenden Industrien der gegenwärtigen Periode, insbesondere der Finanzwirtschaft und Produktionsdiensten und spezialisierten Dienstleistungen für Firmen, und drittens den Stellenwert, den diese Städte bei der Produktion dieser Dienstleistungsindustrie einnehmen. (vgl Sassen 1996:20)

Sassen (1991) zufolge ist dieser geprägt von einer Polarisierung der Einkommensverteilung, einer Verschlechterung der Beschäftigungsverhältnisse und einer neuen Form von Immigration. Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung werden die metropolitanen Zentren also zu “Dienstleistungsmetropolen” ausgebaut. Die tiefgreifenden Veränderungen der ökonomischen Basis der Weltstädte führen zu einem drastischen *Wandel der Sozialstruktur*. Es entstehen auf der einen Seite hochrangige und hochbezahlte Arbeitsplätze in den Bereichen Unternehmensführung, Organisation und Marketing, Finanzen und Versicherungen, Immobilienhandel, Rechts- und Unternehmensberatung, EDV-Dienste sowie Forschung und Entwicklung. Auf der anderen Seite wachsen zugleich die niederen Dienstleistungsjobs. Es entstehen massenhaft gering entlohnte, wenig qualifizierte und meist ungeschützte Arbeitsplätze im Bereich von Bürohilfstätigkeiten, Reinigungs- und Botendienste, der Gastronomie, in Hotels, urbanen Freizeiteinrichtungen, und privaten Haushalten. (vgl Krätke 1995:165) So entsteht eine “doppelte Spaltung des städtischen Arbeitsmarktes: einmal die zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zum anderen die Spaltung zwischen “hochrangigen” und “niederen” Arbeitsplätzen.” (Borst/Krätke 1993:24)

Zu den weitreichenden Folgen der Funktion einer Stadt als Finanzdienstleistungszentrum gehören auch die sozialen Verdrängungsprozesse (*Gentrification*). Forcierter Bürobau und die Attraktivität innerstädtischer Quartiere als Wohnort für gut verdienende *Urban Professionals* erhöhen die Mietpreise und fördern den Bau neuer Bürokomplexe und Luxuswohnungen. (vgl. Häussermann/Roos 1998:87)

⁵⁷ Friedmann/Wolff (1982) wählen als Kriterien der Hierarchiebildung im internationalen Städtesystem: Sitz von Hauptquartieren transnationaler Unternehmen, bedeutendes Finanzzentrum, Standort eines schnell wachsenden Sektors unternehmensorientierter Dienstleistungen, Sitz internationaler Institutionen, bedeutender Knotenpunkt von Transport- und Verkehrslinien, Zentrum industrieller Produktionsstätten, Städte mit einer bedeutenden Einwohnerzahl. (vgl. Krätke 1995:107)

Die *Global Cities* sind zusammenfassend neben den transnationalen wirtschaftlichen Verflechtungen und Kontrollbeziehungen durch eine extreme Arbeitsmarktsplattungen, durch bisher ungekannte *Gentrification*-Prozesse und durch eine ausgeprägte sozial-räumliche Polarisierung gekennzeichnet.

5.2 Armut und ihre räumliche Artikulation innerhalb der Städte

Armut breitet sich vor allem in den Städten aus und artikuliert sich darin in degradierten Stadtquartieren. Im Kontext europäischer Städte konnten als Entstehungsbedingungen einer deklassierten, ausgegrenzten Bevölkerungsgruppe die Krise des Beschäftigungssystems der modernen Dienstleistungsökonomie festgemacht werden. Ihren räumlichen Ausdruck innerhalb der Städte gewinnt die Armut in der Segregation der Oberschicht und der Gentrifizierung durch die *Urban Professionals*, sowie in der Segregation der benachteiligten Gruppen und der Suburbanisierung der Mittelschicht. (vgl. Keller 1999:39)

Trotz der Abwesenheit von amerikanischen Hyperghettos lässt sich in den europäischen Städten also eine verstärkte Tendenz zu sozialer Ausgrenzung und sozialräumlicher Segregation beobachten.

5.2.1 Soziale Ausgrenzung

Urban Underclass und *Exclusion* sind in den Medien ebenso wie in den Sozialwissenschaften zentrale Begriffe geworden. Der aus Frankreich stammende Begriff *exclusion* bezeichnet eine soziale Spaltungslinie, die für eine wachsende Zahl von Menschen in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften Marginalisierung oder Ausschluss am Arbeitsmarkt mit gesellschaftlicher Isolation verbindet. Exklusion bezieht sich auf die "zunehmende Destabilisierung von Berufsverläufen, die Auflösung sozialer Bindungen im Gefolge von Verarmung und Arbeitslosigkeit, die Hoffnungslosigkeit der auch räumlich isolierten Bewohner der benachteiligten Stadtviertel in den Randgebieten der Grossstädte, insbesondere der Jugendlichen" (Kronauer 1998:24).

Der Begriff *Urban Underclass* hat seinen Ausgangspunkt in den USA, und beschreibt die Ausbreitung und zunehmende Konzentration von Armut in bestimmten Stadtvierteln der Grossstädte des Landes. Die *Underclass* konstituiert sich durch anhaltende Unterbeschäftigung, Langzeitarbeitslosigkeit oder völligen Ausschluss vom Arbeitsmarkt. Abgeschnitten von der Erwerbsarbeit, sind die Angehörigen der Unterklasse ausgeschlossen von den Teilhabemöglichkeiten am sozialen Leben: “Auf sich selbst zurückgeworfen und vom Arbeitsmarkt abgeschnitten, bildet die Armutsbevölkerung der Innenstädte eine von der Gesellschaftsmehrheit isolierte neue “Underclass”.” (Kronauer 1998:25)⁵⁸

Borst/Krätke (2000) betonen die Mehrdimensionalität von Prozessen der Deklassierung, d.h. die Überlagerung von sozio-ökonomischer und räumlicher Marginalisierung: Einen gesellschaftlichen Problemdruck erzeugt dabei nicht einfach die Tatsache, dass in den Städten eine Ungleichheit der sozialen Struktur von Wohnquartieren (bzw. eine sozialräumliche Segregation) festzustellen ist, dass es “wohlhabende” und “ärmere” Quartiere gibt, sondern den Problemdruck erzeugt eine Entwicklung, die als Tendenz zur *sozialen Desintegration* der städtischen Gesellschaft bewertet wird: „dazu gehört das Anwachsen sozial benachteiligter Gruppen und ihre schwindende Chance, aus einer benachteiligten Lage zu entkommen.“ (Borst/Krätke 2000:214)

Zusammenfassend können Ausgrenzungen am Arbeitsmarkt, räumliche Ausgrenzungen von städtischen Angeboten durch residentielle Segregation und die Kumulation von Benachteiligung als Eigenschaften einer ausgeschlossenen Unterklasse festgemacht werden.

5.2.2 Sozialräumliche Segregation

Das Problem der Ausgrenzung von sozial benachteiligten Gruppen verstärkt sich mit dem Einhergehen ihrer ökonomischen Marginalisierung im Erwerbssystem mit einer Abschiebung in bestimmte Teilgebiete der Stadt. Ausgrenzung nimmt erst durch die Segregation eine besonders drastische Gestalt an, weil sie so stärker sichtbar wird.

⁵⁸ In der Schweiz fällt die Armut weniger krass aus, als z.B. in den USA und Frankreich. Die Stadtviertel, in denen die

Segregation umschreibt “den Zusammenhang von sozialen und räumlichen Strukturen der Stadt” (Borst/Krätke 2000:215) und eine allgemeine Beschreibung “residentieller Segregation” lautet: “Die soziale Ungleichheit in der Bevölkerung überlagert sich mehr oder weniger mit der Ungleichheit städtischer Räume bzw. Quartiere” (Keller 1999:51)⁵⁹ Diese Beschreibung impliziert eine grundlegende Erklärung für die Segregation benachteiligter Gruppen. Da minderbemittelte Menschen weniger für Wohnkosten aufwenden können, wohnen sie vermehrt in preisgünstigen Wohnsegmenten. In dieser einfachen Überlegung wird deutlich, dass sich mit dem Wachstum vom mit Armut betroffenen Gruppen die Wahrscheinlichkeit einer Zunahme ihrer Segregation erhöht.⁶⁰

Diese Ansicht der Übertragung sozialer Ungleichheit in den Raum findet auch heute auch in der Sozialökologie und der polit-ökonomischen Geografie ihren Zuspruch.⁶¹

Der Schwerpunkt der *sozialökologischen* Segregationsforschung liegt in der Berechnung von Segregationsindizes. Diese Indizes geben das Ausmass der ungleichen Verteilung der Wohnstandorte sozialer Gruppen nach sozialem Status (Einkommen, Bildungsabschluss, berufliche Position, Herkunft, etc.) an. Die ökonomischen und politischen Einflussfaktoren auf die Sozialstrukturen und der Hierarchisierung städtischer Teilräume werden jedoch ausgeblendet.

In der Tradition des neo-weberianischen resp. neo-marxistischen *polit-ökonomischen* Ansatzes steht die räumliche Konzentration sozial Benachteiligter im Mittelpunkt der Betrachtung. Man interessiert sich für “die Wohnstandorte der sozial Benachteiligten, der Marginalisierten, der Paupers des kapitalistisch-städtischen Modernisierungsprozesses” (Dangschat 1997: 632). In dieser Tradition haben Häussermann/Siebel (1991) die sozialräumliche Ausdifferenzierung der (bundesdeutschen) Städte als “dreigeteilt”

Betroffenen leben, sind heterogener als die amerikanischen *ghettos* oder französischen *banlieus*.

⁵⁹ Einen historischen Überblick der Segregationsforschung liefert Dangschat (1997).

⁶⁰ Keller (1999:51ff.) nennt als Gründe für die Zunahme residentieller Segregation: Armut und prekärer Wohlstand, Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt und Verknappung preiswerter Wohnungen, Deindustrialisierung, Migration und politische Leistungskürzungen.

⁶¹ Dangschat plädiert – in Anlehnung an Bourdieu (1991) – dafür, die residentielle Segregation resp. Konzentration nicht nur als ein Abbild sozialer Ungleichheit in den Raum zu verstehen, sondern vielmehr als weitere Dimension sozialer Benachteiligung: “Die Verräumlichung sozialer Ungleichheit (d.h. Segregation) bedeutet eine Verstärkung der bestehenden sozialen Ungleichheiten, wobei die räumliche Konzentration der sozial Benachteiligten bedeutet, dass jene durch ihre die Handlungsmöglichkeiten und Partizipationschancen einschränkenden Wohnungs- und Wohnumfeldbedingungen zusätzlich benachteiligt werden” (Dangschat 1998b:208).

beschrieben.⁶² Sie nennen drei grundlegende Spaltungslinien moderner Stadtgesellschaften: “Die ökonomische Spaltung nach Eigentum, Einkommen und Position auf dem Arbeitsmarkt; die soziale Spaltung nach Bildung, sozialer Integration und Position auf dem Wohnungsmarkt; die kulturelle Spaltung nach ethnischer Zugehörigkeit, Religion und normativer Orientierungen” (Häussermann/Siebel 1991, nach Dangschat 1997:633). Marcuse (1989) hat die daraus folgende Vervielfältigung sozialräumlicher Spaltungen bereits mit dem Konzept der “*vielfach geteilten Stadt*” thematisiert.⁶³ Die “Verinselung” (Borst/Krätke 1993) der kapitalistischen Metropolen mit der kleinräumigen Ausdifferenzierung ihres sozial-räumlichen Gefüges korrespondiert darin mit der gesellschaftlichen Tendenz einer fortschreitenden Heterogenisierung von Beschäftigten- und Sozialstrukturen und der Fragmentierung sozialer Lebenszusammenhänge: “Die Zonen der “Herrschaft und des Luxus” und die kleinräumig verteilten Orte des gehobenen Wohnens für die Bessergestellten dehnen sich im Zentrum der Global Cities ebenso aus wie die “Inseln der Armut” in den innerstädtischen Altbauwohnquartieren oder in randständigen Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus.” (Borst/Krätke 1993:22)

⁶² 1) Stadt des internationalen Wettbewerbs, Inseln luxuriösen Wohnens; 2) Stadt der Mittelschichten: Arbeit, Versorgung, Wohnen; 3) Marginalisierte Stadt der Armen, wirtschaftlich Prekären und Überflüssigen. (vgl. Keller (1999:43)

⁶³ Marcuse (1989) versuchte mit dem Konzept der “*quartered city*” die sozialräumliche Differenzierung im Innern der Grossstadt an charakteristischen Quartieren mit spezifischen Sozialstrukturen festzumachen, um die sozio-ökonomische Hierarchisierung städtischer Teilräume mit einer pointierten qualitativen Beschreibung herauszuarbeiten.

6 Die vielfach geteilte Stadt Zürich

Die beschriebenen Veränderungen in der weltweiten Volkswirtschaft, Städtelandschaft und Gesellschaft werden im Wirtschaftskanton und in der grössten Schweizer Stadt Zürich besonders augenfällig. Die Stadt hat sich in den letzten 30 Jahren zu einer urbanen Grossregion entwickelt. Der Ausbau zu einer weltweit konkurrenzfähigen Dienstleistungsmetropole brachte aber nicht nur Wohlstand, sondern auch ein erschreckendes Mass an neuer Armut mit sich. Die Einkommens- und Vermögensschere hat sich weiter geöffnet und immer mehr Menschen kommen in Kontakt mit prekären Lebenssituationen. In den Neunzigerjahren wurde diese Entwicklung durch die langanhaltende Rezession verstärkt. Die jüngere Vergangenheit der Limmatstadt ist von erheblichen wirtschaftlichen Umstrukturierungen und einer sozial-ökonomischen Spaltung geprägt, die sich in der räumlich höchst ungleichen Verteilung der Einkommen und Sozialstruktur widerspiegelt. Zürich ist heute eine “vielfach geteilte Stadt”.

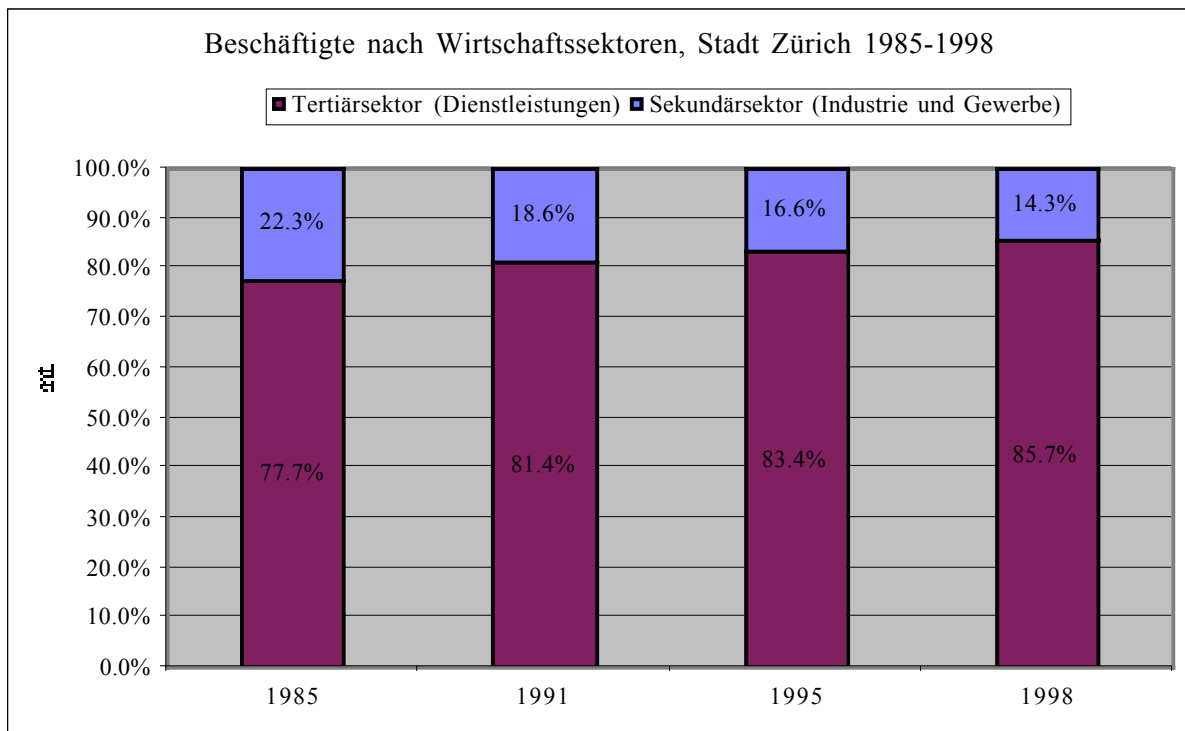
6.1 Urbane Grossregion Zürich

Der Übergang vom fordistisch-keynesianistischen Akkumulationsregime der Nachkriegszeit zur flexiblen Akkumulation des Postfordismus veränderte auch die räumliche Struktur der Schweiz. Veränderungen in der Arbeitsorganisation, flexiblere Arbeitsverhältnisse, neue Produktionsprozesse und Kommunikationstechnologien sowie die Rationalisierung der Büroarbeit ermöglichen die organisatorische Aufspaltung der Unternehmensbereiche und eine Optimierung der jeweiligen Standortwahl. Als Resultat dieses Prozesses identifiziert Schmid (1996) in der Schweiz drei grössere Produktions- und Reproduktionskomplexe. Während Genf (als Zentrum der internationalen Organisationen und spezialisierten Finanzaktivitäten) und Basel (als Hauptquartier der schweizerischen Chemiekonzerne) heute stark spezialisierte Zentren mittlerer Bedeutung bilden, hat sich

Zürich zum unangefochtenen Zentrum der schweizerischen *Headquarter Economy* entwickelt.⁶⁴

Vor dem zweiten Weltkrieg war Zürich noch eine Industrie- und Handelsstadt, deren Schwerpunkt die Maschinen- und Fahrzeuggeschäfte sowie ausgewählte Handels- und Finanzgeschäfte bildeten. Im Fordismus entwickelte sich Zürich zu einem auf strategischen Dienstleistungen spezialisierten Zentrum der helvetischen Ökonomie und stieg unter dem postfordistischen Regime schliesslich zu einer *Global City* auf.

Abbildung 6.1: Dienstleistungsmetropole Zürich 1990-1999



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich, verschiedene Jahrgänge.

⁶⁴ Die Attraktivität des Wirtschaftsplatzes Schweiz und Zürich zeigt die Standortwahl der Grossunternehmen: 10 Prozent der nationalen *Headquarter international* tätiger Unternehmen und 20 Prozent der 50 grössten Unternehmen in der Schweiz haben ihren Sitz in der Stadt Zürich, 23 Prozent der ausländischen Unternehmen haben Zürich als Standort gewählt. Von den 500 grössten Firmen der Welt, gemessen an ihrer Börsenkapitalisierung im Januar 2000, haben elf ihren Sitz in der Schweiz, fünf davon in der Stadt Zürich. Ein Blick auf Europa zeigt, dass von den 500 grössten europäischen Unternehmen 23 ihren Sitz in der Schweiz und neun davon in der Stadt Zürich. (vgl. Egger 2000:13)

Zürichs ökonomische Struktur zeichnet sich durch die Kombination eines vergleichsweise breiten Spektrums hochqualifizierter Aktivitäten aus und weist als wichtigstes Finanzzentrum der Schweiz auch einen hohen Anteil an hochqualifizierten und entscheidenden Funktionen der Industrie und an unternehmensorientierten Dienstleistungen auf. Die Stadt Zürich hat sich in den Neunzigerjahren zunehmend zu einer reinen *Dienstleistungsmetropole* gewandelt.⁶⁵ Der Anteil der Erwerbstätigen im Tertiärsektor stieg von 76 Prozent im Jahre 1985 auf 86 Prozent im Jahre 1998.

“Zürich kann heute als einziges Zentrum der Schweiz *Global City*-Status beanspruchen.” (Schmid 1996:33) In der ökonomisch-funktionalen Hierarchie europäischer Stadtregionen von Krätke (1995) rangiert Zürich – hinter den *Global Cities* London und Paris – unter den europäischen metropolitanen Stadtregionen.⁶⁶

6.1.1 Welt-Stadt-Formation

Für Zürich begann die Phase der Welt-Stadt-Formation mit der Restrukturierung der helvetischen Ökonomie in den Siebzigerjahren. Der Aufstieg Zürichs zu einer *Global City* ist aber nicht nur eine Folge der Restrukturierung der Weltwirtschaft, sondern auch Resultat von lokalen Auseinandersetzungen. Der “territoriale Kompromiss” (Dupasquier/Marco 1991) – zwischen *Headquarter Economy* und Alltagswelt, zwischen Globalisierung und urbanen Revolte, zwischen Widerstand und Reformismus – und das Entstehen von neuen City-Satelliten als strategische Knoten der *Headquarter Economy* sind die Hauptmerkmale der spezifischen Entwicklung Zürichs zur Weltstadt. (vgl. Hitz/Schmid/Wolff 1995)

Durch den veränderten Urbanisierungsprozess bildeten sich in der urbanen Region Zürich idealtypisch vier verschiedene Konfigurationen (Schmid 1996:39f.): 1.) Die alte, repräsentative City in der Innenstadt rund um die Bahnhofstrasse als ökonomisches Zentrum, 2.) Neue City-Gebiete auf alten Industrie- und Gewerbearealen innerhalb der

⁶⁵ Zum Konzept der Dienstleistungsgesellschaften vgl. Häussermann/Siebel (1995).

Stadt, 3.) Neue Dienstleistungszonen, Satelliten der Zürcher *Headquarter Economy* in der urbanen Peripherie (z.B. Zürich-Nord) und 4) kleine und mittlere Städte ausserhalb der eigentlichen Agglomeration als neue Dienstleistungsstandorte (z.B. Zug, Winterthur, Baden).

Sassen (1995) sieht in Zürich ein spezifisches räumliches Muster der Welt-Stadt-Formation, in der “trotz grosser Innenstadtkonzentration von Arbeitsplätzen die Verteilung der Globalstadtfunktionen über eine breite Region gestreut” ist. Mit der Regionalisierung der Ökonomie hat sich in Zürich eine “urbane Region” gebildet, in der hochdifferenzierte, spezialisierte Standorte durch ausgedehnte Verkehrs- und Kommunikationsnetze zu übergreifenden Einzugsgebieten verknüpft sind. Die Finanzmetropole Zürich entwickelte sich in Richtung bipolarer Struktur: “Auf der einen Seite des Milchbucks liegt die erhaltene, herausgeputzte und luxussanierte Innenstadt mit ihren repräsentativen Geschäftslagen an Bahnhofstrasse und See. Auf der anderen Seite liegt der fragmentierte und zersplitterte City-Gürtel Zürich-Nord, die postfordistische Zwillingstadt von Zürich” (Hitz/Schmid/Wolff 1995:256).⁶⁷

Anfang der Neunzigerjahre wurden die Widersprüche der forcierten Globalisierung und der Entstehung einer fragmentierten urbanen Grossregion sichtbar. Das Drogenproblem eskalierte und im Strassenbild Zürichs zeigte sich eine bisher versteckte soziale Misere. Verschärft wurde die Situation mit dem Einbruch der Rezession, welche die Stadt mit Arbeitslosigkeit und Armut konfrontierte. Die Wirtschaftskrise, aber auch die vorausgegangenen Steuersenkungen, der Einbruch des Immobilienmarktes, der Anstieg der Sozialausgaben und ein fehlender kantonaler Finanzausgleich führten zu einem zunehmenden Haushaltsdefizit. Die Politik reagierte auf Finanzprobleme mit einer Mischung aus Krisenmanagement und Repressionspolitik. Die immer neuen Sparpakete trafen zunehmend auch die einkommensschwache Bevölkerung. (vgl. Hitz/Schmid/Wolff 1995:263f.)

⁶⁶ Typisierungsmerkmale europäischer metropolitaner Stadtregionen sind: Konzentration von Unternehmenszentralen und Finanzzentralen mit europaweitem Geschäftsfeld, Konzentration hochrangiger unternehmensorientierter Dienstleistungen, bedeutender Standort für “innovative Produktionsstrukturen oder standartisierter Produktionen. Beispiele: Amsterdam, Brüssel, Frankfurt, Hamburg, Berlin München, Zürich, Mailand, Stockholm. (vgl. Krätke 1995:139)

⁶⁷ Die urbane Grossregion Zürich fasste im Jahre 1990 bereits ein Einzugsgebiet von 1,5 Mio. EinwohnerInnen und 840'000 Arbeitsplätzen, das sich aus rund 270 Gemeinden in den fünf Kantonen Zürich, St.Gallen, Schwyz und Aargau zusammensetzte. (vgl. Schmid 1996:41)

6.2 Soziale Entwicklung Zürichs

„Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher“ – so oder ähnlich kann die soziale Entwicklung der Stadt Zürich auf den Punkt gebracht werden. Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hat die Einkommensungleichheit ansteigen lassen. 1999 verdienten die am schlechtesten bezahlten 20 Prozent in der Stadt Zürich nur 7 Prozent der Erwerbseinkommen, die am besten verdienenden 20 Prozent hingegen 38 Prozent.⁶⁸ Auch der Stadtrat betrachtet die sich öffnende Schere zwischen tiefen und hohen Einkommen und Vermögen sowie die Verringerung der Mittelstandseinkommen mit Besorgnis. Es ist eine Tatsache, dass in der Stadt Zürich im Zeitraum 1995 bis 1998 einerseits die Zahl der Menschen mit geringen Reinvermögen als auch jenen mit hohen Reinvermögen wächst. Bei den Reineinkommen fällt auf, dass die Zahl der BezügerInnen von Mittelstandseinkommen anteilmässig stagniert oder gar fällt. Markant gewachsen ist dafür die Zahl der Jahreseinkommen unter CHF 60'000.-⁶⁹ (vgl. Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich 22.11.00)

In diesem Abschnitt soll nun die Entwicklung der Armut in Zürich analysiert werden.⁷⁰ Stark vom ökonomisch-gesellschaftlichen Strukturwandel und vom sozialen Gefüge einer Grossstadt geprägt, hat sich in der Stadt Zürich die Zahl der sozial Benachteiligten markant erhöht. Die Zunahme und Verfestigung von Armut in den Neunzigerjahren werden im durch die steigenden Armutsquoten, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit dargestellt.⁷¹

⁶⁸ 1997 brachten in der Stadt Zürich rund drei Viertel der Steuerpflichtigen ein Viertel der Einnahmen aus Staats- und Gemeindedeuern auf, ein Viertel folglich die übrigen drei Viertel. (vgl. Zürcher statistische Nachrichten 6/1998)

⁶⁹ Der Anteil der Steuerpflichtigen mit Reineinkommen unter CHF 60'000.- ist im Zeitraum 1995 bis 1998 von 69,7 Prozent auf 73,1 Prozent gestiegen, während der Anteil aller anderen Gruppen rückläufig war. Die sich öffnende Schere zeigt sich stärker bei der Vermögensverteilung. Am unteren Ende der Skala hat die schwächste von sieben Gruppen (unter CHF 9'000.- Vermögen) ihren Anteil deutlich vergrössert (von 35,3 Prozent auf 38,0 Prozent). Zugelegt haben aber auch die Gruppen am obersten Ende der Skala, so erhöhten die drei vermögensstärksten Gruppen (Vermögen über CHF 300'000) ihren Anteil von 13,6 Prozent auf 14,2 Prozent.

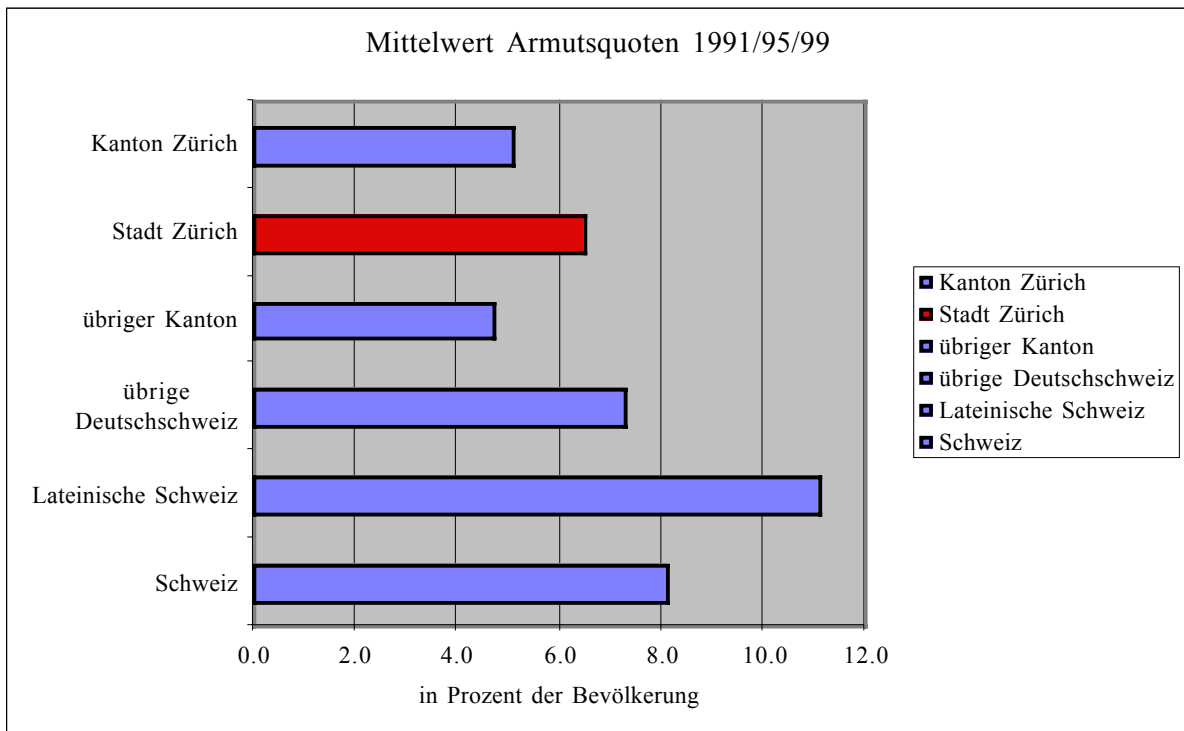
⁷⁰ Für einen solchen Vergleich bin ich auf statistische Daten angewiesen, was im Falle der Armutforschung ein bestimmtes Verständnis von Armut beinhaltet. Amtliche Statistiken bilden nicht die gewünschte differenzierte Sicht der Armut ab, sondern liefern den Verwaltungen die zur Arbeit notwendigen Informationen. An dieser Stelle danke ich verschiedenen Ämtern der Stadt Zürich (dem statistischen Amt, der Fachstelle für Stadtentwicklung, dem Fachbereich Evaluation innerhalb der Sozialen Dienste) für ihre Unterstützung.

⁷¹ Vg. Auch Farwick (2001) und Fluder/Salzgeber (2001).

6.2.1 Regionale Unterschiede

Als erstes fällt eine gewisse Polarität zwischen der Stadt und dem Kanton Zürich auf. Laut einer Studie des statistischen Amtes des Kantons Zürich (2000) liegt die Armutsquote der Neunzigerjahre in der Stadt Zürich bei rund 6,5 Prozent, während sie im übrigen Kanton mit 4,7 Prozent deutlich niedriger ist.⁷²

Abbildung 6.2: Armutsquoten nach Regionen, Schweiz und Zürich 1991/95/99



Quelle: Statistisches Amt der Stadt Zürich (2000:24).

Mehr als zwei Drittel der Armutsbevölkerung sind zu den *Working Poor* zu zählen – welche im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung und der Neuschaffung von schlechter bezahlten, unqualifizierten Arbeitsplätzen in den Neunzigerjahren stark zugenommen haben. Von der Arbeitslosigkeit betroffen sind etwa 5 Prozent, während die restlichen etwa 30 Prozent zu den nicht vollwerbstätigen Armen zählt. Die Studie betont,

⁷² Die Armutsquoten sind im Vergleich zur übrigen Deutschschweiz (7,3 Prozent), zur gesamten Schweiz (8,1 Prozent), und zur lateinischen Schweiz (11,1 Prozent) tief, haben aber in den Neunzigerjahren deutlich zugenommen. Alle Quoten berechnet nach SKOS-Richtlinien 1999. (vgl. Statistisches Amt des Kantons Zürich 2000)

“dass neben der eigentlichen Armutsbevölkerung fast ein Viertel der gesamten Bevölkerung nahe an der Armutsschwelle lebt” (Statistisches Amt des Kantons Zürich 2000:25).

In der Stadt Zürich sind dabei nicht nur die klassischen Armutsrisiken (Arbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit) deutlich zahlreicher, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, innerhalb dieser Risikogruppen unter die Armutsgrenze zu fallen, ist in der Grossstadt markant grösser.

Die Gründe dieser Unterschiede zwischen Stadt und Kanton liegen nicht nur in der oben ausführlich beschriebenen postfordistischen Städteentwicklung. Grossstädte hatten schon immer eine starke Anziehungskraft auf Bevölkerungsgruppen mit einem hohen Armutsrisiko. Mit ihrer ökonomischen und kulturellen Vielfalt sind Städte Orte der Hoffnung auf sozialen Aufstieg: “Anonymität, die Existenz von Subkulturen und breiter Verdienstmöglichkeiten haben eine Sogwirkung auf Armutsgefährdete” (Fluder/Salzgeber 2001:353).

Die “besonderen Lasten der Zentren” finden sich in den Sozialhilfezahlen bestätigt.⁷³ In den Neunzigerjahren gab es in der Stadt Zürich mehr als doppelt so viele SozialhilfebezügerInnen wie im übrigen Kantonsgebiet zusammen und die Nettoleistungen pro EinwohnerIn ist fast 3-mal höher belastet als das übrige kantonale Umfeld. (vgl. Fluder/Salzgeber 2001:349f.)

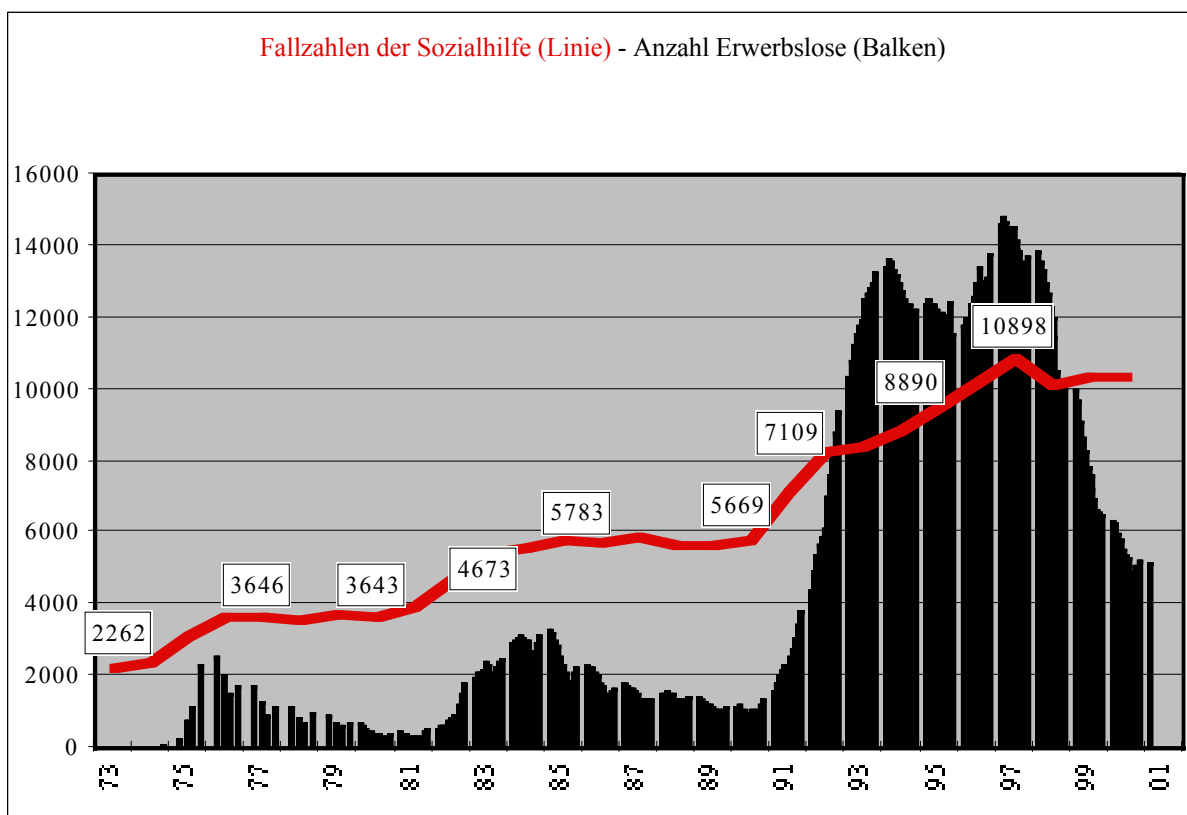
6.2.2 Soziale Brennpunkte in den Neunzigerjahren

Die Sozialhilfezahlen der Stadt Zürich haben sich in den letzten 30 Jahren stetig erhöht. Ein Blick auf die Entwicklung der Sozialhilfefälle zeigt dabei den Zusammenhang zwischen der Zu- und Abnahme der Arbeitslosigkeit und der Entwicklung der Sozialhilfeabhängigkeit.⁷⁴ Seit 1973 ist die Zahl der Sozialhilfefälle in Folge jeder konjunkturellen Schwächephase jeweils drastisch angestiegen, hat sich aber in den Phasen

des konjunkturellen Aufschwungs kaum reduzieren können. Offenbar waren die wirtschaftlichen Aufschwungsjahre zwischen den Krisen zuwenig nachhaltig, um SozialhilfebezügerInnen wieder in der Arbeitsprozess zu integrieren. (vgl. Fluder/Salzgeber 2001:351)

In den Neunzigerjahren ist die soziale Entwicklung der Stadt Zürich durch eine rasant wachsende Zahl der Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen gekennzeichnet.

Abbildung 6.3: Fallzahlenvergleich Erwerbslose und SozialhilfebezügerInnen in der Stadt Zürich 1973-2001



Quelle: Fluder/Salzgeber (2001:351), Fachstelle für Sozialstatistik und Evaluation der Stadt Zürich.

⁷³ Fluder und Salzgeber (2001) zeigen in ihrer Studie, wie die Aufgabenbelastung im Sozialwesen in der Schweiz kontinuierlich mit der Gemeindegrösse zunimmt.

⁷⁴ Die angegebenen kumulativen Fallzahlen der Sozialhilfe geben Hinweise darüber, wie viele Haushalte es in der Stadt Zürich gibt, die während eines Jahres zumindest von Zeit zu Zeit auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind. Dabei ist zu beachten, dass ein Fall - also ein Haushalt, der Sozialhilfeleistungen bezieht - aus einer oder mehreren Personen bestehen kann.

Die Zahl der *Arbeitslosen* (im Jahresdurchschnitt) wuchs von 1'093 im Jahre 1990 bis auf 14'176 im Jahre 1997. Die Arbeitslosenquote der Stadt Zürich war mit fast 6 Prozent im Jahre 1995 in der ganzen Schweiz am höchsten. Parallel dazu haben die Problembereiche der Jugend- und Langzeitarbeitslosen an Schärfe gewonnen, 1997 waren über 30 Prozent aller Erwerbslosen ein Jahr oder länger ohne Arbeit.

Die Zahl *Sozialhilfefälle* der Stadt Zürich ist 1996 erstmals über 10'000 gestiegen. Im Jahr 1990 lag die Zahl der Unterstützten noch knapp bei 5'782 Fällen (rund 9'800 Personen) und 1994 bereits 8'890 Fällen (rund 15'100 Personen); sie wuchs bis Ende 1997 auf 10'898 Fälle (rund 18'500 Personen) an – der höchste Wert, der bis dahin in Zürich registriert wurde.⁷⁵ Die Fallzahlen haben sich in diesem Zeitraum damit um fast 90 Prozent erhöht, was einer Zunahme von durchschnittlich fast 10 Prozent pro Jahr entspricht.

Setzt man die Anzahl der von Sozialhilfe unterstützten Personen ins Verhältnis zur Wohnbevölkerung, zeigt sich die Ausweitung der von Armut Betroffenen besonders deutlich. Diese Sozialhilfequote der Stadt Zürich ist von rund 3,4 Prozent im Jahre 1990 auf 5,2 Prozent im Rekordjahr 1997 angestiegen.⁷⁶ Trotz wirtschaftlichem Aufschwung bleibt im Jahr 2000 ein Sockel von 4,9 Prozent Sozialhilfebezügern bestehen.

Bei der Verwendung von Sozialhilfezahlen als Armutsindikator gilt es zu beachten, dass in den Schweizer Grossstädten nur rund 50 Prozent der Bezugsberechtigten – also als arm identifizierte Personen – die Sozialhilfeleistungen auch tatsächlich in Anspruch nehmen.⁷⁷ Unter Berücksichtigung dieser *Dunkelziffer* verdoppeln sich also die Sozialhilfequoten und erreichen in den Neunzigerjahren für die Stadt Zürich bis zu 10 Prozent. Damit waren in den letzten Jahren jeweils gut jede(r) zehnte(r) EinwohnerIn der Stadt Zürich von Einkommensarmut betroffen!⁷⁸

Ende der Neunzigerjahre ist die Arbeitslosenquote wieder stark gesunken. Die wirtschaftliche Erholung wirkt sich immer erst mit einiger zeitlicher Verzögerung auf die

⁷⁵ Die Personenzahl ist anhand der durchschnittlichen Personenzahl von 1,7 pro Fall im Jahre 1998 geschätzt.

⁷⁶ Im Rahmen der Städteinitiative "Ja zur Sozialen Sicherheit" wurden 1999 erstmals Sozialhilfekennzahlen von acht Schweizer Städte erhoben. Im Vergleich der Sozialhilfequoten lag Zürich 1999 im Mittelfeld.

⁷⁷ Damit liegt die Dunkelziffer des Sozialhilfebezugs in den Grossstädten unter dem schweizerischen Durchschnitt von rund 66 Prozent. (vgl. Fkuder/Salzgeber 2001:348)

⁷⁸ Überdurchschnittlich von den Sozialhilfeleistungen abhängig sind in der Stadt Zürich Kinder und Jugendliche, sowie Alleinlebende. (vgl. Fluder/Salzgeber 2001:352)

Sozialhilfe aus, da die Menschen oft erst nach der Aussteuerung bei der Arbeitslosenkasse in der Sozialhilfe anlaufen und vielfach nicht nur ihre berufliche, sondern zuerst ihre soziale Reintegration im Vordergrund steht. Da die Sozialhilfe heute jedoch vermehrt erneut auftretende soziale Risiken abdecken muss (z.B. Alleinerziehende, kinderreiche Familien, *Working Poor*), für welche in den bestehenden Sozialversicherungen Lücken bestehen, ist nicht damit zu rechnen, dass die Fallzahl wieder deutlich zurückgehen wird.

In den Neunzigerjahren ist ein breiter Bevölkerungsteil der Stadt Zürich mit Armut in Berührung gekommen. Im nächsten Abschnitt soll nun untersucht werden, wie weit das Ausmass der sozial-räumlichen Unterschiede in der Stadt Zürich bereits fortgeschritten ist.

6.3 Sozialräumliche Disparitäten

Die räumlichen Artikulationsformen sozialer Ungleichheit sind in den metropolitanen Zentren in besonderem Masse präsent. In ihnen gehen die Prozesse der Polarisierung von Beschäftigungsstrukturen und Prozesse sozialräumlicher Polarisierung Hand in Hand.

In diesem Kapitel werden “die aktuelle Struktur und die Veränderungen von sozialräumlichen Disparitäten” (Borst/Krätke 2000:218) in Zürich in den Neunzigerjahren für die 12 Stadtkreise und die 34 Stadtquartiere herausgearbeitet, wobei das sozialräumliche Gefüge aus gesamtstädtischer Perspektive betrachtet wird. Die Untersuchung folgt der Fragestellung, in welchem Sinne sich im postfordistischen Zürich eine neue Polarisierung des sozialräumlichen Gefüges herausgebildet hat, und wieweit sich die skizzierten Erwartungen auf Basis von sozialstatistischen Daten empirisch bestätigen lassen. Dabei gehe ich der Frage nach, welche Teilräume der Stadt durch sozio-ökonomische Aufwertungsprozesse gekennzeichnet sind und welche Teilräume von sozio-ökonomischen Abwertungsprozessen betroffen sind.

6.3.1 Soziale Problemkreise der Stadt Zürich

Die *räumliche Artikulation sozialer Ungleichheit* in Zürich lässt sich in einem ersten Überblick an der ungleichmässigen Präsenz sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen (wie z.B. SozialhilfeempfängerInnen und Arbeitslose) in Teilräumen der Stadt festmachen.

Die vielschichtigen Erscheinungsformen sozialräumlicher Segregation werden anschliessend noch für weitere Dimensionen sozialer Ungleichheit und in feiner räumlicher Untergliederung des Stadtgebietes betrachtet.⁷⁹

Borst und Krätke (2000) empfehlen, die Analyse von sozialräumlichen Strukturen auf relationale Kennziffern zu gründen.⁸⁰ Die teilräumliche Präsenz einer Sozialgruppe mit bestimmten Merkmalen lässt sich mit dem Lokalisationsquotienten ausdrücken, der den Anteil z.B. der SozialhilfeempfängerInnen an den EinwohnerInnen eines Teilgebietes im Verhältnis zum Anteil der SozialhilfeempfängerInnen an allen EinwohnerInnen in der Stadt misst. Ein Lokalisationsquotient >1 zeigt dann eine (mehr oder weniger stark) überdurchschnittliche Präsenz der betreffenden benachteiligten Gruppe im jeweiligen Teilraum an.

Als Indikatoren für die *Präsenz sozial benachteiligter Gruppen* werden hier die SozialhilfeempfängerInnen, Stellensuchende und Bezieher von Niedrigsteinkommen (unter 20'000 CHF/Jahr) unter den EinwohnerInnen eines Stadtkreises herangezogen. Die räumliche Konzentration sozial Benachteiligter soll über den mittleren Lokalisationsquotienten dieser drei Gruppen in einem Stadtkreis ausgedrückt werden. (vgl. Krätke/Borst 2000:220)

Unter der Zugrundelegung des mittleren Lokalisationsquotienten für drei Kategorien sozial benachteiligter Gruppen zeigt Zürich eine stark überdurchschnittliche Präsenz sozial Benachteiligter in den Stadtkreisen 4, 5, 12 und 3.⁸¹ Es handelt sich entweder um innerstädtische oder innenstadtnahe, gründerzeitliche Quartiere in Zürich West oder um zwischen 1940 und 1960 stark gewachsene Wohnquartiere am Stadtrand von Zürich Nord.

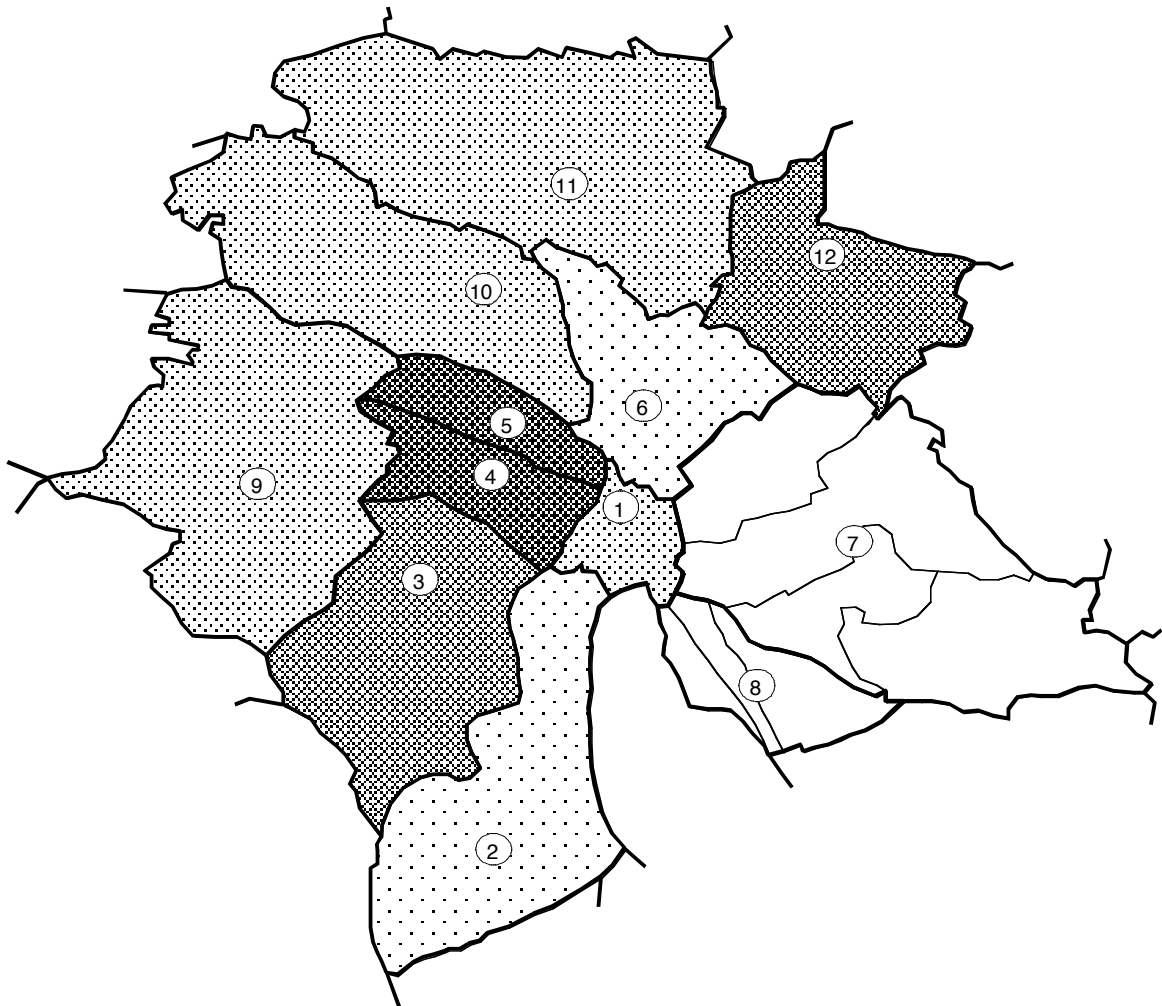
⁷⁹ Für die im Folgenden dargestellte Untersuchung des sozialräumlichen Gefüges der Stadt Zürich habe ich das methodische Vorgehen von Renate Borst und Stefan Krätke (2000:218ff.) und Häussermann/Kapphan (2000) gewählt.

⁸⁰ Sind z.B. in einem Stadtkreis 7 Prozent der EinwohnerInnen SozialhilfebezügerInnen, so sagt das für sich genommen wenig aus – diese Zahl wird erst interessant, wenn man weiss, ob in der Stadt z.B. 10 Prozent oder nur 3 Prozent aller EinwohnerInnen sozialhilfeabhängig sind.

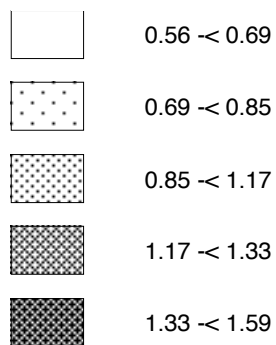
⁸¹ Es sind dieselben Stadtkreise mit “sozialen Brennpunkten”, die von der Fachstelle für Stadtentwicklung als aufwertungnotwendige Gebiete mit prioritärem Handlungsbedarf ermittelt wurden. Die Quartiere Auzelg in Schwamendingen, die Grünau und das Hardquartier sind Teil des Aufwertungsprojekts “Domino”.

Abbildung 6.4

**Stadt Zürich – teilräumliche Konzentration sozial Benachteiligter,
1998/99**



Mittlerer Lokalisationsquotient für SozialhilfeempfängerInnen, Stellensuchende,
Niedrigsteinkommen (< CHF 20'000/Jahr) unter den EinwohnerInnen (1998/99):



6.3.2 Sozialräumliche Segregation in der Stadt Zürich

Für eine kleinräumig differenzierte Analyse der Sozialstrukturen der Stadt Zürich untersuche ich verschiedene Indikatoren auf der Ebene der 34 Stadtquartiere.⁸² Die sozialräumliche Segregation lässt sich anhand der ungleichmässigen räumlichen Konzentration verschiedener Sozialgruppen in den Quartieren des Zürcher Stadtraums erfassen

Die *räumliche Konzentration verschiedener Sozialgruppen* ist messbar als (positive) Abweichung des Gebietsanteils an z.B. allen SozialhilfeempfängerInnen Zürichs vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen Zürichs (in Prozentpunkten). Liegt der Wert relativ nahe bei 0, dann entspricht im betreffenden Quartier z.B. der Anteil SozialhilfeempfängerInnen dem Anteil des Gebiets an allen EinwohnerInnen Zürichs, d.h. es liegt keine teilräumliche Konzentration von SozialhilfeempfängerInnen vor. Je stärker der Wert von 0 nach oben abweicht, umso grösser ist die teilräumliche Konzentration zum Bezugsraum der Gesamtstadt. (vgl. Krätke/Borst 2000:223)

Auf diesem Hintergrund lässt sich nun die sozialräumliche Segregation unter vier Aspekten darstellen: erstens Segregation nach *Erwerbspositionen* (Ungelernte gegenüber Akademikern und oberes Management), zweitens Segregation nach *Ausbildungsniveaus* (EinwohnerInnen mit höchstens obligatorischem Schulabschluss gegenüber jenen mit höherer Ausbildung), – mehr denn je bestimmen gute schulische und berufliche Qualifikationen die Chancen im Berufsleben –, drittens Segregation nach *Einkommen* (EinwohnerInnen mit Niedrigsteinkommen gegenüber EinwohnerInnen mit Höchsteinkommen), viertens Segregation nach *Staatsangehörigkeit* (Ausländer gegenüber Schweizer Staatsangehörige). In den folgenden kartografischen Darstellungen werden räumliche Konzentrationen ausgewählter Sozialgruppen mittels Klasseneinteilung der Werte⁸³ für das beschriebene Konzentrationsmass abgebildet, wobei die dunklen sowie die stärker schraffierten Gebietsflächen jeweils höhere Grade der räumlichen Konzentration zeigen. (vgl. Krätke/Borst 2000:224ff.)

⁸² Das statistische Amt der Stadt Zürich weist verschiedene Merkmale zu den Stadtkreisen- und Quartieren aus.

⁸³ Die Klasseneinteilung wurde an den Standartabweichungen des städtischen Mittelwertes ausgerichtet. Eine Standartabweichung bedeutet eine sehr stark über- bzw. unterdurchschnittliche Konzentration; 1/2-Standartabweichung bedeutet eine stark über- bzw. unterdurchschnittliche Konzentration der ausgewählten Sozialgruppe.

Die ersten Karten (Abb. 6.5 - 6.8) veranschaulichen die Segregation nach *Erwerbsposition* (bzw. sozio-professioneller Kategorie) und nach *Ausbildungsniveaus*. Die räumliche Verteilung der beiden Indikatoren verläuft praktisch gleich: Eine stark überdurchschnittlichen Präsenz von EinwohnerInnen mit “schlechteren” Erwerbspositionen und EinwohnerInnen mit “tieferer” Ausbildung weisen viele Teilgebiete der traditionellen “Arbeiterkreise” 4, 5, 3 und 9 am Cityrand auf. Eine stark überdurchschnittlichen Präsenz von EinwohnerInnen mit “besseren” Erwerbspositionen und EinwohnerInnen mit “hoher” Ausbildung findet sich demgegenüber in den Teilräumen der am Citygürtel liegenden Kreise 7, 6, 8, 10 und 2.

Offenbar sind in der Stadt Zürich jene Stadtquartiere, deren EinwohnerInnen eine starke überdurchschnittliche Präsenz von “besseren” oder “schlechteren” Erwerbspositionen sowie “tieferen” und “höheren” Ausbildungsniveaus zeigen, *räumlich* klar voneinander getrennt.

Die nächsten Karten (Abb. 6.9 – 6.12) veranschaulichen die Segregation nach *Einkommen*: Betrachten wir zunächst die SozialhilfeempfängerInnen, d.h., eine Gruppe von EinwohnerInnen mit besonders geringem Einkommensniveau, so zeigt sich eine stark überdurchschnittliche Präsenz in den meisten Teilgebieten der “belasteten” Kreise 4, 3, 12, 5, 11 und 9. Räumliche Konzentrationen von Arbeitslosen (bzw. Stellensuchenden) zeichnen sich meist auch in den Gebieten ab, wo die SozialhilfeempfängerInnen überpräsent sind, d.h. ebenfalls in Teilräumen der Kreise 4, 3, 9, 12, 5 und 11.

Die EinwohnerInnen mit Niedrigsteinkommen (d.h. Reineinkommen < CHF 20'000/Jahr) sind in der Stadt Zürich 1998 in den Kreisen 4, 5 und 1 stark überdurchschnittlich konzentriert, nur leicht in den Kreisen 8 und 3. Die EinwohnerInnen mit Höchsteinkommen (d.h. Reineinkommen > CHF 150'000/Jahr) sind 1998 in den “sonnigen” Kreisen 7, 2, 6, 8, 1 und 10 überpräsent, was mit anderen zuvor betrachteten sozialstrukturellen Merkmalen korrespondiert.

Offenbar sind in der Stadt Zürich jene Stadtbezirke, die eine stark überdurchschnittliche Präsenz von EinwohnerInnen mit “höchsten” oder “niedrigsten” Einkommensniveaus zeigen, *räumlich* klar voneinander getrennt – mit Ausnahme der Innenstadtquartiere der Kreise 1 und 8, die räumliche beider Kategorien von Einkommensniveaus zugleich aufweisen.

In der Regel besteht ein Zusammenhang zwischen Bebauungsstruktur, Wohn- und Wohnumfeldqualität und Einkommen der BewohnerInnen. Schlee und Gafner (1998) belegen, dass in Zürich in Wohnquartieren mit hohem Einfamilienhausanteil, mit grösseren Wohnungen und/oder bevorzugter Lage am Hang oder am See – die Quartiere im Kreis 7, 6, 2, Teile von Kreis 1 und 10 – Personen mit hohem Einkommen deutlich übervertreten sind.⁸⁴

Die Segregation nach *Staatsangehörigkeit* (Abb. 6.13) ist in der nächsten Karte abgebildet: Die feststellbaren räumlichen Konzentrationen ausländischer EinwohnerInnen umfassen viele Teilräume der Kreise 4, 3, 5, 11, 12 und 9.

Die Darstellung der räumlichen Verteilung ausländischer EinwohnerInnen im Stadtgebiet wurde hier bewusst von der Darstellung der räumlichen Verteilung anderer sozial benachteiligter Gruppen getrennt, um die Konzentration ausländischer EinwohnerInnen in Teilräumen der Stadt nicht ohne weiteres als Indikator für “sozial belastete” Quartiere zu betrachten.⁸⁵

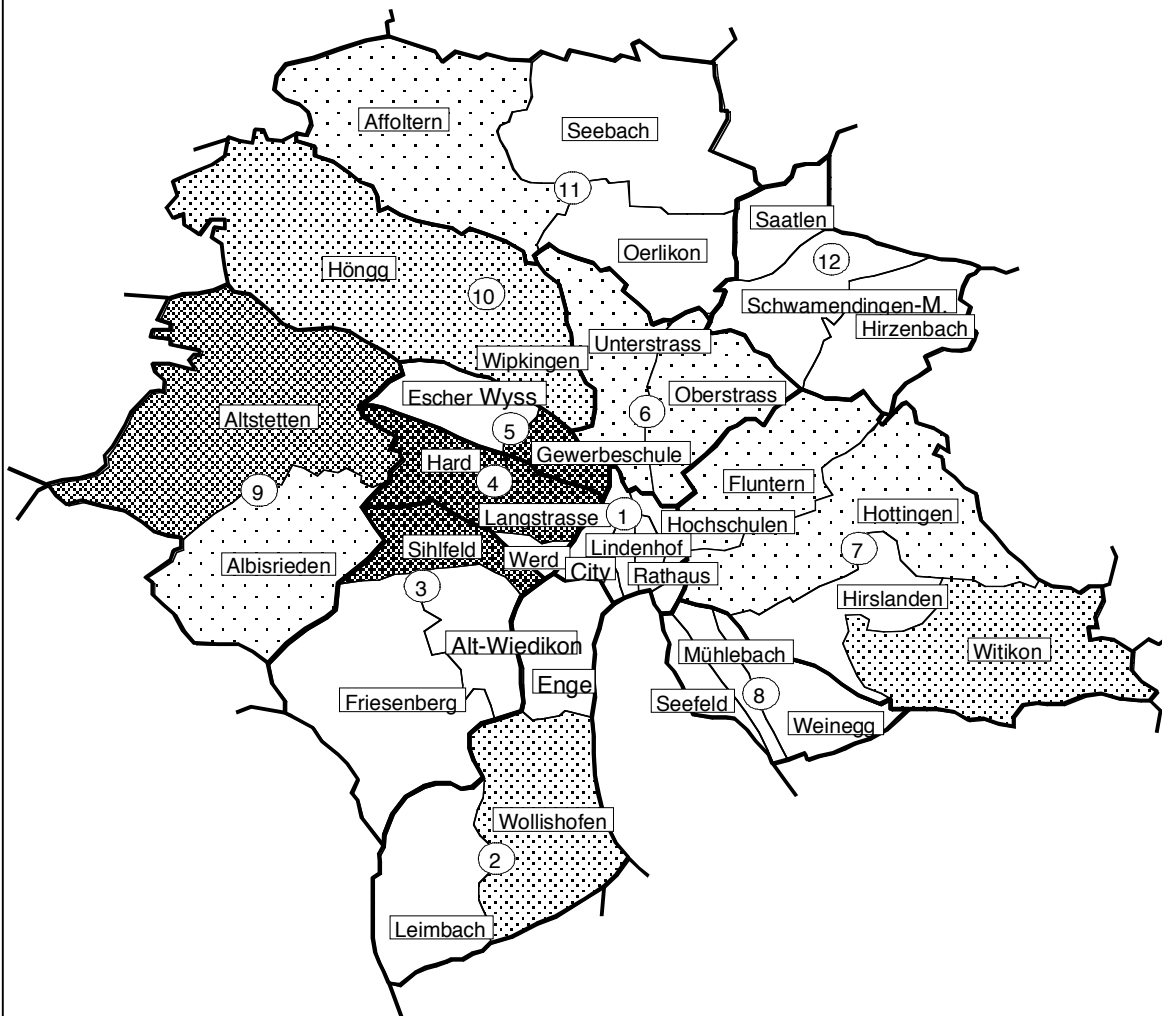
Zürich ist offensichtlich eine “geteilte Stadt”. Nach den dargestellten Aspekten sind die Stadtquartiere sozial-räumlich ziemlich klar voneinander getrennt: Auf der einen Seite die mit einer hohen Konzentration sozial Benachteiligter “belasteten” Cityrandquartiere der Kreise 4 (Langstrasse, Hard, Werd), 5 (Gewerbeschule, Escher Wyss) und 12 (Schwamendingen-Mitte, Saatlen, Hirzenbach) sowie einzelne Quartiere der Kreise 3 (Sihlfeld), 9 (Altstetten) und 11 (Seebach). Auf der anderen Seite die Quartiere am Citygürtel in den “guten” Kreisen 7 (Witikon, Fluntern, Hottingen, Hirslanden) 6 (Oberstrass, Unterstrass) 10 (Höngg) sowie einzelne Quartiere der citynahen Kreise 2 (Enge, Wollishofen) und 8 (Mühlebach, Seefeld).

⁸⁴ Die extreme Wohnungsnot in der Stadt Zürich trage momentan eher zur sozialen Durchmischung der Quartiere bei, da der Wegzug in „bessere“ Wohngebiete kaum möglich sind. Was nicht heissen soll, dass ein angespannter Wohnungsmarkt mit seinen ansteigenden Preisen gut sei.

⁸⁵ Eine pauschale Betrachtung von räumlichen Konzentrationen ausländischer EinwohnerInnen als sozialer Belastungsfaktor ist problematisch. Ein relativ hoher Anteil ausländischer EinwohnerInnen an der Bevölkerung eines Stadtquartiers ist für sich genommen kein Indikator für soziale Probleme, kann aber im Zusammenhang mit Faktoren sozio-ökonomischer Benachteiligungen wie z.B. einer wesentlich höheren Arbeitslosenquote ausländischer EinwohnerInnen soziale Problemlagen in einem Stadtquartier verstärken. (vgl. Borst/Krätke 2000:238)

Abbildung 6.5

Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von ungelernten ArbeiterInnen, 1990



Abweichung des Gebietsanteils an allen ungelernten ArbeiterInnen vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

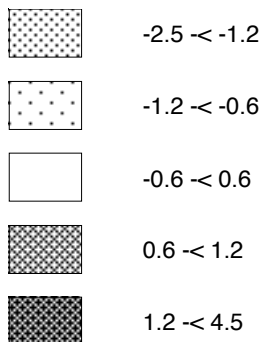
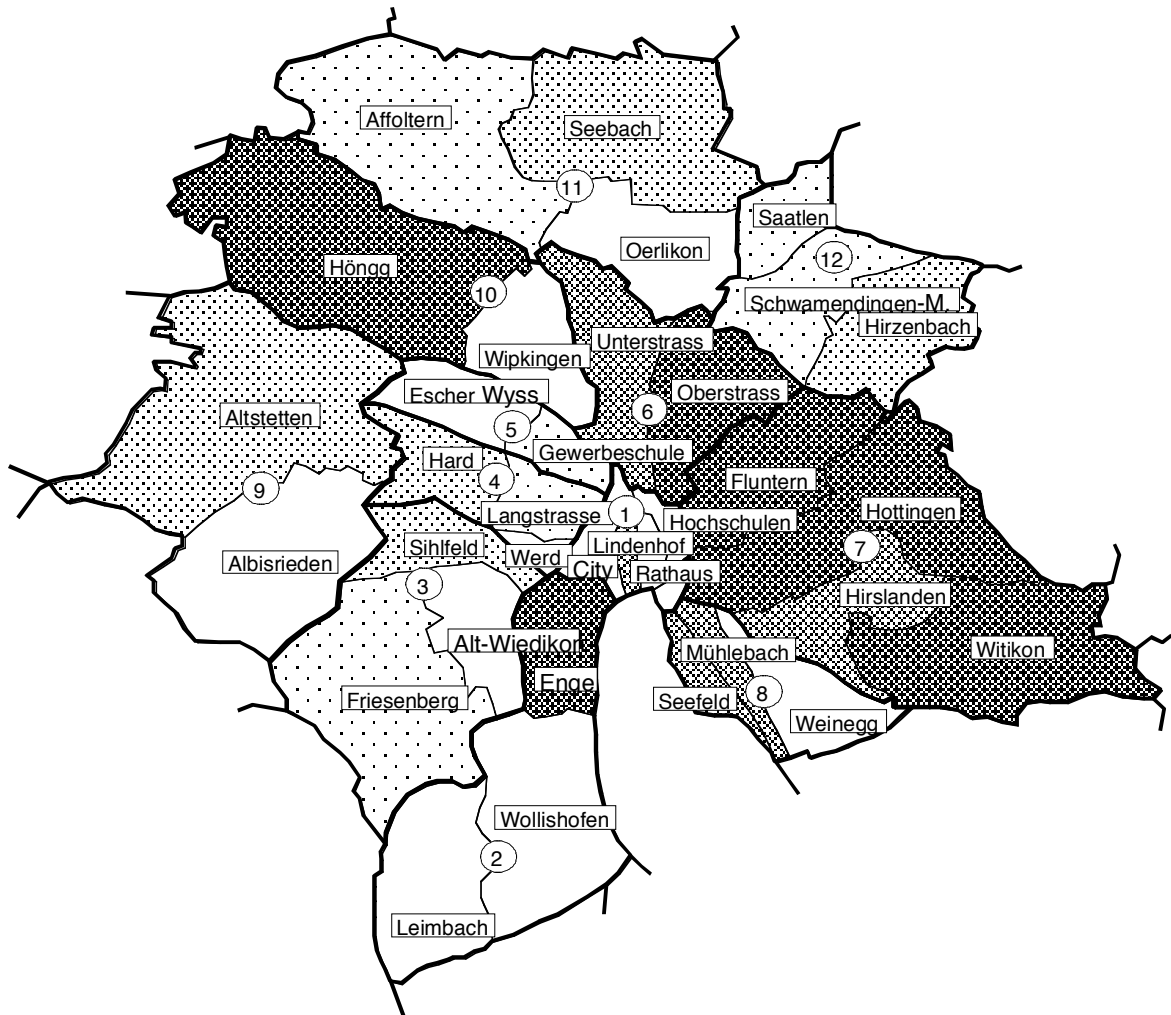


Abbildung 6.6

Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von AkademikerInnen / oberes Management, 1990



Abweichung des Gebietsanteils an allen AkademikerInnen/oberes Management vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

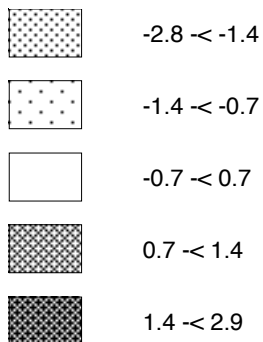
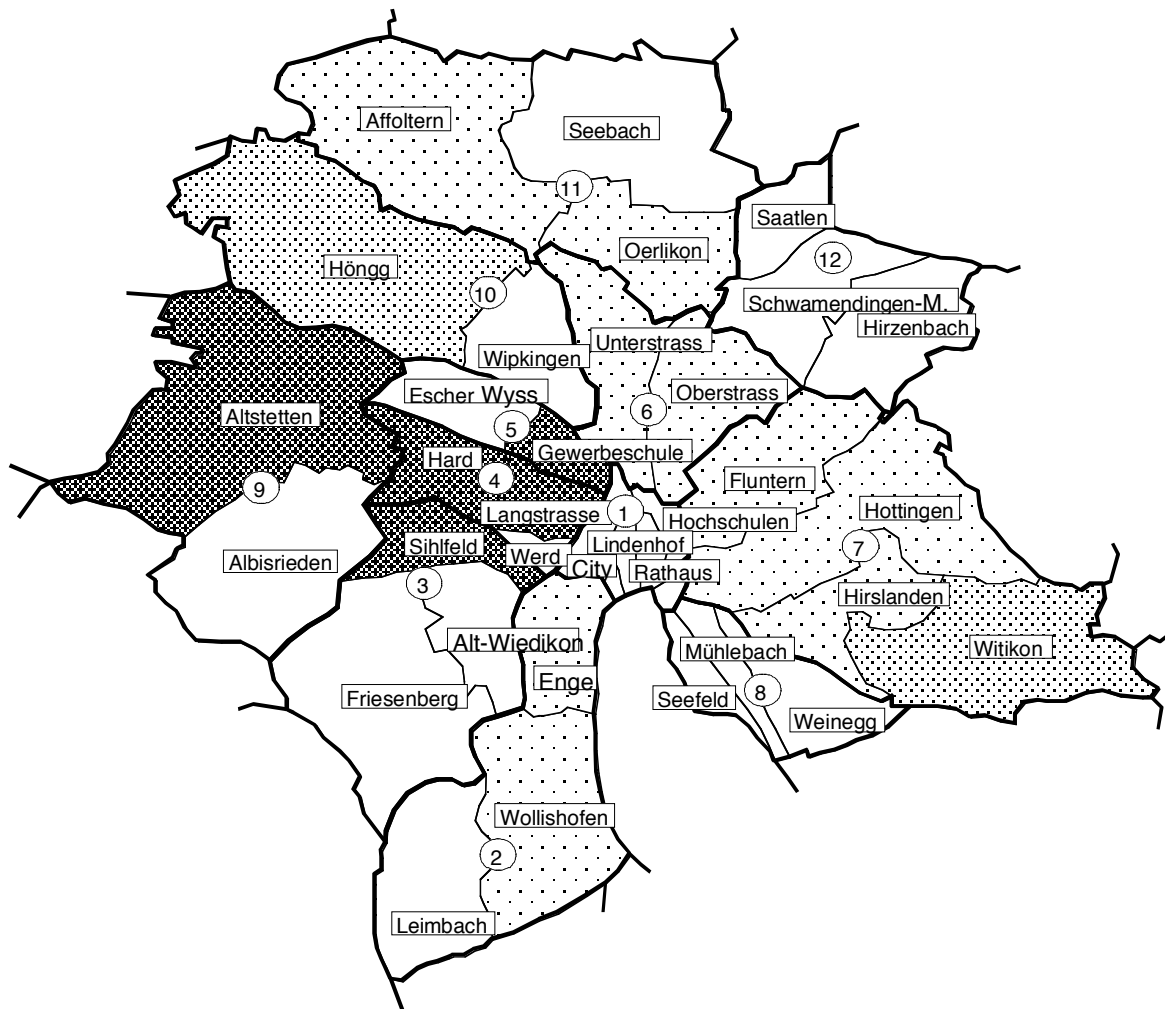


Abbildung 6.7

Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von EinwohnerInnen mit höchstens obligat. Schulabschluss, 1990



Abweichung des Gebietsanteils an allen EinwohnerInnen mit höchstens obligatorischem Schulabschluss vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

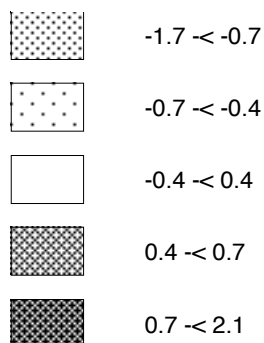
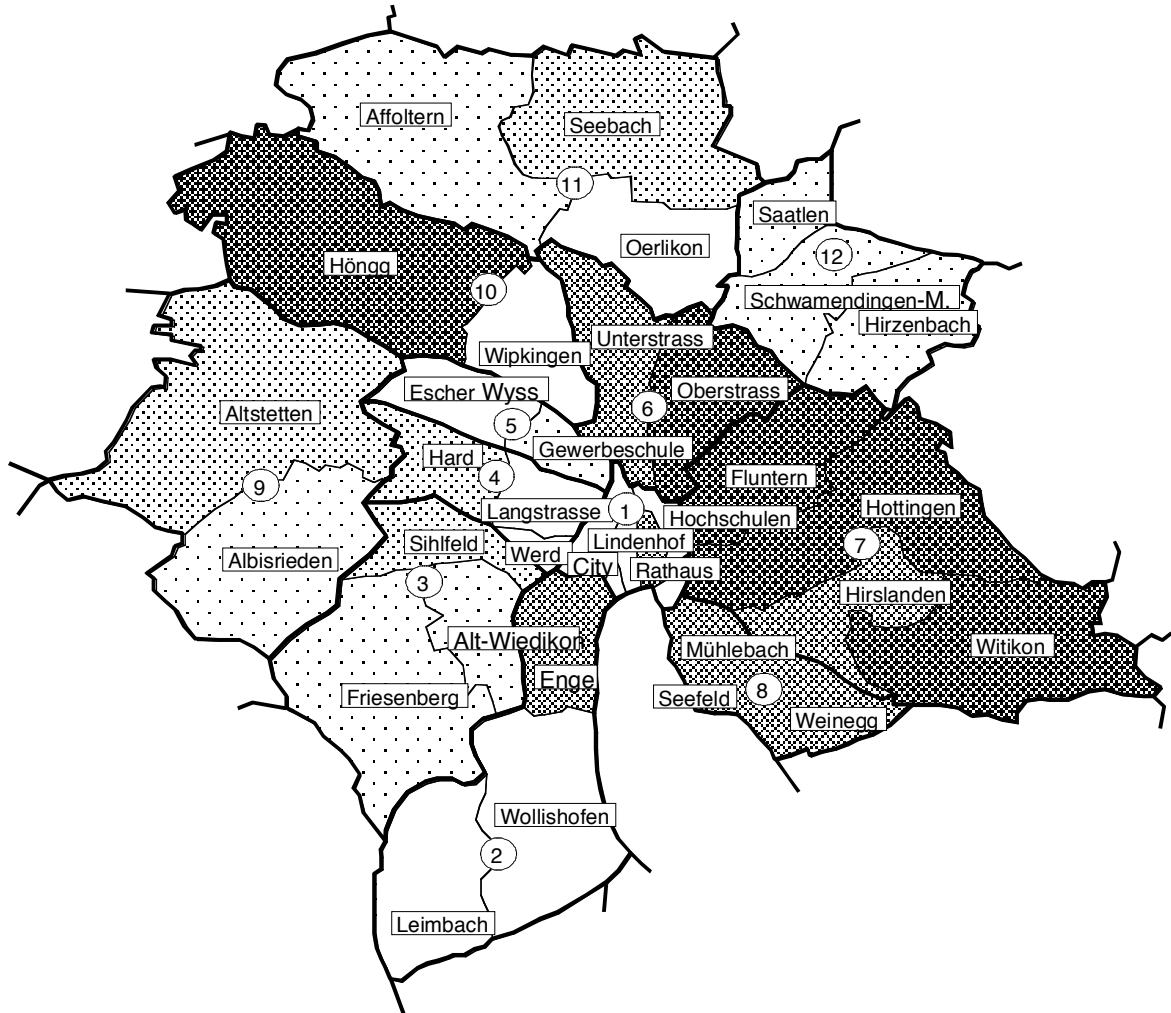


Abbildung 6.8

Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von EinwohnerInnen mit höherer Ausbildung, 1990



Abweichung des Gebietsanteils an allen EinwohnerInnen mit höherer Ausbildung vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

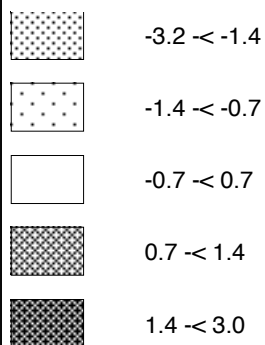
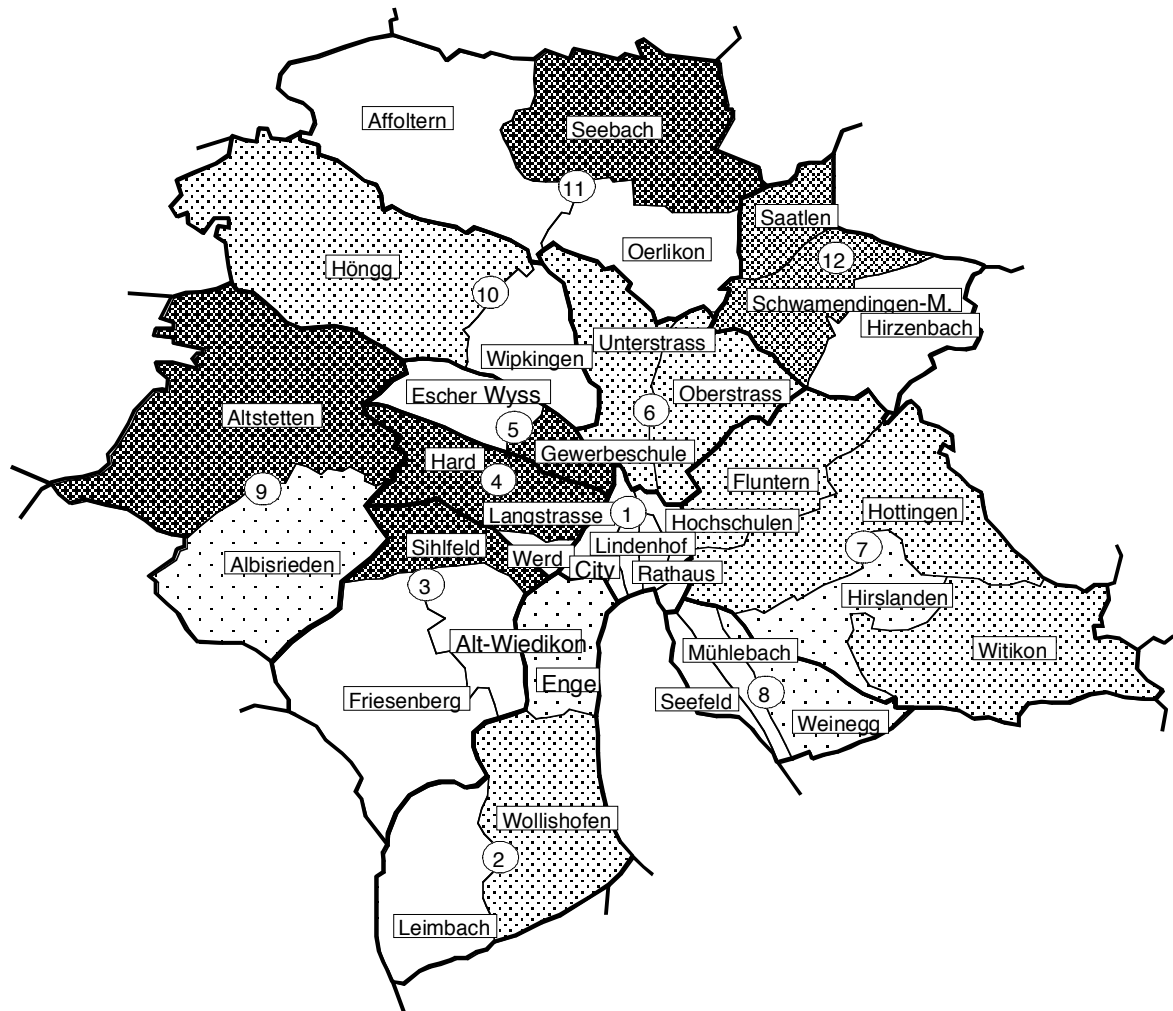


Abbildung 6.9

Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von SozialhilfeempfängerInnen, 1999



Abweichung des Gebietsanteils an allen SozialhilfeempfängerInnen vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

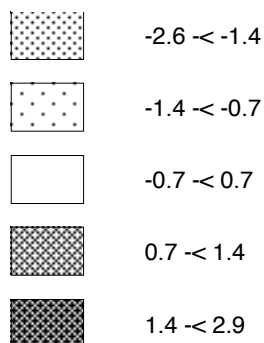
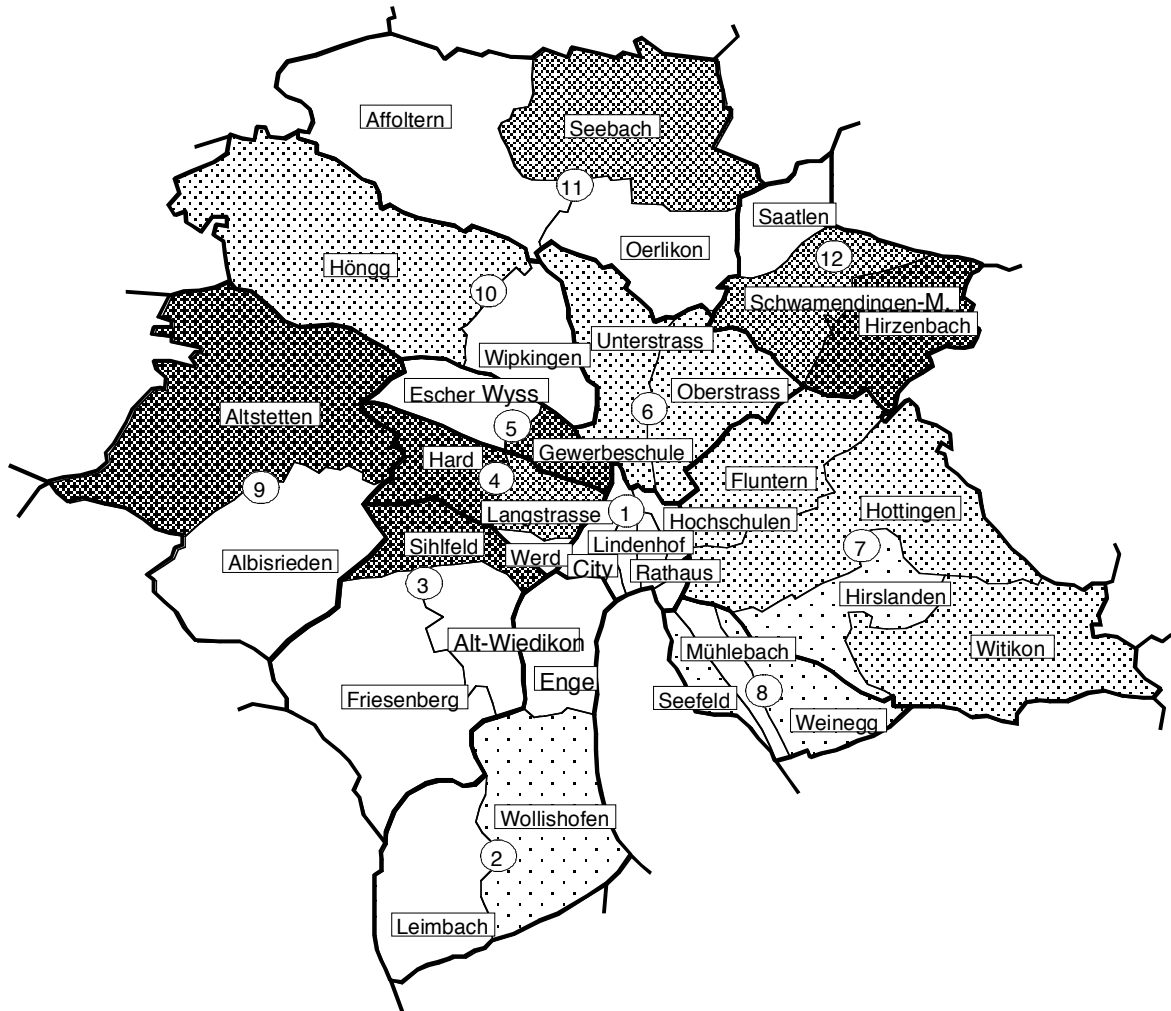


Abbildung 6.10

Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von Stellensuchenden, 1998



Abweichung des Gebietsanteils an allen Stellensuchenden vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

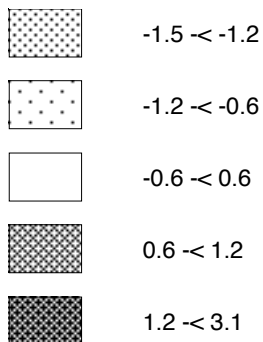
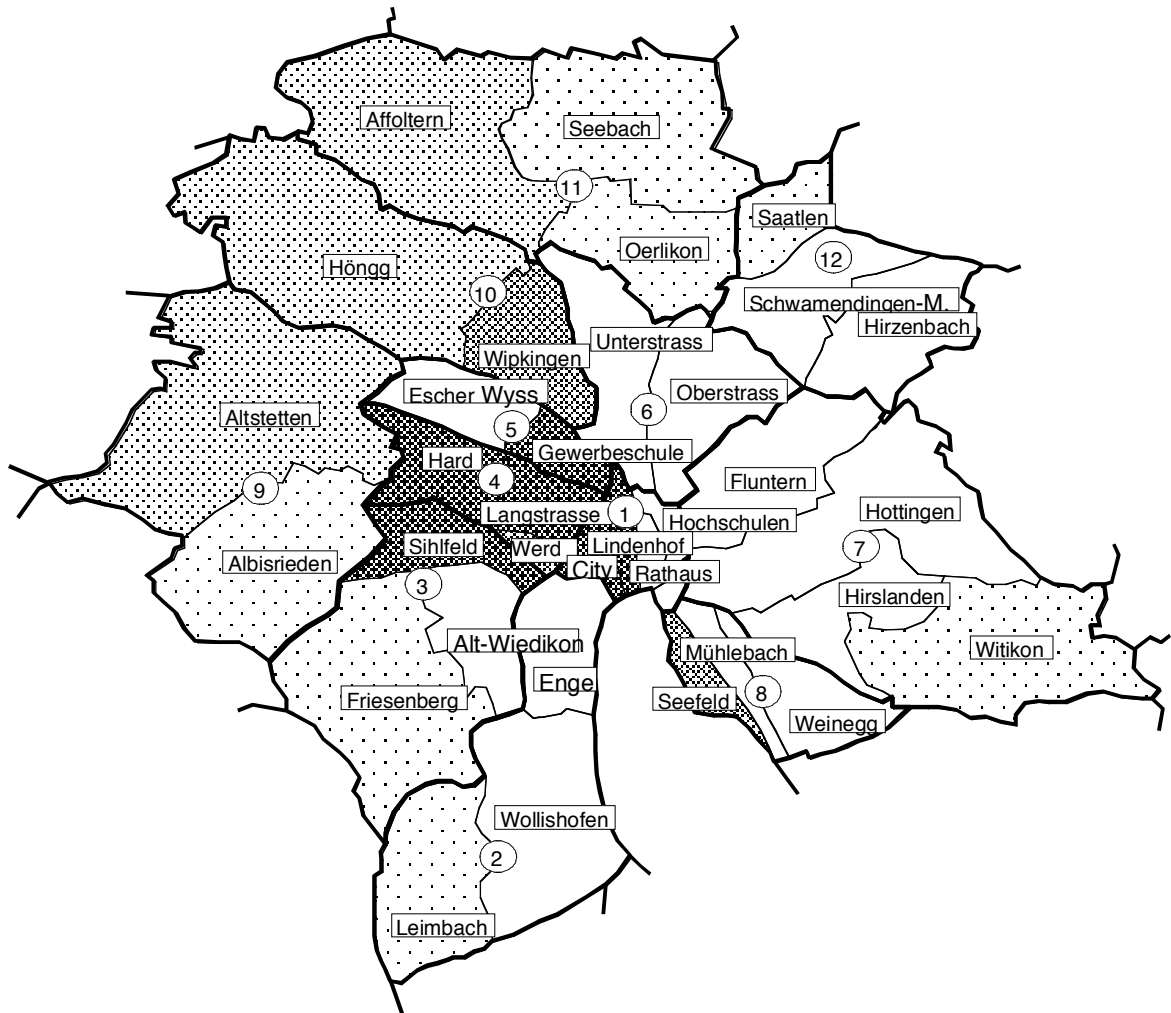


Abbildung 6.11

Stadt Zürich – räumliche Konzentration von EinwohnerInnen mit Einkommen < CHF 20'000/Jahr, 1998



Abweichung des Gebietsanteils an allen EinwohnerInnen mit Einkommen < CHF 20'000 vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

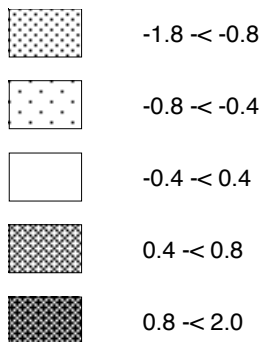
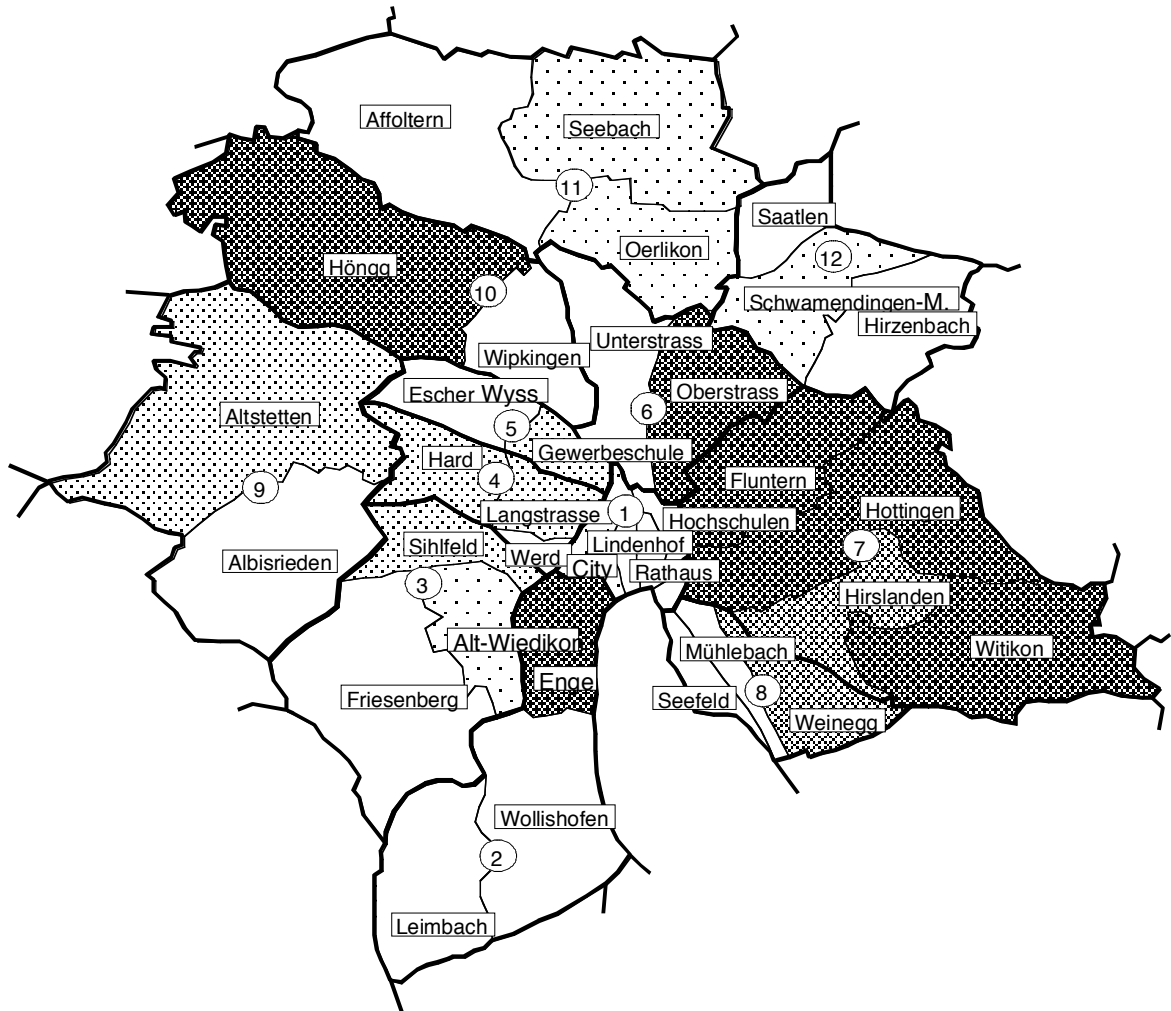


Abbildung 6.12

Stadt Zürich – räumliche Konzentration von EinwohnerInnen mit Einkommen > CHF 150'000/Jahr, 1998



Abweichung des Gebietsanteils an allen EinwohnerInnen mit Einkommen > CHF 150'000 vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):

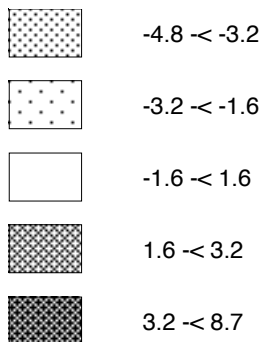
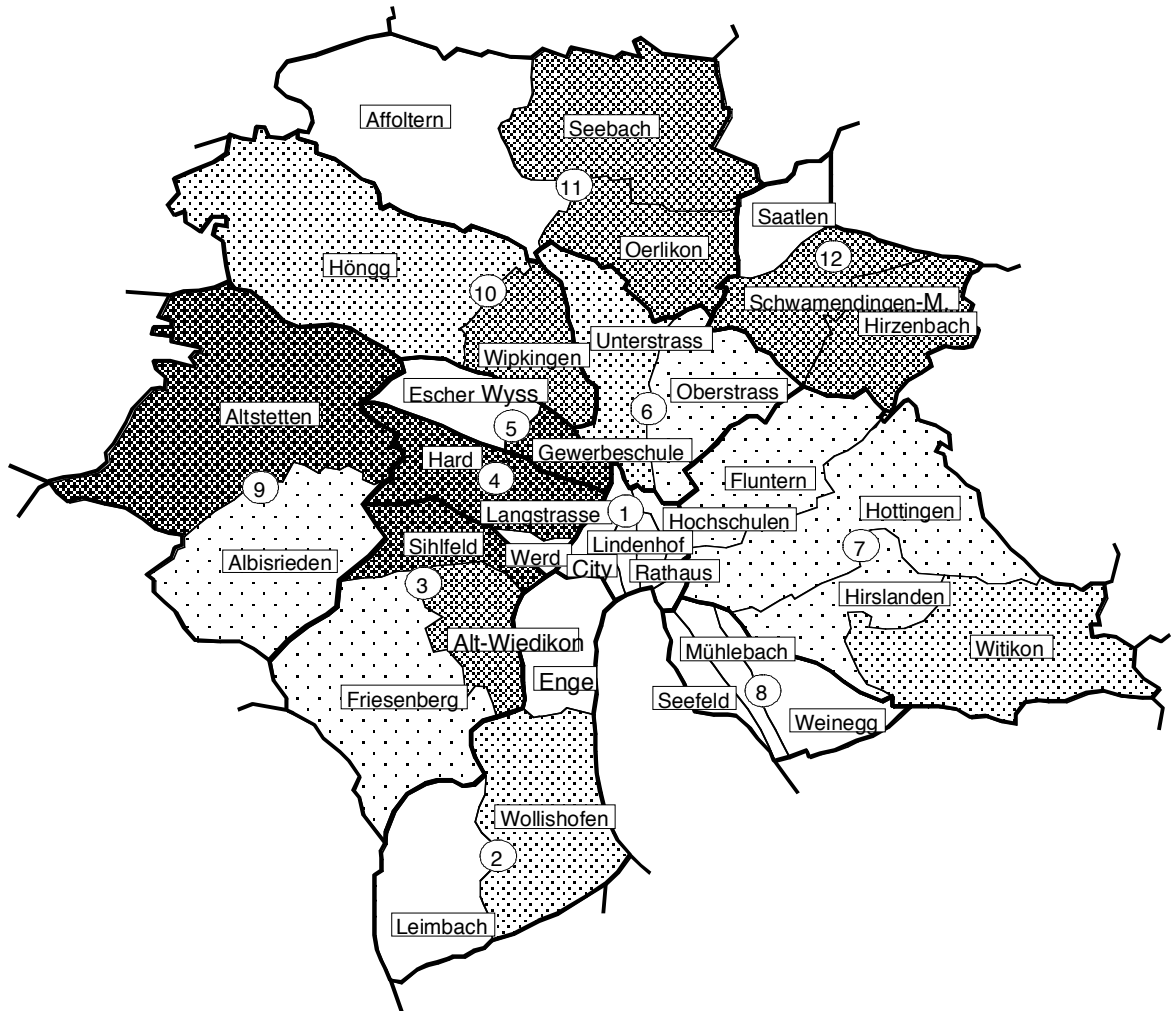
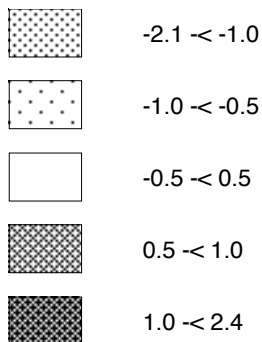


Abbildung 6.13

Stadt Zürich – räumliche Konzentration von ausländischen EinwohnerInnen, 1999



Abweichung des Gebietsanteils an allen ausländischen EinwohnerInnen vom Gebietsanteil an allen EinwohnerInnen (Prozentpunkte):



Schlusswort

Die Segregationsanalyse mit sozialstatistischen Daten bestätigen die Polarisierung des sozialen Gefüges in der modernisierten Dienstleistungsstadt Zürich. Es zeigt sich ziemlich klar, welche Kreise und Quartiere von sozialen Ab- und/oder Abwertungsprozessen betroffen sind.

Wie sind aber die sozialen Milieus⁸⁶ in diesen Räumen verteilt? Zwar wird die Beeinflussung des städtischen Raums durch die Macht- und Einflusschancen wirksamer Strukturen des sozialen Raums theoretisch erklärt,⁸⁷ und damit auch die Existenz eher unterprivilegierter sozialer Milieus in Räumen mit relativ überhöhten Problemlagen. Aber um welche sozialen Milieus handelt es sich dabei? In welcher Nachbarschaft mit anderen sozialen Milieus sind sie verteilt? Welche milieuspezifischen Verhaltensorientierungen und Praktiken sind in ihrer räumlichen Verteilung vorzufinden? Und wie wird in den Lebenswelten einzelner sozialer Milieus mit den ökonomisch und politisch zugemuteten Umstellungszwängen umgegangen? (vgl. Geiling 2000)

Die unterschiedlichen bzw. milieuspezifischen Formen des Zusammenhalts und der Abgrenzung im städtischen Alltagsleben anhand qualitativer Individualdaten zu erforschen wäre eine Herausforderung.

Nur eine Stadt, in der alle auf eine sozial gesicherte Existenz hoffen können, kann eine urbane Stadt sein.

Lockwood, 1979

⁸⁶ Soziale Milieus sind nach Geiling (2000:4) „die gesellschaftlichen Gruppen, die durch ihre Beziehungspraxis und durch ihre gemeinsamen Alltagsorientierungen verbunden sind“.

⁸⁷ Zu gesellschaftlich erweiterten Raumkonzepten und sozialen Milieus im städtischen Raum vgl. Bourdieu (1991), Läßle (1991), Dangschat (1998b).

Bibliografie

a) Literatur

Aeppli, Daniel C.; Hoffmann, Brigitte und Theiss, Roland (1998), *Ausgesteuerte in der Schweiz - ein Situationsbericht*, Bern: Haupt.

Alisch, Monika und Dangschat, Jens S. (1998), *Armut und soziale Integration*, Opladen: Leske+Budrich.

Bärlösius, Eva (1995), Armut und Soziologie in Deutschland, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 23, 530-546.

Berger, Peter A. und Vester, Michael (Hrsg.) (1998), *Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen*, Opladen: Leske+Budrich.

Boddenberg Schmid, Gisela und Schmid, Josef (1986), *Arme Frauen in der Schweiz*, Dokumentation 2/1989, Luzern: Caritas Schweiz.

Bohle, Hans Hartwig (1997), Armut trotz Wohlstand, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander?*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bornschieer, Volker (1991), Soziale Schichtung im keynesianischen Gesellschaftsmodell, in: Bornschieer, Volker (Hrsg.), *Das Ende der sozialen Schichtung?*, 37-72.

Borst, Renate und Krätke, Stefan (1993): Global City - Stadt der Inseln. Die sozialräumliche Ausdifferenzierung metropolitaner Stadtregionen, in: *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Heft 72,22-31.

Borst, Renate und Krätke, Stefan (2000), *Berlin: Metropole zwischen Boom und Krise*, Opladen: Leske+Budrich.

- Bourdieu, Pierre (1991), Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum, in: Wentz, Martin Hrsg., *Stadt-Räume*, Frankfurt am Main, S.25 – 34.
- Bourdieu, Pierre (1997a), *Das Elend der Welt*, Konstanz: UVK.
- Buchmann, Marlis (1991), Soziale Schichtung im Wandel. Zur Differenzierung der Struktur sozialer Ungleichheit in der Schweiz, in: Bornschie, Volker (Hrsg.), *Das Ende der sozialen Schichtung?*, 215-231.
- Bücheler-Täschler, Veronika (1987), Nichts zu verlieren, nichts zu gewinnen. Armut in der Schweiz, Zürich: Abschlussarbeit an der Schule für Soziale Arbeit Zürich.
- Buhmann, Brigitte (1988), *Wohlstand und Armut n der Schweiz. Eine empirische Analyse für 1982*, Grösch: Rügger.
- Buhmann, Brigitte; Enderle, Georges; Jäggi, Christian; Mächler, Thomas (1989), *Armut in der reichen Schweiz*, Zürich: Orell Füssli Verlag.
- Buhr, Petra (1995), *Dynamik von Armut. Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Cohen, R.B (1981), The new international division of labour, multinational corporations and urban hierarchy, in: Dear, M und Scott, A.J. (Hrsg.), *Urbanization and urban planning in capitalist society*, London.
- Dangschat, Jens (1997), Sag' mir, wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 1/27, 619-647.
- Dangschat, Jens S. (1998a), Klassenstrukturen im Nach-Fordismu, in: Berger, Peter A. und Vester, Michael (Hrsg.), *Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen*, 49-87.
- Dangschat, Jens S. (1998b), Segregation, in: Häussermann, Hartmut (Hrsg.), *Grossstadt. Soziologische Stichworte*, Opladen: Leske+Budrich, 207-220.

- Dangschat, Jens (1999), Armut durch Wohlstand, in: Dangschat Jens S (Hrsg.), *Modernisierte Stadt – gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*, 13-41.
- Dangschat, Jens S. (2000), Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra, in: Harth, Annette; Scheller, Gitta und Tessin, Wulf (Hrsg.) (2000), *Stadt und soziale Ungleichheit*, 141-159.
- Dangschat, Jens und Diettrich, Ben (1999), Regulation, Nach-Fordismus und “global cities” - Ursachen der Armut, in: Dangschat Jens S (Hrsg.), *Modernisierte Stadt – gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung*, 73-112.
- Demirivic, Alex; Krebs, Hans-Peter und Sablowski, Thomas (Hrsg.) (1992), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Diettrich, Ben (1999), *Klassenfragmentierung im Postfordismus*, Hamburg: UNRAST.
- Dietz, Berthold (1997), *Soziologie der Armut*, Frankfurt/M: Campus.
- Döring, Dieter; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.) (1990), *Armut im Wohlstand*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Egger, Urs (2000), Zürichs Grossunternehmen, in: Fachstelle für Stadtentwicklung der Stadt Zürich (Hrsg.), *stadtentwicklung.zh*, 12-15.
- Enderle, Georg (1987), *Sicherung des Existenzminimums im nationalen und internationalen Kontext*. Bern: Haupt.
- Eisner, Manuel (2000), Sozialer Wandel und neue Integrationsprobleme seit den Siebzigerjahren, in: Suter Christian (Hrsg.), *Sozialbericht 2000*, 164-181.

- Esping-Anderson, Gosta (1998), Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates, in: Lessenisch, Stephan und Ostner, Ilona (Hrsg.) (1998), *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*, 19-56.
- Esser, Josef und Hirsch, Joachim (1987), Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie: Von der Fordismus-Krise zur "postfordistischen" Regional- und Stadtstruktur, in: Prigge, Walter (Hrsg.), *Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*, 31-56.
- Esser, Josef; Görg, Christoph und Hirsch, Joachim (Hrsg.) (1994), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg; VSA.
- Farago, Peter und Füglistaler, Peter (1992), *Armut verhindern. Die Zürcher Armutsstudien: Ergebnisse und sozialpolitische Vorschläge*, Zürich: Fürsorgedirektion des Kantons Zürich.
- Farago, Peter (1995), *Verhütung und Bekämpfung der Armut: Möglichkeiten und Grenzen staatlicher massnahmen*, Bern: BSV, Beiträge zur Sozialen Sicheheit 3/95.
- Farwick, Andreas (2001), Armut in der Stadt – Prozesse der Ausweitung und Verfestigung räumlich segregierter Armut am Beispiel der Stadt Bielefeld, in: *Geographica Helvetica*, 56/2, 90-106.
- Flückiger, Yves (2000), Folgen des aktuellen Wandels der Arbeit, in: Suter Christian (Hrsg.), *Sozialbericht 2000*, 52-73.
- Fluder,Robert; Nolde, Marion; Priester, Tom und Wagner, Antonin (Hrsg.) (1999), *Armut verstehen – Armut bekämpfen*, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Fluder, Robert und Salzgeber, Renate (2001), Die sozialen Lasten der Zentren in der Folge des wirtschaftlichen Wandels, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 137 (3), 337-362.

- Friedman, J. und Wolff, G. (1982), World City Formation: An Agenda for Research and Action, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, Vol. 6 No. 3, London.
- Füglister, Peter und Hohl, Marcela (1992), *Armut und Einkommensschwäche im Kanton St. Gallen*, Bern: Haupt.
- Füglister-Wasmer, Peter und Pedergnana-Fehr, Maurice (1996), *Visionen einer sozialen Schweiz*, Bern: Haupt.
- Geiling, Heiko (2000), *Zum Verhältnis von Gesellschaft, Milieu und Raum*, Hannover (agis texte).
- Geissler, Rainer (Hrsg.) (1994), *Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland*, Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Glatzer, Wolfgang und Hübinger, Werner (1990), Lebenslagen und Armut, in: Döhring, Dieter; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.), *Armut im Wohlstand*, 31-55.
- Glatzer, Wolfgang (1999), Neuere Entwicklungen in der Armuts- und Sozialberichterstattung, in: Fluder, Robert; Nolde, Marion; Priester, Tom und Wagner, Antonin (Hrsg.), *Armut verstehen - Armut bekämpfen*, 113-128.
- Gramsci, Antonio (1967), *Philosophie der Praxis*, Frankfurt am Main.
- Hamnet, Chris (1994), Social Polarisation in Global Cities: Theory and Evidence, in: *urban studies*, 31/3, 401-424.
- Hanesch, Walter u.a. (1994), *Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Hanesch, Walter; Krause, Peter und Bäcker, Gerhard (2000), *Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*, Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

- Harth, Annette; Scheller, Gitta und Tessin, Wulf (Hrsg.) (2000), *Stadt und soziale Ungleichheit*, Opladen: Leske+Budrich.
- Hauser, Richard und Neumann, Udo (1992), Armut in der Bundesrepublik Deutschland, in: Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (Hrsg.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*, Sonderheft 32 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 237-271.
- Häussermann, Hartmut (1997), Armut in den Grossstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 1/25, 12-27.
- Häussermann, Hartmut und Siebel, Walter (1995), *Dienstleistungsgesellschaften*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häussermann, Hartmut und Roost, Frank (1998), Globalisierung, Global City, in: Häussermann, Hartmut (Hrsg.), *Grossstadt. Soziologische Stichworte*, Opladen: Leske+Budrich, 79-91.
- Häussermann, Hartmut und Kapphann, Andreas (2000), *Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt?*, Opladen: Leske+Budrich.
- Hirsch, Joachim (1992), Regulation, Staat und Hegemonie, in: Demirivic, Alex; Krebs, Hans-Peter und Sablowski, Thomas (Hrsg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, 203-231.
- Hirsch, Joachim (1994), Politische Form, politische Institution und Staat, in: Esser, Josef; Görg, Christoph und Hirsch, Joachim (Hrsg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, 157-212.
- Hirsch, Joachim (1995), *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin: ID-Archiv.

- Hirsch, Joachim und Roth, Roland (1986), *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg: VSA.
- Honegger, Claudia und Rychner, Marianne (Hrsg.) (1998), *Das Ende der Gemütlichkeit*, Zürich: Limmat Verlag.
- Hradil, Stefan und Immerfall, Stefan (Hrsg.) (1997), *Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*, Opladen: Leske+Budrich.
- Hradil, Stefan (1999), *Soziale Ungleichheit in Deutschland*, Opladen: Leske+Budrich.
- Hübinger Werner (1996), *Prekärer Wohlstand. Neue befunde zu Armut und sozialer Ungleichheit*, Freiburg/B.: Lambertus.
- Joliat, J.-P. (1992), *Pauvreté dans le canton du Jura*, Delémont: Service de l'aide sociale.
- Karrer, Dieter (2000), Kulturelle Vielfalt und soziale Unterschiede, in: Suter Christian (Hrsg.), *Sozialbericht 2000*, 108-130.
- Keller, Carsten (1999), *Armut in der Stadt*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klocke, Andreas (2000), Methoden der Armutsmessung, *Zeitschrift für Soziologie*, 4/29, 313-329.
- Knöpfel, Carlo (1999a), Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Schweiz 1998, in: Caritas Schweiz, Hrsg., *Sozialalmanach 1999. Existenzsicherung in der Schweiz*, Luzern: Caritas-Verlag, 15-33.
- Knöpfel, Carlo (1999b), Existenzsicherung im Wandel der Arbeitsgesellschaft - eine Problemskizze, in: Caritas Schweiz, Hrsg., *Sozialalmanach 1999. Existenzsicherung in der Schweiz*, Luzern: Caritas-Verlag, 37-52.

- Knöpfel, Carlo (2000): Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Schweiz 1999, in: Caritas Schweiz, Hrsg., *Sozialalmanach 2000. Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz*, Luzern: Caritas-Verlag, 13-44.
- Knöpfel, Carlo (2001): Bericht über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Schweiz 1999/2000, in: Caritas Schweiz, Hrsg., *Sozialalmanach 2000. Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz*, Luzern: Caritas-Verlag, 15-50.
- Krätke, Stefan (1991), *Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstückmarkt in der postfordistischen Ära*, Frankfurt am Main. Campus.
- Krätke, Stefan (1995), *Stadt, Land, Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie*, Berlin: Birkhäuser.
- Kronauer, Martin (1997), "Soziale Ausgrenzung" und "Underclass": über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 1/25, 28-49.
- Kronauer, Martin und Vogel, Berthold (1998), Spaltet Arbeitslosigkeit die Gesellschaft?, in: Berger, Peter A. und Vester, Michael (Hrsg.), *Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen*, 333-350.
- Kronauer, Martin (1998), Armut, Ausgrenzung, Unterklasse, in: Häussermann, Hartmut (Hrsg.), *Grossstadt. Soziologische Stichworte*, Opladen: Leske+Budrich, 13-27.
- Lamprecht, Markus und Graf, Martin (1991), Statuszuweisung in den siebziger und achtziger Jahren, in: Bornschier, Volker (Hrsg.), *Das Ende der sozialen Schichtung?*, 189-214.
- Lamprecht, Markus und Stamm, Hanspeter (2000), Soziale Lagen in der Schweiz, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 26 (2), 261-295.
- Läpple, Dieter (1991), Essay über den Raum, in: Häussermann, Hartmut (Hrsg.), *Stadt und Raum. Soziologische Analysen*, 157-207.

- Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (1992), Vom Ende einer Ausgrenzung? - Armut und Soziologie, in: Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (Hrsg.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*, Sonderheft 32 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 9-33.
- Leibfried, Stefan (Hrsg.) (1995), *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Leu, Robert; Buhmann, Brigitte und Frey, René (1986), Die personelle Einkommens- und Vermögensverteilung der Schweiz 1982, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 2/1986, 111-141.
- Leu, Robert; Burri, Stefan und Priester, Tom (1997), *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*, Bern: Haupt.
- Leu, Robert (1999), Konzepte der Armutsmessung, in: Fluder, Robert; Nolde, Marion; Priester, Tom und Wagner, Antonin (Hrsg.), *Armut verstehen – Armut bekämpfen*, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik, 39-64.
- Leuenberger, Moritz (1998), Salauds, Holzköpfe und Egoisten, in: Leuenberger, Moritz (2001), *Träume & Traktanden. Reden & Texte*, Zürich: Limmat Verlag.
- Levy, René (1982), *Die schweizerische Sozialstruktur*, Zürich: Pro Helvetia.
- Levy, René (1997), *Die schweizerische Sozialstruktur*, Zürich: Pro Helvetia.
- Lipietz, Alain (1992), Vom Althusserismus zur “Theorie der Regulation”, in: Demirivic, Alex; Krebs, Hans-Peter und Sablowski, Thomas (Hrsg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, 9-54.
- Lockwood, David (1979), Soziale Integration und Systemintegration, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.), *Theorien des sozialen Wandels*, 124-137.

- Ludwig, Monika (1996), *Armutskarrieren: Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mäder, Ueli; Biedermann, Franziska; Fischer, Barbara und Schmassmann, Hector (1991), *Armut im Kanton Basel-Stadt*, in: *Social Strategies 23*, Basel.
- Marcuse, P. (1989), "Dual City": a muddy metaphor for a quartered city, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 13/4, London.
- Meyrat-Schlee, Ellen und Gafner, Alain (1998), *Soziale Entmischung in der Stadt Zürich*, Zürich: Fachstelle für Stadtentwicklung.
- Obinger, Herbert (1998), *Politische Institutionen und Sozialpolitik in der Schweiz. Der Einfluss von Nebenregierungen auf Struktur und Entwicklungsdynamik des schweizerischen Sozialstaates*, Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Piachaud, David (1992), *Wie misst man Armut?*, in: Leibfried, Stephan und Voges, Wolfgang (Hrsg.), *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*, Sonderheft 32 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 63-87.
- Priester, Tom (1999), *Auf dem Weg zu einer Armutsberichterstattung für die Schweiz*, in: Fluder, Robert; Nolde, Marion; Priester, Tom und Wagner, Antonin (Hrsg.), *Armut verstehen – Armut bekämpfen*, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Prigge, Walter (Hrsg.) (1987), *Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch*, Stadtforschung aktuell, Basel: Birkhäuser.
- Rüst, Hanspeter (2000), *Sozialbericht Kanton Zürich 1999*, Zürich: Sozialamt des Kantons Zürich.
- Salzgeber, Renate und Suter, Christian (1997), *Beginn und Ende des Sozialhilfebezugs. NeubezügerInnen und SozialhilfeabgängerInnen des Fürsorgeamtes der Stadt Zürich 1993-1995*, Zürich: Sozialberichterstattung 1/97.

- Sassen, Saskia (1991), *The Global City*, New York, London, Tokyo: Princeton.
- Sassen, Saskia (1996), *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle des Global Cities*, Frankfurt am Main: Campus.
- Sassnik Spohn, Frauke und Schwegler, Marietherese (1995), *Neue Armut - Strategien und Massnahmen*, Zürich: Sozialberichterstattung 1/95.
- Sassnik Spohn, Frauke; Balmer, René; Müller, Norbert und Schmid, Walter (1997), *Umbau der sozialen Sicherung - Für die Sozialpolitik der Zukunft*, Zürich: Sozialberichterstattung 2/97.
- Schäfers und Zapf (Hrsg.) (2001), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*,
- Schmid, Christian (1996), Headquarter Economy und territorialer Kompromiss, in: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 1/2, 28-43.
- Siebel, Walter (1997), Armut oder Ausgrenzung?, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 1/25, 67-75.
- Steinlin, Gaudenz; Heinimann, Eva und Tschirren, Karin (1999), Sozialstaat Schweiz. Ein liberales Wohlfahrtsstaatsregime?, Seminararbeit am soziologischen Institut der Universität Bern.
- Streuli, Elisa und Bauer, Tobias (2001), Working Poor in der Schweiz, in: *Volkswirtschaft. Das Magazin für Wirtschaftspolitik*, 8/2001, 57-61.
- Suter, Christian; Budowski, Monica und Meyer, Peter C. (1996), Einkommensschwäche, Unterversorgung und Mangellagen bei alleinerziehenden Müttern in der Stadt Zürich: Ergebnisse einer Längsschnittstudie, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 22:27-57.
- Suter, Christian (1997), Armutforschung und Sozialpolitik in der Schweiz, in Harabi, Najib (Hrsg.), *Sozialpolitik in der Bewährung*, Bern: Haupt.

Suter, Christian (2000), Die schweizerische Gesellschaft im Umbruch: Synthese, in: Suter Christian (Hrsg.), *Sozialbericht 2000*, 293-309.

Ulrich, Werner und Binder, Johann (1998), *Armut erforschen: eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern*, Zürich: Seismo.

Vester, Michael; von Oertzen, Peter; Geiling, Heiko; Hermann, Thomas und Müller Dagmar (1993), *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Köln: Bundes-Verlag.

Werner, Ulrich und Binder, Johann (1998), *Armut erforschen*, Zürich: Seismo.

Zimmermann, Gunter E. (1993), Armut: Konzepte, Definitionen und Operationalisierungsansätze in der BRD, in: *Soziale Probleme*, 4. Jg., 193-229.

Zimmermann, Gunter E. (2001), Armut, in: Schäfers B. und Zapf, W. (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen: Leske+Budrich, 36-52.

Zwick, Michael M. (Hrsg.) (1994), *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland*, Frankfurt am Main: Campus.

b) Amtliche Publikationen

Bundesamt für Statistik Schweiz (verschiedene Jahrgänge), *Statistisches Jahrbuch der Schweiz*, Neuchâtel.

Fachbereich Sozialstatistik und Evaluation der Stadt Zürich (2001), *Signifikant. Jahresstatistik 2000*, Nr.3, Sozialdepartement der Stadt Zürich.

Statistisches Amt des Kantons Zürich (2001), Armut im Kanton Zürich, in: *Statistische Berichte des Kantons Zürich*, Heft 4, 19-41.

Statistisches Amt der Stadt Zürich (verschiedene Jahrgänge), *Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich*, Zürich.

Statistisches Amt der Stadt Zürich (1998), Reineinkommen und Reinvermögen natürlicher Personen nach Quartier in der Stadt Zürich 1997, in: *Zürcher statistische Nachrichten*, Bericht 6 / 1998.

Statistisches Amt der Stadt Zürich (1999), *Kreis- und Quartiermerkmale der Stadt Zürich*, Diskette, Zürich.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1.1: Relation der verwendeten Armutsbegriffe

Tabelle 2.1: Armutsgrenzen, Armutsqoten und Anzahl Arme, Schweiz 1992

Abbildung 4.1: Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, Schweiz 1990-1999

Tabelle 4.2: Entwicklung Working Poor-Quoten und Armutsqoten, Schweiz 1992-1999

Abbildung 4.2: Arbeitslose, Langzeitarbeitslose und Ausgesteuerte, Schweiz 1990-1999

Abbildung 5.1: Gesellschaftlicher Formationswandel und Polarisierung der Städte

Abbildung 6.1: Dienstleistungsmetropole Zürich 1990-1999

Abbildung 6.2: Armutsqoten nach Regionen, Zürich 1991/95/98

Abbildung 6.3: Fallzahlenvergleich Erwerbslose und SozialhilfebezügerInnen in der Stadt Zürich 1973-2001

Abbildung 6.4: Stadt Zürich – teilträumliche Konzentration sozial Benachteiligter, 1998/99

Abbildung 6.5: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von Ungelernten, 1990

Abbildung 6.6: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von AkademikerInnen/oberes Management, 1990

Abbildung 6.7: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von EinwohnInnen mit höchstens obligatorischem Schulabschluss, 1990

Abbildung 6.8: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von EinwohnerInnen mit höherer Ausbildung, 1990

Abbildung 6.9: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von SozialhilfeempfängerInnen, 1999

Abbildung 6.10: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von Stellensuchenden, 1998

Abbildung 6.11: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von EinwohnerInnen mit Einkommen < CHF 20'000/Jahr, 1998

Abbildung 6.12: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von EinwohnerInnen mit Einkommen > CHF 150'000/Jahr, 1998

Abbildung 6.13: Stadt Zürich – räumliche Konzentrationen von ausländischen EinwohnerInnen, 1999

Selbständigkeitserklärung

„Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche kenntlich gemacht. Mir ist bekannt, dass andernfalls der Senat gemäss dem Gesetz über die Universität zum Entzug des aufgrund dieser Arbeit verliehenen Titels berechtigt ist.“

März 2002

Roman Page